

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

34 (4.2.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen
Ständeversammlung Nr. 35. Zweite Kammer. 29. öffentliche Sitzung

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

N. 35.

Karlsruhe, den 4. Februar

1910.

== Zweite Kammer. ==

29. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 3. Februar 1910.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Mündliche Berichte der Budgetkommission und Beratung
über

- die zurückgestellte Position 3 des Verzeichnisses der Administrativkredite 1908/09: Neubau des Landesgefängnisses Mannheim (Drucksache Nr. 2), Berichterstatter: Abg. Rebmann;
- das Budget Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1910 und 1911, Ausgabe Titel X: Unterrichtsweisen, I. Hochschulen — Drucksache Nr. 11c (1) —, Berichterstatter: Abg. König (allgemeine Beratung).

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geheimrat Dr. Frhr. von Dusch und Ministerialrat Dr. von Engelberg, später dazu Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm und Landrichter Dr. Hartning.

Zunächst werden folgende Eingänge angezeigt:

- Petition des Verbandes badischer Grund- und Hausbesitzer-Vereine, die Änderung des Ortsstrafengesetzes betr.;
- Petition des Brückenwärters a. D. Heinrich Seufler in Diedesheim um Erhöhung seines Unterstützungsgelohes;
- Petitionen der badischen Ortsgruppen der deutschen Gartenstadtgesellschaft um Herbeiführung von Maßnahmen zur Besserung der Wohnungsverhältnisse;
- Erklärung des Heidelberger Schloßvereins zu der Denkschrift wegen Erhaltung des Heidelberger Schloßes;

5. Bitte der Gemeinde Bruchhausen und anderer Gemeinden um Errichtung einer Güterstation, übergeben vom Abg. Schwall.

Es werden überwiesen: Ziffer 1 der Kommission für Justiz und Verwaltung, Ziffer 2 und 3 der Petitionskommission, Ziffer 4 der Budgetkommission, Ziffer 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen.

Ferner werden der der Petitionskommission überwiesene Antrag der Abgg. Dr. Zehner und Genossen, die Beseitigung der Härten der gesetzwidrigen Einschätzung von Grundstücken, namentlich im Baugebiete der Städte betr., sowie die der gleichen Kommission überwiesene Petition von Grundbesitzern aus Bechenhausen und Lehen, die Einschätzung der Grundstücke der ehemaligen Gemarkung Bechenhausen bei Freiburg zur Vermögenssteuer betreffend, auf Anregung der Petitionskommission der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen, um im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung behandelt zu werden.

Weiter wird ein Schreiben des Ministers des Innern mitgeteilt, daß er die Interpellation der Abgg. Rebmann und Gen., die Härten in der Gemeindebesteuerung durch Verfassung des Schuldenabzuges und zu hohe Schätzung betr., als durch den Gesetzentwurf samt Begründung wegen Abänderung der Gemeinde- und der Städteordnung erledigt ansehe, aber gleichwohl auf Wunsch bereit sei, die Interpellation anlässlich der Beratung der angeführten Gesetzesnovelle besonders zu beantworten.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu lit. a derselben erhält das Wort

Berichterstatter Abg. Rebmann (natl.): Wir haben in der Sitzung vom 18. Dezember v. J. über die Admini-

strativbreite verhandelt und dabei auch über den, der den Neubaues Landesgefängnisse in Mannheim betrifft. Es sind damals eine Reihe von Vorwürfen erhoben und vor allem ist davon gesprochen worden, daß in die Wohnung des Gefängnisdirektors eine eichene Treppe eingebaut sei, die 6000 M. gekostet habe; weiterhin ist gesagt worden, daß sich wesentliche Überschreitungen dadurch ergeben hätten, daß der ursprünglich vorgelegte Voranschlag nicht eingehalten worden sei, es sei überhaupt der ganze Gefängnisbau ein Brunnbau und es müte einem an, als ob es sich nicht um ein Gefängnis sondern um ein vorzüglich eingerichtetes Sanatorium handle.

Die von Regierungsseite abgegebenen Erklärungen sind damals als nicht genügend angesehen worden und die ganze Sache wurde daraufhin der Budgetkommission zur nochmaligen Beratung zugewiesen. Diese Beratung ist inzwischen erfolgt, und auch die gesamte Kammer hat Gelegenheit gehabt, den Gefängnisbau — ein Teil der Kammer auch den angefochtenen Wohnungsbau für den Gefängnisdirektor — anzusehen. Außerdem ist eine Darlegung über die finanziellen Verhältnisse eingelaufen, die sich insbesondere auf die angefochtenen Punkte bezieht.

Was zunächst die eichene Treppe anbelangt, die angeblich 6000 Mark gekostet haben soll, so ist in dieser Darstellung nachgewiesen, daß sie nur 1260 Mark gekostet hat. Wir haben diese Treppe besichtigt und gefunden, daß sie sich in nichts von einer Treppe unterscheidet, wie sie auch in einem gewöhnlichen bürgerlichen Wohnhaus zu finden ist, insbesondere ist das angefochtene Geländer sehr einfach, vielleicht einfacher gehalten, als man es in bürgerlichen Bauten trifft. Des Weiteren ist festgestellt, daß eine Überschreitung der von der Kammer genehmigten Beträge nicht stattgefunden hat, sondern daß sich im ganzen sogar ein Minderaufwand von 7000 Mark ergibt.

Dadurch wären die wichtigsten dieser Einwände richtig gestellt.

Was nun die weitere Beanstandung anbelangt — daß der ganze Gefängnisbau ein Brunnbau sei, der mehr einem vorzüglich eingerichteten Sanatorium als einem Gefängnis gleiche —, so will ich darüber zunächst ein Urteil nicht abgeben, denn alle die Herren, die in Mannheim gewesen sind, haben sich ein Urteil darüber bilden können. Hinsichtlich der Wohnung des Gefängnisdirektors haben wir allerdings den Eindruck gehabt, daß diese, besonders für einen jungen Beamten, reichlich groß ist, sowohl was die Zahl als auch was das Ausmaß der Zimmer anbelangt; immerhin doch nicht in dem Maße, daß eine ernstliche Beanstandung daraus erwachsen könnte.

Über den Gefängnisbau im Ganzen kann ich nach den Stimmen, die ich hierüber gehört habe, und nach der in der Budgetkommission hierüber gepflogenen Aussprache sagen, daß wir miteinander den Eindruck hatten, daß es sich allerdings um einen schönen Bau handelt, in dem alles — das sei zur Ehre des Erbauers, des Herrn Oberbaurats W a r t h, gesagt — mit großer Liebe, Sorgfalt und Sachkenntnis bis ins Einzelne und Kleinste hinein durchgedacht ist, so daß man jetzt sagen kann, daß wir hier vor einer guten und tüchtigen Arbeit stehen, die wir als durchaus wohl gelungen haben bezeichnen können. Allerdings ist manch Einer von uns mit dem Eindruck weggegangen, daß vielleicht hier doch des Guten etwas viel geschehen ist (Zustimmung), und daß das, was hier

an Bequemlichkeit und Rücksichtnahme für die Gefangenen geschehen ist, vielleicht über das Maß dessen hinausgeht, was man sich gewöhnlich unter dem Begriff „Gefängnis“ vorzustellen pflegt. Aber ich für meine Person muß gestehen: Nach der Besichtigung des alten Gefängnisses sind meine Bedenken in dieser Hinsicht alle vollständig verschwunden, denn der Kontrast, der uns zwischen dem alten Bau und dem neuen Bau entgegentrat, war außerordentlich groß. Ich meine, wir sind eigentlich alle mit schwer bedrücktem Herzen von dem alten Bau weggegangen, schwer bedrückt darüber, daß es heute noch Leute gibt, die in diesen Räumen Wochen und Monate eingesperrt zubringen müssen. Denn diese Räume sind, das darf hier ausgesprochen werden, zum Teil durchaus ungenügend, und zwar so ungenügend, daß man sich der Sorge nicht entschlagen kann, daß bei einem längeren Aufenthalt hier doch die Gesundheit der Gefangenen Not leiden muß (Sehr richtig!). Ich darf deswegen den einstimmigen Wunsch der Budgetkommission zum Ausdruck bringen, daß dieses alte Gefängnis sobald als möglich geräumt werden möchte. Nun stehen dem allerdings Hindernisse im Weg; insbesondere ist mir mitgeteilt worden, daß diejenigen Gefangenen, die wegen geringer Polizeistrafen Haftstrafen zu verbüßen hätten, ihre Strafe in dem alten Gefängnis abzumachen haben; das geht aber so weit, daß jetzt schon Gefangene bis zu zwei, ja sogar mehr Monaten Haft in dem alten Gefängnis untergebracht werden, und da muß man denn doch wünschen, daß diesem Zustand so bald als möglich ein Ende gemacht werde, nötigenfalls dadurch, daß für kürzere Haftstrafen die Antsgefängnisse der Umgegend in Anspruch genommen werden.

Ich kann nur wiederholen, der Kontrast zwischen dem alten und neuen Gefängnis hat in mir alle Bedenken ausgelöscht, die ich hinsichtlich einer zu reichlichen Ausstattung und einer zu großen Fürsorge für die Inhaftierten des neuen Gefängnisses gehabt habe, und ich kann nur meiner persönlichen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß hier in der Tat alles geleistet ist, was man vom Standpunkt der Humanität aus verlangen kann, daß es in der einfachsten und sinnreichsten und billigsten Weise geschaffen worden ist, daß auch alles das, was für die sittliche Hebung der Gefangenen geschehen kann, ausreichend, zum Teil sogar reichlich geschehen ist. In der Tat ist dafür gesorgt, daß in diesem Gefängnis nicht bloß mechanisch eine Freiheitsstrafe abgelesen wird, sondern daß auch dasjenige geschieht, was für die wirkliche Besserung des Gefangenen und für sein späteres Fortkommen in der Welt geschehen kann — eine Aufgabe, die wir gerne als die bessere Seite bei der Ausführung der Strafhafte ansehen wollen. Es bleibt mir nur noch übrig, nochmals namens der Herren, die in Mannheim gewesen sind, für die freundliche Führung und für alle die Aufmerksamkeit, die wir dort gefunden, für die vielen Aufklärungen, die wir dort bekommen haben, unsererseits den freundlichsten Dank auszusprechen.

In der Budgetkommission sind noch einige Wünsche vorgebracht worden, die hier weitergegeben werden sollen. Die Gefängniswärter haben darum gebeten, daß man ihre Fenster mit Vorfenstern versehen möge, eine Bitte, die angesichts der ausgefetzten Lage dieses Gebäudes nicht ungerühft erscheint. Ferner haben die Wärter gebeten, es mögen für den Schulbesuch ihrer kleinen Kinder im Winter womöglich die Gefängnisberde und der Wagen mobil gemacht werden, was man in Anbetracht der weiten Schulwege und der großen Strecke, die die Kinder

bis zur Stadt über das offene Feld zurückzulegen haben, wohl befürworten kann. Auch haben die Gefängniswärter weiter gebeten, es möchte etwas für ihre Lektüre gesorgt werden, eine Bitte, die sich vielleicht durch Vereinbarung mit der im benachbarten Stadtteil gelegenen Volkshalle erfüllen läßt.

Im ganzen kommt die Budgetkommission zu dem Antrag, es wolle nunmehr auch dieser Administrativkredit genehmigt werden.

In der Beratung erhalten das Wort

Abg. K o p f (Zentr.): Ich habe bei der früheren Beratung darauf hingewiesen, daß der neue Gefängnisbau in Mannheim in den Zeitungen so beschrieben war, daß man den Eindruck erhalten mußte, daß hier des Guten zu viel getan sei, und ich war es auch, der angeregt hat, daß vielleicht die Budgetkommission gut tun werde, die Bauten selbst zu besichtigen. Ich war dann auch dabei, als wir das Gefängnis besichtigt haben, und ich kann aufgrund des Eindrucks, den ich bekommen habe, hervorheben, daß ich zwar anerkenne, daß der Bau schön ist und viele zweckmäßige Einrichtungen hat, daß ich aber den Eindruck nicht habe verlieren können, daß hier wirklich zu viel gesehen ist, daß man recht namhafte Summen hätte sparen können. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die glauben, daß, wenn ein solcher Bau erstellt wird, nun alles möglichst billig und primitiv gemacht werden soll. Auch ich bin dafür, daß das, was einmal gemacht werden muß, recht gemacht wird. Ich bin aber der Meinung, daß eben ein Gefängnis immer auch den Charakter des Gefängnisses unter allen Umständen behalten muß.

Wenn wir uns nun im einzelnen vergegenwärtigen, was da hergestellt worden ist, so möchte ich in erster Reihe darauf hinweisen, daß die Dienstwohnungen, wie wir sie hier haben, nach meiner Meinung sehr reichlich bemessen sind. Wir haben ja die meisten Dienstwohnungen nicht inwendig gesehen, aber einigen Serren (zu denen auch ich gehört habe) ist ermöglicht worden, die Wohnung des Direktors zu besichtigen. Ich finde nun auch, daß diese Wohnung in Umfang und Ausstattung reichlich bemessen ist, daß man sie wesentlich billiger hätte machen können. Meines Erachtens wäre es nicht nötig gewesen, eine so große Anzahl von Dienstwohngebäuden zu erstellen. Ich kann insbesondere nicht einsehen, daß es notwendig gewesen ist, für den Direktor ein besonderes Haus zu bauen. Ich glaube, es wäre vollständig genügend gewesen, wenn der Direktor in einem der verschiedenen Dienstwohngebäude (es sind deren fünf oder sechs, wenn ich recht gesehen habe) seine Dienstwohnung bekommen hätte, in der Beletage meinetwegen; das hätte vollständig genügt. Die Erstellung eines eigenen Hauses für den Direktor halte ich für durchaus unnötig, und es ist gar nicht zweifelhaft, daß hierdurch erhebliche Mehrkosten erwachsen sind. Die Ausstattung des Hauses selbst ist eine außerordentlich feine. Es wird wohl recht wenige Dienstwohnungen geben, die in dieser Feinheit ausgeführt sind. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß (was jetzt gerade zufällig der Fall ist) der derzeitige Vorstand erst seit einem halben Jahre etatmäßig angestellt ist, so kann ich zwar dem betreffenden Beamten zu diesem Erfolge nur gratulieren, aber es ist zweifellos richtig, daß, wenn man diesen Umstand berücksichtigt, die Wohnung für den Zweck, den sie zu erfüllen hat, doch erheblich zu vornehm ausgestattet ist.

Auch in anderer Hinsicht hätte man zweifellos manches einfacher machen können. Ich erinnere Sie an die

schönen Metallacherplatten, die wir gleich am Eingang gesehen haben; ich weiß, daß diese viel Geld kosten. Ich erinnere Sie daran, daß bei jeder Wascheinrichtung an der Wand diese Metallacherplatten ebenfalls angebracht worden sind. Ich habe das bis jetzt noch in keinem Gerichtsgebäude gesehen. Diese feine Ausstattung habe ich jetzt zum ersten Mal in einem Gefängnis gesehen, und das hat mich doch etwas befremdet. Ich erinnere an die Ausstattung der Küche und des Waschauses. Die beiden Räume gehen durch zwei Stockwerke, sie sind in einer Weise mit Licht und modernsten Einrichtungen ausgestattet und haben derartige Dimensionen, daß ich nur Staunen empfunden habe. Ich kann nur sagen: Ich habe bis heute noch nicht ein so gut eingerichtetes Spital gefunden, in dem die Einrichtungen in dieser Vollendung vorhanden gewesen wären, wie wir sie hier in einem Gefängnis gesehen haben. Ich weiß auch nicht, ob bei der Anschaffung maschineller Einrichtungen in Küche und Waschaus im Hinblick darauf, daß man im Gefängnis eine Menge arbeitskräftiger Gefangener hat, die man zur Arbeit verwenden muß und hier recht gut verwenden könnte, nicht auch des Guten zuviel geschehen ist. Die Werkstätte, die wir gesehen haben, ist von einer Schönheit, daß ich bis jetzt noch keinen Handwerker getroffen habe, der eine solch vollkommen eingerichtete Schreinerwerkstätte, wie wir sie hier getroffen haben, besessen hätte. Namentlich ist, was ich nicht tadeln will, hinsichtlich der Ventilation und der Lichtzufuhr außerordentlich viel geschehen. Die Sachen sind alle schön, und das hat etwas Bestechendes. Jeder der Besucher war geneigt, seine Anerkennung für die schöne und zweckmäßige Anlage auszusprechen. Aber ich glaube, nicht das darf der entscheidende Gesichtspunkt sein, sondern man hat sich doch immer zu vergegenwärtigen, daß im Gefängnis der Charakter der Strafanstalt nicht ganz vermisst und der Abschreckungszweck der Strafe nicht außer acht gelassen werden darf. Es ist gewiß sehr human, daß man einen eigenen Krankenjaal für die Tuberkulösen hergerichtet hat, der auch durch zwei Stockwerke geht. In diesem großen Raume lag ein Patient! Daneben ist eine Veranda, eine Siegehalle, um auch da ein modernes System der Heizung anwenden zu können, eine Seilmethode, die aber sonst nur vermögliche Leute anwenden können. Auch noch ein großer, geräumiger, schöner Garten zum Spazierengehen ist dabei. Nach der Richtung waren also die Schilderungen in den Zeitungen durchaus zutreffend. Aber auch da glaube ich, daß von dem Augenblick ab, wo einer krank und namentlich als tuberkulös erklärt ist, er das Bewußtsein, daß er hier eigentlich ein Gefangener ist, wohl fast ganz verlieren dürfte.

Die Böden in den Zellen sind, soviel ich gesehen habe, buchene Riemenböden, für die das Holz besonders präpariert werden mußte. Ich habe den Eindruck, daß es auch mit tannenen oder mit Kirschpeneböden gegangen wäre. Wir haben im Landgericht Freiburg wunder gemeint, was für eine Errungenschaft wir bekamen, als wir einmal einen neuen Kirschpeneboden im Zivilkammerjaal bekommen haben. Aber natürlich, für das Landesgefängnis in Mannheim war es absolut notwendig, daß hier ein besonders teurer und schöner Boden für die einzelnen Zellen erstellt wurde. Ebenso erscheint es mir unnötig, daß sämtliche Gänge mit Linoleum belegt worden sind. Es ist uns allerdings gesagt worden, das habe den Vorzug, daß die Gefangenwärter, wenn sie durch die Gänge gehen, nicht gehört werden. Aber die ganze Sache sieht außerordentlich vornehm und schön aus und hat viel Geld gekostet, und man kann sich wirklich des Ein-

drucks nicht ent schlagen, daß man unbeschadet des Zwecks der Gefangenenbeaufsichtigung recht wohl auch viel billiger und dem Charakter eines Gefängnisses angemessener hätte vorgehen können. Auch die Pflasterung im Hofe habe ich sehr ausgedehnt und mit besonders schönem Material ausgeführt gefunden.

Kurz, ich habe den Eindruck gehabt, daß man sehr reichlich vorgegangen ist, daß man sich viel zu wenig vergegenwärtigt hat, daß es sich um die Erstellung einer Strafanstalt handelte, und daß man zweifellos einige 100 000 Mark hätte sparen können. Es hat mir heute, um nur das noch zu sagen, ein Kollege, der an einem Landgericht Rat ist, gesagt, eine ganze Reihe der Zellen, die er im Mannheimer Gefängnis gesehen habe, seien in viel besserem Zustande und mindestens ebenso groß als sein Dienstzimmer im Landgerichtsgebäude Offenburg (Geiterkeit).

Ich muß also daran festhalten, daß die Bemängelungen, die wir bei der ersten Beratung hier ausgesprochen haben, keineswegs unbegründet gewesen sind, und ich möchte die Meinung und den Wunsch aussprechen, daß man bei Erstellung weiterer derartiger Bauten nicht weitergehen, sondern das Maß dessen, was geschehen muß, erheblich einschränken sollte (Abg. Dieterle: Jede Zelle kommt auf 10 000 M.). Eben werde ich darauf hingewiesen, daß, wenn man die Zahl der Gefangenen, die in diesem Gefängnis untergebracht sind, zu Grunde legt, jede Zelle auf ungefähr 10 000 Mark kommt. Ich habe es nicht nachgerechnet, es wird mir, wie gesagt, eben zugerufen. Das kann das Gewicht unserer Bemängelungen neu verstärken.

Nun hat der Herr Berichterstatter darauf hingewiesen, daß das alte Gefängnis um so abschreckender gewirkt habe. Ich gebe zu, der Kontrast zwischen dem alten Gefängnis, das etwa 50 Jahre seinen Zweck erfüllt hat, und dem neuen Landesgefängnis war ein sehr großer. Ich muß aber sagen: So schlimm habe ich die Zustände in dem alten Gefängnis, wenn ich die längst geräumten Zellen im Souterrain abziehe, nicht gefunden. Was ich aber gefunden habe, war, daß das Gefängnis total vernachlässigt ist. Es wird offenbar gar nicht gelüftet. Selbst in Zellen, wo Gefangene untertags nicht untergebracht waren, weil sie in großen Sälen beschäftigt werden, war kein Fenster offen. Das ist natürlich nicht in der Ordnung. Ferner habe ich gefunden, daß die Gänge nicht rein gehalten waren, wenigstens hat mir alles einen wenig sauberen Eindruck gemacht. Wenn man darauf sieht, daß das, was einmal da ist, erträglich hergestellt wird, das Haus z. B. einen besseren Verputz bekommt, wenn auf hinreichende Lüftung und Reinlichkeit gesehen wird, dann bin ich der Meinung, daß dieses Gefängnis, wenn wir es noch brauchen, recht wohl noch eine Zeit lang seinen Zweck erfüllen könnte.

Was die Ausgaben für das neue Gefängnis betrifft, so sind sie gemacht, das ist richtig, es ist auch wahr, daß sich ergeben hat, daß Überschreitungen nicht vorgekommen sind. Es ist nur ausgegeben worden, was schon in den ursprünglichen Plänen und Kostenvoranschlägen vorgesehen war. Insofern muß sich auch der Landtag einen Vorwurf machen. Man hätte, als der Bau bewilligt wurde, Veranlassung gehabt, sich die Detailpläne und Kostenvoranschläge etwas genauer anzusehen. Wir werden den Administrativkredit, der sich im Rahmen der ursprünglichen Pläne bewegt, bewilligen müssen. Aber den Vorlag darf sowohl Regierung als Volksvertretung fassen, daß künftighin bei Gefängnisbauten mit einem

wesentlich bescheideneren Maße vorgegangen werden sollte (Beifall im Zentrum).

Abg. K o l b (Soz.): Die Herren Juristen werden, bevor sie zu einer selbständigen Praxis übergehen, in allen möglichen Bureauz beschäftigt, bei Gerichten, bei Rechtsanwältin, in der inneren Verwaltung, bei den Notaren usw. Die Ausführungen des Herrn Abg. K o p f haben mich in der Meinung gestärkt, die ich schon lange habe, daß es vielleicht auch sehr zweckmäßig wäre, wenn die Herren Juristen, bevor sie zu selbständiger Praxis übergehen, einige Wochen in einem Gefängnis zubringen müßten, um überhaupt einmal zu wissen, was es heißt, seiner Freiheit beraubt zu sein. Ich glaube, die Ausführungen, die Herr Kollege K o p f über das Landesgefängnis in Mannheim gemacht hat, werden von sehr wenigen Kollegen geteilt, die Gelegenheit hatten, die beiden Gefängnisbaulichkeiten sich vor Augen zu führen. Er hat gemeint, es sei manches zu viel geschehen u. es sei der Charakter eines Gefängnisses verwischt worden. Worin besteht denn der Charakter eines Gefängnisses? Doch nicht darin, daß man die Menschen in dunkle Zellen wirft, wo sie kein Licht und keine Luft haben und in wenigen Wochen an ihrer Gesundheit Schaden leiden, sondern darin, daß einer seiner persönlichen Freiheit beraubt wird, daß er über seine persönliche Freiheit, über die jeder andere Mensch verfügt, nicht mehr verfügen kann. Dieser Charakter ist auch im neuen Landesgefängnis gewahrt. Der Herr Abg. K o p f sollte sich vorstellen, er müßte vier Wochen lang in einem solchen Gefängnis zubringen (Sehr richtig!), dann würde er eine ganz andere Rede halten, als er sie heute hier gehalten hat. Die Gefängniszellen sind gewiß im Gegensatz zum alten Gefängnis in dem neuen besser, sie machen einen freundlicheren, lustigeren Eindruck, die Möbel sind neu, aber irgend etwas Besonderes ist nicht darin enthalten. In der Zelle ist ein Bett und andere Einrichtungen, ohne die ein Mensch nicht leben kann, aber darüber hinaus ist gar nichts darin enthalten, was man als Luxus bezeichnen könnte. Wenn man allerdings dem Urteil den Zustand im alten Mannheimer Gefängnis zu Grunde legt, dann kommt man zu der Vorstellung, daß hier etwas Besonderes geschehen ist. Allein ich halte den Zustand im alten Gefängnis geradezu für menschenunwürdig, ich halte es nicht für verantwortlich, daß man Menschen da hinein sperrt und auf alte schmutzige Betten legt. Wenn einer da hineinkommt und ist nicht kerngesund, muß er in wenigen Wochen so angegriffen sein, daß er krank wird. Das ist doch nicht die Aufgabe des Strafvollzugs, daß die Leute ihrer Freiheit beraubt werden und obendrein noch an der Gesundheit geschädigt werden! Das ist aber im alten Gefängnis der Fall. Und wenn man im neuen darauf gesehen hat, daß die Einrichtungen besser und vor allen Dingen zweckmäßiger sind, wenn man darauf Bedacht genommen hat, daß in das Gefängnis Leute kommen, die nicht nur Wochen sondern Jahre da zubringen müssen, dann ist meines Erachtens das geschehen, was man ohne weiteres verlangen kann. Wir begrüßen es, wenn man im Strafvollzug etwas human vorgeht, wenn man den Leuten, die Monate und Jahre hindurch im Gefängnis sitzen, das Leben nicht geradezu zur Qual macht. Was die Ventilationseinrichtungen in der Küche und sonst betrifft, namentlich auch in den Werkstätten, so halte ich sie für durchaus notwendig; ich würde es für verfehlt halten, wenn sie nicht gemacht worden wären. Ich habe mich bei dem Direktor auch darüber erkundigt, und er hat mir gesagt, die Fabrikinspektion schreibe vor, daß derartige Vorrichtungen beim Bau etwa einer Schreine-

rei getroffen werden. Wenn der Herr Kollege Kopf einmal in einer Schreinerei, nicht im Gefängnis, sondern in einer gewöhnlichen Schreinerei arbeiten würde, dann würde er auch sagen: Es ist notwendig, es muß dafür gesorgt werden, daß der Staub die Leute nicht an ihrer Gesundheit schädigt.

Auch überflüssige Maschinen sind nicht vorhanden. Es ist uns gesagt worden, warum diese Maschinen angeschafft wurden, nämlich weil die entlassenen Gefangenen nicht unterkommen können, wenn sie nicht auch mit Maschinen umzugehen verstehen. Die Maschinen sind in dem modernen Handwerksbetrieb notwendig.

Was an der Küche und Waschküche Großartiges sein soll, kann ich mir nicht denken. Die Bauten sind neu und machen daher einen schöneren Eindruck als ältere; aber etwas Besonderes habe ich darin nicht gefunden. Ich habe gefunden, daß alles zweckmäßig eingerichtet ist und daß man dafür nicht zu viel Geld ausgegeben hat.

Daselbe trifft zu für den Saal für Lungenkranke. Daß zufällig nur ein kranker Gefangener darin war, darüber kann man sich freuen, aber es ist ein Zufall. Es kann doch auch so kommen, namentlich wenn solche Kranke aus dem alten Gefängnis herüber gebracht werden, daß ein halbes Duzend da ist. Daß man die Leute in einen besonderen Saal bringt und auch eine Liegehalle errichtet, halte ich für selbstverständlich. Denn wenn der Staat einen einsperrt, hat er auch dafür zu sorgen, daß er richtig behandelt wird und nicht zu Grunde geht. Dazu gehört bei Lungenkranken auch eine Liegehalle, wenn die Leute überhaupt noch zu retten sind. Wenn der Herr Kollege Kopf meint, der eine Mann, der dalag, fühle sich nicht als Gefangener, so muß ich sagen, ich habe den Mann nicht beneidet, Tage und Wochen lang allein in einem solchen Saale zu liegen und die Wände anzuschauen. Das ist kein Vergnügen, da hat man wirklich das Gefühl, daß man Gefangener ist. Der Direktor hat uns ja auch gesagt, die Gefangenen wollten lieber im alten Gefängnis sein, wo sie zu dreien in einer Zelle leben dürfen, als im neuen Gefängnis allein. Man muß sich vorstellen, was das für einen Eindruck auf einen Menschen macht, wenn er Wochen und Monate lang allein in einer Zelle und seiner persönlichen Freiheit beraubt ist, wenn er nichts anderes machen kann als arbeiten und hie und da etwas lesen. Da hat einer das Gefühl, daß er im Gefängnis ist und nicht in einer Erholungsanstalt.

Was die Direktorswohnung anbetrifft, so hätte man einige Tausend Mark sparen können, aber die Sache ist einmal geschehen, wir können nichts mehr daran ändern. Aber sehr viel hätte es wohl nicht ausgemacht. Im allgemeinen werden ja die Herren Direktoren in besonderen Wohnungen untergebracht. Und wenn man den Zustand ansieht, wie er hier zutrifft, daß der Mann weit ab von der Stadt unter besonderen Verhältnissen wohnt, so kann man zwar sagen, es hätte wohl etwas erspart werden können, aber man hat nicht notwendig, sich darüber aufzuregen. Im übrigen habe ich draußen auch schon Pfarrhäuser gesehen, die sich sehr vorteilhaft von anderen Häusern unterscheiden, für die sehr viel Geld ausgegeben worden ist, und bei denen hätte gespart werden können. Da wird auch gesündigt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man Dienstwohnungen möglichst garnicht mehr errichten sollte, und zwar nicht bloß seitens des Staates sondern auch seitens der Gemeinden, und daß man es den Leuten überlassen sollte, sich eine Wohnung in der Nähe der Anstalt oder des Bureaus zu mieten, wo sie tätig sind.

Die Behauptung des Herrn Abg. Kopf, daß da einige 100 000 Mark hätten gespart werden können, halte ich für vollständig unzutreffend, namentlich soweit das Gefängnis in Betracht kommt. Hier ist meines Erachtens nicht zuviel geschehen, im Gegenteil, es ist alles geschehen, was man heute für die Anlage eines neuen Gefängnisses bewilligen muß, und wir können uns nur freuen, daß man hier auf die Humanität Rücksicht genommen hat.

Staatsminister Dr. Frhr. von Dussh: Ich kann als das Ergebnis der heutigen Debatte mit Genugthuung feststellen, daß die Bemängelungen, die an dem Neubau des Landesgefängnisses bei den letzten Verhandlungen des hohen Hauses geübt worden sind, zwar nicht vollständig zurückgetreten, aber doch immerhin sehr gemildert worden sind. Ich stelle hier vor allem fest, daß in keiner Weise mehr ein Tadel gegen den leitenden Baubeamten, gegen den Herrn Oberbaurat Warth, ausgesprochen worden ist, und ich benütze gerne die Gelegenheit, auch bei diesem Anlaß meine besondere Wertschätzung dieses ausgezeichneten Baubeamten auszusprechen.

Der Herr Abg. Rebmann hat im allgemeinen ausgesprochen, daß vielleicht an dem einen oder dem anderen Punkte etwas weniger reichlich hätte verfahren werden können, er finde aber doch im großen und ganzen den Bau durchaus entsprechend und zweckmäßig. Der Herr Abg. Rebmann hat sich weniger mit dem Neubau als mit dem alten Gefängnis beschäftigt und er hat ausgesprochen, daß es ihm höchst bedenklich erscheine, daß im alten Gefängnis noch Strafen vollzogen werden. Ich möchte dem doch entgegenreten; der Eindruck, der diesmal erweckt worden ist bei den Herren, die das alte Gefängnis gesehen haben, ist wohl dadurch verschärft worden, daß, wie mir auch mitgeteilt wurde, das alte Gefängnis gegenwärtig in einem wenig erfreulichen Zustand ist. Die Justizverwaltung wird dafür sorgen, daß dieser Zustand gebessert, daß vor allem auf Reinlichkeit gehalten wird und die Zellen gelüftet werden; ich glaube, dann wird man Strafen in dem Umfang, wie sie jetzt im alten Gefängnis noch vollzogen werden, auch künftig doch noch vollziehen können. Wenn man bedenkt, daß in diesem Gefängnis bis vor kurzem Strafen bis zu drei Jahren vollzogen worden sind, ohne daß irgendwie erhebliche Krankheiten eintraten, so scheint mir doch der Zustand nicht derartig zu sein, daß wir überhaupt das alte Gefängnis nicht mehr benützen können. Immerhin bin ich gern bereit, darauf hinzuwirken, daß die Benutzung des alten Gefängnisses möglichst eingeschränkt wird.

Was den Wunsch wegen der Vorfenster an den Dienstwohnungen der Wärter angeht, der von dem Herrn Abg. Rebmann geäußert worden ist, so wird dem entsprochen werden können. Was die Benutzung des Gefängniswagens durch die Kinder der Beamten anbelangt, um die Schule zu besuchen, so wird sich dieser Wunsch dadurch erledigen, daß, wie ich höre, die Trambahn in der nächsten Zeit so nahe an das Landesgefängnis verlegt wird, daß man die Straßenbahn von dort benutzen kann.

Am schärfsten hat sich der Herr Abg. Kopf ausgesprochen, und wenn er auch heute nicht mehr mit derjenigen Schärfe vorgegangen ist wie in der letzten Verhandlung, so hat er doch auch heute noch manches auszusprechen gehabt. Er hat vor allem darauf hingewiesen, daß die Dienstwohnungen gar zu reichlich bemessen seien, und er hat bezüglich der Direktorswohnung besonders hervorgehoben, daß es sich da um einen besonders jungen Beamten handelt. Dafür kann doch nicht die Persönlichkeit des

Beamten maßgebend sein, es kann auch einmal ein älterer Beamter hinkommen; es kann hier nur maßgebend sein, ob die Direktorenwohnung in der Tat zu reichlich bemessen ist. Es mag richtig sein, was der Herr Abg. Kolb gesagt hat, daß ein paar Tausend Mark hätten gespart werden können, aber das, was vor ein paar Wochen dargelegt und behauptet worden ist, das ist doch zweifellos vollständig widerlegt worden. Ich möchte nicht auf alle Einzelheiten eingehen, die der Herr Abg. Kopf heute vorgebracht hat, ich möchte aber den Herrn Abg. Kopf doch bitten, die Aufschrift, die wir am 17. Januar d. J. an die Budgetkommission des Hohen Hauses gerichtet haben; einer näheren Durchsicht zu unterziehen. Er wird dann finden, daß viele Bemängelungen, die er heute vorgetragen hat, hinfällig sind. Vor allem wird er finden, daß die Einrichtungen, die er für sehr teuer hält, in Wirklichkeit die billigsten waren, welche gemacht werden können. So sind beispielsweise die Riemenböden unter 30 Proben, die gemacht worden sind, als die billigsten und zweckmäßigsten erkannt worden. Das gleiche gilt für den Kinoleumbelag auf den Gängen, den der Herr Abg. Kopf auch beanstandet hat.

Wenn der Herr Abg. Kopf weiter bemängelt hat, daß die Küche und das Waschhaus durch zwei Stockwerke gehen, und daß das eine Einrichtung sei, wie sie nicht einmal in Spitälern zu finden sei, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß in allen modernen Anstalten derartige Einrichtungen zu finden sind. Ich habe sie vor nicht langer Zeit auch in der Irrenanstalt in Wiesloch gesehen. Diese Einrichtung bezweckt lediglich, für einen genügenden Abzug des Dampfes zu sorgen.

Wenn der Herr Abg. Kopf weiter bemängelt hat, daß der Krankensaal für Tuberkulose durch zwei Stockwerke geht, so scheint das ein Irrtum zu sein, der Krankensaal ist nur ein Stockwerk hoch. Daß auch noch eine entsprechende Liegehalle damit verbunden ist, ist ein Gebot der Humanität, das meines Erachtens nicht zu beanstanden ist.

Ich glaube, auf weitere Einzelheiten nicht eingehen zu sollen, sondern mich auf die ausführlichen Darlegungen, die wir auch schriftlich gegeben haben, beziehen und überhaupt von weiteren Ausführungen absehen zu können, da ja als das Ergebnis der heutigen Verhandlung zweifellos die nachträgliche Bewilligung dieses Administrativkredits erfolgen wird. Ich ergreife aber gern den Anlaß, um namens der Justizverwaltung zu erklären, daß sie künftighin bei allen Bauten auf möglichste Sparfamkeit sehen wird, und ich räume, wie gesagt, ein, daß auch da und dort vielleicht an einer Kleinigkeit etwas mehr hätte gespart werden können, aber im großen und ganzen wird auch gewiß auch das ganze Hohe Haus anerkennen, daß der Bau zweckmäßig, daß er für seine Zwecke durchaus entsprechend gebaut ist, und daß irgendwie erhebliche Ersparnisse nicht hätten gemacht werden können.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Das Schlußwort erhält

Verichterstatter Abg. Rebmann (natl.): Die einzelnen Anstellungen, die der Herr Abg. Kopf gemacht hat, sind so weit widerlegt, daß ich es unterlassen kann, darauf noch einmal einzugehen.

Was die Bemängelung der ganzen Plananlage betrifft, so habe ich ja selbst schon ausgesprochen, daß das auf die Kammer selbst fällt, der die Pläne seinerzeit vorgelegen

haben, und die diese Pläne genehmigt hat, und in diesen Plänen liegt der Hauptteil der gemachten Bewilligungen und der Hauptpunkt der Ersparnisse, die der Herr Abg. Kopf glaubt herausrechnen zu können. Im einzelnen kann ich noch sagen, daß Herr Oberbaurat Warth uns ja klar auseinandergesetzt hat, wie er dazu gekommen ist, so billig noch bauen zu können, wie er durch Vereinfachung der Dach- und der Deckenkonstruktion ganz erhebliche Mittel gespart hat, wie er es dadurch auch erreicht hat, daß die Gänge gut beleuchtet sind, daß es durch diese Einzelheiten ermöglicht worden ist, auf der anderen Seite etwas reichlicher mit dem Gelde umzugehen. Ich möchte doch noch den Wunsch hinzufügen, wenigstens für meine Person, daß diejenigen Flügel, die noch nicht ausgebaut sind, im ganzen in der Art und Weise gebaut werden möchten wie die bisherigen, und daß von den Gesichtspunkten, von denen aus der ganze Bau und die Einzelheiten geordnet worden sind, nicht abgegangen werden möchte zum Zwecke der Sparfamkeit (Sehr gut!).

Die Bemängelungen, die ich hinsichtlich des alten Gefängnisbaues habe ausführen müssen, beziehen sich der Hauptsache nach auf die Räume im Erdgeschoß des alten Baues. Ich muß zugeben, daß die übrigen Räume nicht ganz so schlimm sind, schön sind sie aber trotzdem noch nicht. Aber die Räume im Erdgeschoß des alten Baues sind derartig, daß man sie kaum noch wird benutzen können; auch ist die Anlage des ganzen Baues derartig, daß sie einer geordneten Geschäftsführung und Verwaltung die allergrößten Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg legt.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu lit. b der Tagesordnung erhält zunächst das Wort

Verichterstatter Abg. König (natl.): Als Ausgaben im ordentlichen Etat sind vorgesehen für ein Jahr der laufenden Etatperiode für die Universität Freiburg 1 267 800 M., für die Technische Hochschule Karlsruhe 565 300 M. Das macht zusammen 2 849 000 M. Dazu kommt der außerordentliche Etat für die beiden Jahre 1910 und 1911 mit zusammen 1 478 600 M. Das Kennzeichen dieses Etats ist ebenso wie bei den vorausgegangenen, daß die Ausgaben beträchtlich gestiegen sind. Die Ursachen sind annähernd auch dieselben, nämlich steigende Preise der Bedarfsartikel, steigende Bezüge des Personals, weniger des Lehrkörpers als der Angestellten.

Der ordentliche Etat weist einen Mehraufwand gegenüber dem früheren Etat von jährlich rund 174 000 Mark auf. Daran partizipiert die Hochschule Heidelberg mit rund 73 000 M., die Hochschule Freiburg mit rund 57 000 M. und die Technische Hochschule Karlsruhe mit rund 43 000 M.

Im außerordentlichen Etat sollen aufgewendet werden für Heidelberg 609 000 M., für Freiburg 805 000 M. und für die Technische Hochschule Karlsruhe 64 000 M. Im wesentlichen handelt es sich um bauliche Herstellungen; wir werden darauf bei den einzelnen Etats noch zurückkommen.

Die Gesamtsumme, welche im ordentlichen Etat und im außerordentlichen Etat für die drei Hochschulen des Landes aufzuwenden ist, ist eine sehr hohe und eine recht beträchtliche Belastung der Finanzen des immerhin klei-

nen badischen Staates. Aber diese Lasten müssen getragen werden, wenn es auch schwer fällt, und sie müssen bis zu einem gewissen Grad gern getragen werden. Wir müssen uns gegenwärtig halten, daß unsere altherwürdigen beiden Landesuniversitäten einen würdigen Anteil nehmen an dem historischen Ruhm der deutschen Hochschulen, welche jederzeit Lehrerinnen deutscher Wissenschaft und Lehrerinnen deutschen Geistes gewesen sind. Gerade in Zeiten nationalen Tiefstandes waren es die deutschen Hochschulen, welche die ragenden Zinnen waren, welche die nationalen Ideale hochgehalten haben. Wenn es dem deutschen Volke trotz seiner schweren Schicksale, trotz seiner schweren Heimfuchungen gelungen ist, vorwärts zu kommen und unter den Nationen einen geachteten Platz einzunehmen, so ist das mit eines der hervorragendsten Verdienste gerade der deutschen Hochschulen. Das soll hier dankbar anerkannt werden. Dem deutschen Geiste ist in seinem ureigensten Wesen ein Hang zum Idealismus eigen, zur Kunst und Wissenschaft und zur Poesie, und gerade dieser schöne Hang hat immer die vornehmste Pflanze bei den deutschen Hochschulen gefunden. (Beifall bei den Liberalen.)

Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hat sich bis vor wenigen Jahrzehnten von der Betätigung im großen Stil an Handel und Industrie ferne gehalten, überhaupt an dem technischen Gebiete, und wir haben in dieser Hinsicht vielfach anderen Nationen den Vortritt gelassen und ihnen damit einen Vorsprung eingeräumt. Es hat das zusammengehört mit den damaligen Verhältnissen und mit der damaligen politischen Gestaltung Deutschlands. Mit der Umwandlung dieser politischen Gestaltung hat aber das deutsche Volk sich auch mit aller Energie auf diese Gebiete geworfen, und es ist ihm gelungen, in rascher Folge nicht nur Veräumtes nachzuholen, anderen Nationen auf vielen Gebieten gleich zu kommen, sondern auch auf vielen Gebieten sie zu überreffen. Und hier ist das große Verdienst der *T e c h n i s c h e n H o c h s c h u l e n* anzuerkennen, welche es verstanden haben, das Maß von Wissen, das Streben, das im deutschen Volke liegt, auf zielbewußte Energie zu vereinigen und dadurch denjenigen Fortschritt auf diesem Gebiete zu erzielen, dessen wir uns erfreuen.

Nicht vergessen darf werden in diesem Zusammenhang eine Persönlichkeit, die vielfach bescheiden zurücktritt und doch so bedeutend ist, und das ist der *K a u f m a n n*. Der Kaufmann spielt in diesem wirtschaftlichen Werdegang unseres Volkes, den ich als einen glücklichen bezeichne, eine große Rolle. Ich will keine Grade austheilen, allein es entspricht meiner Überzeugung, wenn ich sage: An Wichtigkeit im Erwerbsleben wird der Kaufmann von keinem anderen Stande übertroffen. Dieser wichtige Faktor ist der einzige Stand, der sein Wissen, sein Rüstzeug, das er für die Praxis, für den Kampf ums Dasein braucht, gewissermaßen auf dem Wege der Selbsthilfe sich verschaffen und zu Auskunftsmiteln greifen muß. Er findet es nicht wie die anderen an gegebener Stätte, an Hochschulen. Deswegen ist nach meinem Dafürhalten in den Wünschen, die nach dieser Richtung gehegt werden, und in der Perspektive, ihre Erfüllung in der Handelshochschule zu sehen, ein berechtigter Kern. Ich komme damit mit kurzen Worten auf die *H a n d e l s h o c h s c h u l e* in *M a n n h e i m*. Der Kaufmann steht ja den wichtigsten und schwierigsten Dingen des täglichen Lebens gegenüber. Die Erzeugung der Güter, der Umsatz der Güter, das alles erfolgt unter täglich wechselnden Verhältnissen. Täglich entstehen neue schwierige Komplikationen, und dazu kommt, daß unse-

rem Handel immer mehr der Stempel der Internationalität, der Universalität aufgedrückt wird. Der Kaufmann — ich meine den Kaufmann höheren Stils, der an der Spitze größerer Unternehmungen steht, und solche müssen wir immer mehr haben — sieht sich den großen Fragen des Verkehrs mit allen ihren Schwierigkeiten gegenüberstellt, den Gesetzgebungsfragen und nicht zuletzt der großen sozialen Frage, welche die ganze Arbeiterschaft bewegt. Ein solcher Mann braucht ein Wissen, bedarf einer Ausbildung und einer Anregung, welche ihm nach meinem Dafürhalten nur eine Stätte der Bildung übermitteln kann, wie etwa eine Handelshochschule sie darstellen soll. Wir haben gesehen, wie aus diesem Bedürfnis heraus da und dort Handelshochschulen entstanden sind. Der letzte Versuch mit einer solchen Gründung ist gemacht worden in Mannheim, der erste im Großherzogtum. Die dortige Handelshochschule ist ja erst im Entstehen begriffen. Sie darf mit Recht Anspruch darauf erheben, daß die Regierung ihr jede moralische und materielle Förderung zukommen läßt. Ich glaube, mit dieser kurzen Darlegung gezeigt zu haben, welche hohe Aufgabe einer solchen Schule obliegt, und welche wichtige Faktoren unseres Erwerbslebens Anspruch darauf haben, eine solche Schule zu besitzen. Es ist leider gesagt worden, daß der derzeitige Stand der Finanzen nicht zulasse, die Handelshochschule mit größeren Mitteln zu bedenken. Ich bedauere, davon Kenntnis nehmen zu müssen. Der Einsicht, daß es bei dem heutigen Stand der Finanzen wohl nicht möglich sein wird, große Zuwendungen nach Mannheim zu machen, will ich mich nicht verschließen. Allein ich möchte doch jetzt schon erklären: Es kommt die Zeit, und sie muß kommen, in welcher bei besser gestalteten Finanzen der badische Staat sich dazu entschließt, die Handelshochschule in Mannheim entsprechend zu subventionieren; es wird auch, wenn die Handelshochschule sich weiter entwickelt hat und man sieht, was sie geleistet hat, für die leitenden Männer in Baden bei Abwägung der Frage, welche Ausgaben nützlich, welche notwendig sind, wohl die Entscheidung dahin fallen können, daß die Ausgaben für Unterstützung der Handelshochschule in Mannheim notwendig sind, nützlicher und notwendiger als manche andere, die bis jetzt unbeanstandet gemacht worden sind.

Um auf unsere *H o c h s c h u l e n* überzugehen, so ist da die Tatsache zu verzeichnen, daß sie durch die liberale Dotierung, die sie seitens der Regierung, unterstützt durch die Landstände, erfahren haben, zu hoher Blüte emporgestiegen sind. Nach der Statistik, die den Herren übermittelt worden ist, steht bezüglich ihrer Frequenz die Universität Freiburg unter den 21 deutschen Universitäten mit 2608 immatrikulierten Studenten an fünfter Stelle, Heidelberg nimmt mit 2036 Studenten die achte Stelle ein. Die Technische Hochschule in Karlsruhe nimmt mit 1194 Studenten unter 10 Technischen Hochschulen die vierte Stelle ein, und so können wir denn sagen, es befinden sich unsere gesamten Hochschulen in einem Zustande der Blüte und des Wachstums und Gedeihens.

Die Herren haben auch eine Ausweisung darüber bekommen, wie hoch die Staatszuschüsse für die Universitäten in anderen deutschen Staaten sind. Sie werden daraus entnommen haben, daß Universitäten in anderen Bundesstaaten mit verhältnismäßig höheren, teilweise sehr viel höheren Staatszuschüssen dotiert sind als unsere beiden Landesuniversitäten Freiburg und Heidelberg.

Wenn wir allerdings die Zahl der Zuhörer unter dem Gesichtspunkte, von dem wir jetzt die Sache ansehen, be-

trachten, mit einer gewissen hellen Freude über dieses Fortschreiten, so mag wohl verstanden werden, daß manchem diese helle Freude verdunkelt wird durch einen gewissen Schatten, der durch die Sorge heraufgeführt wird, daß so manchem der von den Hochschulen kommenden Generation, wenn er einmal in den Kampf ums Dasein eingetreten sein wird, statt der Erfüllung troher Hoffnungen bittere Enttäuschung beschieden sein wird. Das ist zu bedauern, es läßt sich aber nicht ändern und kann namentlich unsere Entschlüsse nicht beeinflussen. Denn wir müssen die geschichtliche Wahrheit erkennen, daß bei großen Entwicklungsgängen der Einzelne keine Rolle spielt, und daß von jeher der Besitz wahren Wissens, wahrer Bildung, wie sie gerade von den Hochschulen vermittelt werden, immer eine Sache gewesen ist, die die Nation als Ganzes nicht zurück sondern vorwärts gebracht hat. (Zustimmung.)

Wir sehen in neuerer Zeit, daß ebenso wie bei anderen älteren und jüngeren Kulturstaaten mit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verhältnissen auch bei uns Private durch Zuwendungen an Universitäten diesen es ermöglichen, Spezialgebiete zu bearbeiten, die Forschungen auf alle Gebiete des menschlichen Wissens auszudehnen. Solche Stiftungen haben wir namentlich bei der Universität Heidelberg gesehen, nicht zuletzt die große Stiftung einer Mannheimer Familie, die es ermöglicht hat, eine Akademie an die Universität anzugliedern. Ich freue mich dessen, und ich sage: Wenn irgend eine Beförderung es verdient hat, so sind es die Universitäten, daß sie in dieser Weise unterstützt werden. Diese Universitäten haben so viele Segnungen und Förderungen des Geistes ausgebreitet, daß es wirklich schön und erfreulich und wohl verdient ist, wenn im großen Kreislauf der Dinge ein Teil des Segens, den sie ausgebreitet haben, als Tribut der Anerkennung und des Dankes zu ihnen zurückfließt, als materielle Hilfe, damit sie der hohen Aufgabe, die sie zu erfüllen haben, in jeder Weise gewachsen sein können.

Mit diesen Ausführungen wäre ich am Ende dessen, was ich im Rahmen des allgemeinen Vortrages zu sagen hätte. Einzelnes habe ich noch anzuführen, ich werde es bei den einzelnen Etats nachholen. Nur eine einzige Bemerkung muß ich hier gleich machen, weil dadurch der Antrag erklärt wird, den ich an Sie stellen werde. Es ist im außerordentlichen Etat für die Universität Heidelberg der Betrag von 83 500 Mark angefordert für den Ausbau des hygienischen Institutes. Dieser Bau soll schnell in Angriff genommen und vollendet werden, damit er, wenn möglich, schon in dem Wintersemester 1910/1911 bezogen werden kann. Deshalb hat die Großh. Regierung gebeten, mit der Bewilligung dieses Betrages gleich auch die Ermächtigung auszusprechen, daß mit dem Bau sofort begonnen werden kann. Ich stelle deshalb den Antrag an die Landstände, es wollen die Ausgaben genehmigt werden, so wie sie in dem Ihnen gedruckten vorliegenden Antrag enthalten sind, u. es wolle gleichzeitig die Ermächtigung ausgesprochen werden, daß die Verwendung des genannten Betrages von 83 500 M. für das hygienische Institut in Heidelberg sofort nach Erteilung der Genehmigung der Ausgaben erfolgen darf. (Beifall.)

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Den anerkennenden Worten, welche der Herr Berichterstatter für unsere deutschen Universitäten ausgesprochen hat, schließe ich mich

gern an. In den früheren Beratungen des Universitätsbudgets haben uns sehr lange Erörterungen über Meinungsverschiedenheiten beschäftigt. Ich werde darauf heute nicht kommen. Es ist mir seit Ablauf des letzten Landtages kein Fall bekannt geworden, der irgendwie eine Notwendigkeit ergäbe, Erörterungen allgemeiner Art anzuschließen. Ich werde mich deshalb ebenso wenig wie der Herr Berichterstatter darauf einlassen.

Eine Bemerkung möchte ich gegenüber dem, was der Herr Berichterstatter gesagt hat, machen. Er hat von der Handelshochschule Mannheim gesprochen und über Handelshochschulen im allgemeinen. Darüber kann ja kein Zweifel sein, daß man auch den Handelshochschulen, und speziell der Handelshochschule in Mannheim, alle Förderung gern angebeihen lassen möchte. Aber der badische Staat wird doch gut daran tun, der Sache äüher kritisch ins Gesicht zu sehen. Wir müssen die weitere Entwicklung, die die wenigen Handelshochschulen, welche wir im deutschen Reiche in großen reichen Städten jetzt — auf Kosten der Städte — haben, erst weiter verfolgen, um uns ein abschließendes Urteil zu bilden. Der Ansicht werden wir uns unter keinen Umständen verschließen können, wenn wir für den Kaufmannsstand und seine weitere Ausbildung auch sehr gern Mittel zur Verfügung stellen wollen, daß für unser verhältnismäßig kleines Land der Besitz von drei Hochschulen schon ein recht großes Opfer bedeutet, bei aller Anerkennung des Segens, der durch diese Hochschulen auf unser Land ausgebreitet wird. Es ist deshalb nicht zufällig gewesen, wenn bei früheren Beratungen, wo auf die Handelshochschule Mannheim auch schon abgehoben worden ist — wenn ich mich recht erinnere, von allen Seiten des Hauses — Einigkeit darüber bestanden hat, daß es jedenfalls im Moment, für lange Zeit wahrscheinlich, nicht Sache des badischen Staates sei, hier mit materiellen Mitteln einzugreifen, sondern daß das Sache einer einzelnen reichen Stadt sein werde. Die moralische Unterstützung soll gewiß der Handelshochschule zuteil werden, und soweit ich da unterrichtet bin, wird sie der Handelshochschule Mannheim von seiten der Großh. Regierung in reichlichem Maße zuteil. Aber ich glaube, weiter zu gehen werden wir nicht imstande sein.

Der Herr Berichterstatter hat auf die blühende Frequenz unserer Universitäten abgehoben, aber trotz einer gewissen Freude hierüber möchte man die Sache mit gemischten Gefühlen ansehen, weil man wirklich nicht weiß, ob damit, sofern das Universitätsstudium immer nur — oder größtenteils — zu dem Zwecke ergriffen wird, um im öffentlichen Dienste ein reichliches Unterkommen zu finden, nicht außerordentliche Enttäuschungen und auch schwere Schädigungen für unser Volkswohl verbunden sein können. Vorerst aber haben wir mit der Tatsache zu rechnen und sie zu begrüßen, daß die Frequenz unserer Universitäten nicht gefallen, sondern sogar gestiegen ist, und die Befürchtung, daß die Technische Hochschule in Karlsruhe, die in ihrer Frequenz eine Zeit lang nachgelassen hatte, weiter an Studierenden verlieren würde, hat sich nicht verwirklicht. Es scheint ein fester Stand bei der Technischen Hochschule nun eingetreten zu sein. Im übrigen haben wir natürlich auch in unserem Hochschulbudget die Wahrnehmung zu machen, daß auch dieses sich nach den knappen finanziellen Verhältnissen einzurichten hat, in denen wir uns zurzeit nicht bloß im badischen Staate befinden. Die Mehranforderungen, die im Ordinarium gestellt werden, sind eine Konsequenz einer ganz natürlichen Entwicklung, größtenteils der höheren Preise für die Institute, für die Lebensmittel usw.; große erhebliche Anforderungen anderer Art

werden hier nicht gemacht. Auf der anderen Seite muß man doch aber wieder anerkennen, daß der badische Staat trotz der Knappheit der Mittel auch in diesem Budget, namentlich im außerordentlichen Etat, unsere Universitäten wieder recht schön dotiert hat.

Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich hier allerdings sagen, daß gerade bei der Universität, die mir am nächsten steht, bei der Freiburger Universität, diese stattliche Dotierung des außerordentlichen Budgets mit sehr großen Überschreitungen des Voranschlags für den Neubau des Kollegienhauses in Höhe von etwa 180 Tausend Mark zusammenhängt. Ich möchte aber doch hier der Meinung Ausdruck geben, daß man, wenn man gerecht sein will, die außerordentlichen Umstände mit in Berücksichtigung ziehen muß; durch die Verzögerung, die infolge des Todes des Architekten, der ursprünglich beauftragt war, das Kollegienhaus zu bauen, entstanden ist, und durch die eingetretene Preissteigerung, weiter auch durch die Abänderungen, die an dem ursprünglichen Plan notwendig geworden sind, läßt sich jedenfalls ein erheblicher Teil dieses Mehraufwandes durchaus rechtfertigen.

Damit bei der Rivalität zwischen den beiden Universitäten Heidelberg und Freiburg auch Heidelberg seinen Anteil erhalte, haben natürlich auch die Heidelberger mit einer Überschreitung zu rechnen; glücklicherweise ist es nur eine viel geringere in Höhe von 90 000 M., die auf die Schwierigkeit des Baues des physikalischen Instituts zurückgeführt wird.

Im übrigen werde ich mich auf gewisse Rivalitäten zwischen Heidelberg und Freiburg, die vielleicht besonders in Professorenfreisen eine Rolle spielen, nicht einlassen; ich habe das bei früheren Anlässen nicht getan und werde es auch jetzt nicht tun. Dabei erkenne ich allerdings an, daß die Ungleichheit, die früher in viel stärkerem Maße zu Ungunsten von Freiburg vorhanden war, im Verlaufe der Zeit allmählich etwas behoben worden ist; es waren ja früher Verhältnisse, namentlich auch bezüglich der Krankengelder usw., die geradezu als unhaltbar bezeichnet werden mußten.

Übrigens muß ich als Freiburger Bürger sagen: Wir in Freiburg wissen, was wir an unserer Universität haben. Es ist ja auch richtig, daß die Stadtverwaltung in Freiburg in einem viel größeren Umfange durch Errichtung von Universitätsinstituten gegen entsprechend ermäßigte Verzinsung, durch Bereitstellung unseres Krankenhauses, durch Gewährung von Mitteln auf den verschiedensten Gebieten den Universitätszwecken dienstbar ist, als wie das in Heidelberg der Fall ist. Es wird das eben wahrscheinlich in den verschiedenen Verhältnissen Heidelbergs und Freiburgs begründet sein. Wir im Freiburger Stadtrat und im Freiburger Bürgerausschuß wenigstens haben nie gezögert, den Anforderungen der Universität nachzukommen, und wir haben solche Anforderungen immer als speziell auch im Interesse unserer Stadt liegend gerne bewilligt. Wir haben, um hier speziell auf Freiburg überzugehen, im Verlaufe des letzten Herbstes zwei neue Institute eröffnen können, einmal den Neubau im Garten der Frauenklinik und sodann einen Neubau im Garten der psychiatrischen Klinik, der für Nervenranke bestimmt ist. Wir hatten in Freiburg schon früher eine besondere Abteilung für Nervenranke, sie war aber ganz ungenügend untergebracht. Der Erweiterungsbau ist mit einem Kostenaufwand von 150 000 M. erstellt worden, der früher angefordert worden war, während die Frauenklinik mit einem Administrativkredit von, wie ich glaube, 109 000

Mark und dann mit paraten Mitteln der Universität hergestellt worden ist. Die Besichtigung dieser beiden Anstalten hat auf uns einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Sie sind sehr bescheiden gehalten, was die Ausstattung der Zimmer anbelangt; aber die Einrichtung ist in den beiden Anstalten außerordentlich zweckmäßig, und wir können mit Freuden die Eröffnung dieser beiden Anstalten begrüßen.

In dem jetzigen Budget sind Mittel vorgeesehen für eine neue Poliklinik, ebenso, abgesehen von anderen, Mittel zur Errichtung einer Baracke für die Nasen- und Ohrenklinik. Hier tritt wieder die Stadt helfend ein, insofern sie den Baugrund für die neue Poliklinik im Wert von 30 840 M. stellt (vom Staat wird dieser Betrag zu $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinst), insofern sie weiterhin die Poliklinik baut; die Baukosten sind zu 138 000 M. veranschlagt, welcher Betrag zu 4 Prozent verzinst werden soll. Die neue Baracke für die Nasen- und Ohrenklinik wird mit einem Kostenaufwand von etwa 15 000 M. gleichfalls gegen eine mäßige Verzinsung von der Stadt erbaut.

Es sind das Erweiterungen unserer Universitätsinstitute, die durchaus wünschenswert sind. Durch dieses Zusammenarbeiten von Stadt und Staat wird auch hier wieder etwas hergestellt werden, was außerordentlich dienlich für den weiteren Ausbau unserer Universität und für die Pflege unserer Kranken sein wird.

Was neue Stellen anbelangt, so wird für die Universität Freiburg nur die Umwandlung eines bisherigen Extraordinariats in ein Ordinariat für neuere Kunstgeschichte angefordert. Ich begrüße diese Einrichtung; ich begrüße sie außerordentlich, wenn ich an die Zeit zurückdenke, wo ich auf der Universität Freiburg war, und wenn ich mich erinnere, wie spärlich wir mit solchen Professuren bedacht waren, ja wie wir im Grunde genommen keine derartige hatten. Wenn ich daran denke, was seitdem gerade auf dem Gebiete der philosophischen Fakultät vom Staate geleistet worden ist, in welchem Umfange hier unsere Universitäten für allgemeine Bildungszwecke, für allgemeine wissenschaftliche Zwecke erweitert worden sind, so muß ich das außerordentlich begrüßen.

Ein Bedauern kann ich aber bei diesem Anlaß nicht unterdrücken — das wissen die Herren von der Regierung bereits, bevor ich dieses Bedauern nur ausspreche — das Bedauern, daß die Bitte um Umwandlung des Extraordinariats in der theologischen Fakultät für patristische Fächer und christliche Archäologie in ein Ordinariat immer noch nicht Erhöhung gefunden hat. Von meinem Freunde Kopf ist mir mitgeteilt worden, daß diese Frage in der Budgetkommission eine eingehende Rolle gespielt und daß er dort diese Anforderung eingehend begründet hat; er hat mir auch mitgeteilt, was für Einwendungen dagegen erhoben worden sind. Ich kann mich also der Regierung gegenüber ganz kurz fassen. Wenn eingewendet wird, man habe hier kein neues Ordinariat errichtet, da die obligatorische Stundenzahl (die Zahl von 4 Stunden) nicht genügend sei, so ist das durchaus ungerechtfertigt. Die obligatorische Stundenzahl für den Extraordinarius wird, wenn man dieses Fach in ein Ordinariat umwandelt, außerordentlich leicht zu erhöhen sein. Der Zubrang zu den Vorlesungen in solchen Fächern, gerade der zur christlichen Archäologie von seiten der Theologiestudierenden, wird ein großer sein. Wir haben speziell bei der philosophischen Fakultät eine ganze Anzahl von Professoren, die

keine obligatorischen Fächer lehren. Bei dem Freiburger Fall ist es mir umso weniger verständlich, als ja doch das Kraußsche Legat mit dazu verwendet werden könnte, um hier ein Ordinariat zu schaffen. Ich möchte der Meinung sein, daß der selbige Professor Krauß diese Stiftung wohl kaum gemacht haben würde, wenn er hätte annehmen können, daß so lange nach seinem Tode diese Professur noch immer nicht errichtet ist und die Zinsen aus seiner Stiftung nicht für die Zwecke einer solchen Professur verwendet werden. Ich möchte also wirklich dringend bitten, nachdem die andere Anforderung der theologischen Fakultät, ein Ordinariat für Apologetik zu errichten, durch Personalveränderungen jetzt mehr in den Hintergrund getreten ist, endlich einmal dieser Forderung ernstlich abhelfend näher zu treten.

Bei diesem Anlaß möchte ich auch dankend hervorheben, daß eine ausgezeichnete Kraft der theologischen Fakultät in Freiburg eine Berufung nach auswärts abgelehnt hat und der Universität erhalten geblieben ist, und ich möchte das umso dankbarer anerkennen, als ich gehört habe, daß die Ablehnung der Berufung mit einer höheren Anforderung an Gehalt nicht verbunden gewesen ist sondern nur mit einer Erleichterung des Stundendeputats. Es wäre das vielleicht ein nachahmenswertes Beispiel auch für andere Fälle (Sehr gut! und Heiterkeit im Zentrum).

Ich hätte dann noch einen Wunsch, den Herr Kollege Dieterle schon auf dem letzten Landtag vorgetragen hat, zu wiederholen: Man möchte doch auch auf der Universität Freiburg auf ein Rektorat in der italienischen Sprache bedacht sein. In den anderen Sprachen haben wir diese Rektorate, aber gerade in der italienischen Sprache scheint mir ein Bedürfnis bei dem allgemeinen Verkehr, der mit Italien in einem ausgedehnten Umfang gegeben ist, ganz besonders vorzuliegen. Der junge Student sollte doch die Möglichkeit haben, an der Universität sich einige Kenntnisse von dieser schönen Sprache zu verschaffen. Bei dem großen Zuzug, der aus Italien nach Deutschland stattfindet, namentlich an Arbeitern, der, wenn unsere wirtschaftliche Krise gehoben sein wird, wieder aufs neue einsetzen wird, wäre es außerordentlich wünschenswert, mit den Leuten in ihrer eigenen Sprache reden zu können, und namentlich wäre das für die Theologen aus den verschiedensten Gründen außerordentlich wünschenswert. Das kann nicht mit vielen Kosten verbunden sein. Ich meine, das gehört eigentlich auch zum Ausbau einer modernen Universität wie Freiburg, die so nahe der italienischen Grenze gelegen ist. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, ihr Augenmerk diesem Wunsche zuzuwenden.

Dann hätte ich nur noch ein kurzes Wort zu der Frage der etatmäßigen Anstellung der Wärter in der psychiatrischen Klinik in Freiburg zu sagen. Es liegt darüber allerdings eine Petition vor, ich kann aber vielleicht doch ein kurzes Wort dazu sagen. Die Wärter der psychiatrischen Klinik führen wiederholt aus, daß von den Wärtern noch keiner etatmäßig angestellt sei im Gegensatz zu den Wärtern an unseren großen staatlichen Heil- und Pflegeanstalten. Ich weiß nun, daß der frühere Herr Berichterstatter, und zwar wohl wiederholt unterrichtet von dem Leiter der Anstalt, darauf aufmerksam gemacht hat, daß es zweckmäßiger sei, mit dem Personal mehr zu wechseln, daß das Personal, das längere Zeit da sei, die Spannkraft für diesen anstrengenden Dienst nicht so habe wie ein jüngeres Personal. Ich weiß nicht, ob der Grund stichhaltig ist, ich möchte natürlich den Anschauungen des sachverständigen Direktors der psychiatrischen

Klinik nicht entgegenreten. Aber mit allen unseren sonstigen Gepflogenheiten steht dieses System doch nicht im Einklang, und wenn es richtig ist, daß wir für unsere Heil- und Pflegeanstalten auch darauf abheben, das Personal festhaft zu machen, aus dem im Vertragsverhältnis stehenden Personal ein nichtetatmäßiges und ein etatmäßiges allmählich zu entwickeln, so weiß ich nicht, welche anderen Gründe nun für die psychiatrischen Kliniken an den Universitäten maßgebend sein sollen. Mir scheint der Fall doch im wesentlichen auf das gleiche hinauszu kommen.

Das sind die wenigen Bemerkungen, die ich zum Universitätsbudget zu machen habe, und ich möchte nur auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß unsere Universitäten bleiben mögen eine Bildungsstätte für unser Volk, die reichen Segen hinausstrahlt in unsere engere und in unsere weitere Heimat! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kolb (Soz.): Ich möchte gleich meinem Herrn Vorredner mich heute nicht auf größere prinzipielle Erörterungen einlassen, sondern mich mit einigen allgemeinen Bemerkungen über unsern Hochschuletat begnügen.

Es ist richtig, was der Herr Berichterstatter gesagt hat, daß die Ausgaben, die wir im Kleinen Baden für unsere Hochschulen haben, verhältnismäßig außerordentlich große sind. Aber es ist ebenso richtig, daß man diese Opfer gern bringt im Hinblick auf die große Bedeutung unserer Universitäten für die kulturelle, wirtschaftliche und sonstige Entwicklung unseres Volkes. Wir sind gern bereit, diesem Etat unsere Zustimmung zu geben, weil wir davon durchdrungen sind, daß diese Werte, wie sie durch die Wissenschaft erzeugt werden, dem Volk in seiner Gesamtheit zugute kommen, und weil wir glauben, daß, indem wir für die Hochschulen nicht mit Mitteln kargen, wir auch schließlich dazu kommen werden, daß unsere Volksschulen einmal auf dieselbe Höhe gebracht werden, auf der erfreulicherweise unsere badischen Hochschule stehen. Hätte man in bezug auf die Volksschulen denselben Standpunkt immer eingenommen, den man mit Recht unseren Universitäten gegenüber eingenommen hat, dann könnten wir in Baden stolz sagen: Wir marschieren auf dem Gebiete der Bildung in Deutschland an der Spitze sämtlicher Staaten. Leider trifft das auf unsere Volksschule nicht zu. Ich will auf diese Dinge nicht des näheren eingehen. Wir werden ja in wenigen Tagen Gelegenheit haben, uns darüber des näheren auszulassen.

Welchen Standpunkt wir zu der organischen Zusammensetzung unseres Schulwesens einnehmen, das habe ich auf dem letzten Landtage bereits hervorgehoben. Wir sind der Meinung, daß unsere sämtlichen Schulen innerlich organisch miteinander verbunden werden sollen, daß sie nicht nach außen hin gewissermaßen den Stempel der sozialen Klassenscheidung tragen sollten, wie das heute doch zum überwiegenden Teile der Fall ist. Man kann ja zugeben, daß heute auch einigen Leuten aus den ärmeren, aus den unteren Schichten des Volkes Gelegenheit gegeben ist, eine bessere Ausbildung auf den Mittel- und auf den Hochschulen zu erlangen. Allein es sind das doch immerhin im Verhältnis zu der Gesamtzahl ganz wenige Ausnahmen, und es kann nicht bestritten werden, daß auf der einen Seite in den unteren Volkskreisen sehr, sehr viele Intelligenz durch den bestehenden Zustand verloren geht, während auf der anderen Seite sich viele auf den Hochschulen eine bessere Ausbildung erwerben kön-

nen, die vielleicht zweckmäßiger im Interesse der Gesamtheit in der Volksschule ihre Ausbildung genossen hätten.

Die Überfüllung, wie wir sie heute auf unseren Hochschulen sehen, ist ja an sich erfreulich. Es ist ein sehr schöner Zustand, wenn recht viele unserer Volksgenossen eine wissenschaftliche Ausbildung haben; allein auf der andern Seite kann man doch gewisse Bedenken nicht unterdrücken. Wenn wir sehen, wie schwer es heute schon vielen fällt, die eine Hochschulbildung haben, sich eine selbständige Lebensstellung zu erwerben, wie schwer es heute schon wird, beim Staat, bei der Gemeinde unterzukommen, und wenn man auf der andern Seite sieht, wie ungeheuer viele Leute sich um solche Stellungen bewerben, dann kann man ein sehr drückendes Gefühl nicht los werden. Wir können doch nicht leugnen, daß heute schon auch in diesen Kreisen ein sehr starkes Proletariat vorhanden ist, und das Proletariat beschränkt sich nicht etwa bloß auf gewisse Teile der wissenschaftlich gebildeten Leute, sondern es erstreckt sich fast auf sämtliche Disziplinen. Wir sehen es bei den Juristen, wir sehen es bei den Ärzten, wir sehen es vielleicht in noch größerem Maße heute schon bei den Technikern. Wenn da irgendwo eine Stelle mit ganz niedrigem Gehalt ausgeschrieben wird, so melden sich hunderte von Bewerbern, die froh sind, wenn sie überhaupt einmal ein Unterkommen haben. Das sind doch sehr bedenkliche Zustände, die anzuschneiden notwendig sein dürfte. Es würden ganz zweifellos viele Eltern gut daran tun, wenn sie, bevor sie ihren Jungen auf die Hochschule schicken, ihn ganz genau darauf prüfen ließen, ob er auch das nötige Zeug dazu hat, sich dort eine erweiterte Bildung zu erwerben, oder ob es nicht vielleicht für sein späteres Fortkommen besser wäre, wenn er sich mit einer guten Volksschul- oder Mittelschulbildung begnügen würde.

Sobiel zu dem, was ich allgemein über die Hochschulen zu sagen habe. Nebenbei möchte ich noch bemerken, daß mir Klagen darüber zugekommen sind, daß bei der Verteilung der Stipendien manchmal der Eindruck erweckt würde, als ob die Söhne der Beamten und auch andere vorgezogen würden, daß manchmal Stipendien verteilt werden in Fällen, wo es nicht gerade absolut notwendig ist, und daß wieder andererseits Studenten keine Stipendien bekommen, die es vielleicht sehr dringend bedürfen. Ich bin da in die Einzelheiten nicht eingeweiht, ich möchte der Grobreg. Regierung nur zur Erwägung anheim geben, vielleicht einmal eine Anordnung hinausgehen zu lassen, daß man bei Verteilung der Stipendien möglichst streng darauf sieht, daß nur solche Stipendien bekommen, die sie wirklich nötig haben.

Nun noch einiges zu dem, was der Herr Kollege König über den Kaufmann und seine Bedeutung im heutigen Kulturleben gesagt hat. Er hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß heute auch der Kaufmann eine wissenschaftliche Bildung bekommt, weil das bei der großen Aufgabe, die der Kaufmann heute in unserem wirtschaftlichen Kulturleben zu erfüllen hat, eine absolute Notwendigkeit ist. Ich schließe mich diesen Ausführungen durchaus an, und ich für meine Person hätte gar nichts dagegen, wenn unsere Kaufleute nebenbei die Hochschule besuchen, die unsere Juristen und andere Wissenschaftler besuchen, wenn da eine Abteilung für Kaufleute wäre. Ich bin überzeugt, daß wir einer Zeit entgegengehen, wo der Kaufmann nicht nur im allgemeinen Wirtschaftsleben sondern auch im Staats- und Gemeindeleben eine ganz hervorragende Rolle spielen wird. Je mehr Staat und Gemeinden gezwungen werden, ihre wirtschaftliche Tätigkeit auszuweihen, desto notwendiger

wird der Kaufmann auch für die Staats- und Gemeindeverwaltung. Wir haben uns hier schon wiederholt darüber unterhalten und ich speziell habe der Meinung Ausdruck gegeben, es könnte nichts schaden, wenn ein hervorragender Kaufmann an die Spitze eines großen Staatsunternehmens gestellt würde. Ich habe die Überzeugung, daß er sehr Nützliches und Vorteilhaftes für das Staatsganze leisten könnte. Wenn der Kaufmann noch nebenbei das Studium der Jurisprudenz betreibt und den Juristen mit dem Kaufmann verbindet, kann er in der gegenwärtigen Zeit Großartiges leisten. Solche Leute fehlen uns noch in der Staats- und Gemeindeverwaltung. Wir in Karlsruhe haben seit einiger Zeit einen solchen Mann mit an der Spitze der Gemeindeverwaltung, einen Mann, der Jurisprudenz studiert hat und Rechtsanwalt war und dann längere Zeit in großen Geschäften sich kaufmännisch gebildet hat. In der kurzen Zeit, seitdem ich seine Tätigkeit beobachten konnte, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß er Hervorragendes für unsere Stadt leisten wird. Er hat eben viele praktische Kenntnisse sich erworben, die ein anderer, der im Geschäftsleben nicht tätig war, nicht haben kann. Wenn wir mehr solcher Leute in die Staats- und Gemeindeverwaltung bekommen, kann es nur von Vorteil sein.

Der Meinung bin ich allerdings auch, daß der badische Staat derzeit nicht in der Lage ist, für die Mannheimer Handelshochschule besondere Mittel aufzuwenden. So wie die Dinge augenblicklich liegen, sind wir mit den Ausgaben für die andern Hochschulen schon außerordentlich schwer belastet. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß wieder bessere Zeiten kommen und auch der Moment, wo der badische Staat die Mannheimer Handelshochschule mit seinen Mitteln bedenken kann. Denn ich bin auch der Meinung des Herrn Kollegen König, daß hier eine Aufgabe des Staats und nicht eine Aufgabe der Gemeinde vorliegt. Wir müssen uns ja freuen, wenn eine große reiche Stadt ihre reichen Mittel diesem Zwecke zur Verfügung stellt; aber an sich handelt es sich um eine Aufgabe des Staates. Zunächst aber sind die Mannheimer reich genug, um ihre Hochschule mit Mitteln versehen zu können, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Wenn der Zeitpunkt kommt, wo der badische Staat in der Lage ist, ihr finanzielle Mittel zuzuschicken, werden wir nichts dagegen haben.

Im übrigen kann ich nur bemerken, daß wir diesem Etat gerne unsere Zustimmung geben werden.

Hg. Reumann (natl.): Unsere Hochschulen haben zwei Jahre ruhiger Entwicklung hinter sich, seit wir zum letzten Male hier über sie verhandelt haben. Das hat auch seinen Ausdruck gefunden in dem, was heute darüber bereits gesagt worden ist. Es kommt weiter hinzu, daß die wirtschaftlichen Fragen und Sorgen sich in hervorragendem Maße in den Vordergrund schieben und dadurch das Interesse an rein geistigen Dingen und an den Anstalten, die ihnen zu dienen bestimmt sind, etwas in den Hintergrund geschoben haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Hochschulen im Ganzen, sondern auch auf einzelne Fragen, die mit ihnen verknüpft sind. Wir haben im vorigen Landtag uns noch ausführlich über die Notwendigkeit eines eigenen Unterrichtsministeriums besprochen. Das ist im Zusammenhang mit der Frage, ob der Oberschulrat aufgehoben werden soll, nun unter einem andern Gesichtspunkt gerückt, ob im Interesse der Vereinfachung unserer Staatsverwaltung etwa auch diese Mittelstelle aufzu-

haben sei und welche Organisationsänderungen infolge davon einzutreten hätten. Da wir aber später noch einmal im Zusammenhang über diese Frage zu verhandeln haben werden, kann ich mich hier auf diese Andeutung beschränken.

Im Ganzen wird man sagen können, und das war auch der Eindruck der Verhandlungen in der Budgetkommission und auch der Ausführungen der Redner, die bisher gesprochen haben, daß man mit dem Geist, der auf unseren Universitäten herrscht, mit dem, was sie leisten, mit der Art und Weise, wie sie verwaltet werden, mit dem Geiste, in dem sie geleitet werden, durchaus zufrieden sein kann. Und all die vielen Wünsche, die noch geäußert worden sind, treffen alle in dem einen Punkte zusammen, daß uns eben zurzeit die Mittel fehlen, alle die Forderungen materieller Art, die man erheben kann und im Interesse des Gedeihens unserer Universitäten erheben muß, an dem einen Punkte scheitern. Das hängt ja natürlich damit zusammen, daß unser Land an der Last der drei Hochschulen schwer zu tragen hat. Unser Land hat bisher diese Last mit Stolz und mit Freude getragen und wird sie auch hoffentlich weiterhin tragen. Wir haben aber gemeint, daß es dabei zunächst sein Bewenden haben müsse. Hinsichtlich der vierten Hochschule, der Handelshochschule, haben wir uns vor zwei Jahren ziemlich einmütig nach der Richtung hin ausgesprochen. Wenn nun der Herr Kollege Fehrenbach gemeint hat, der Herr Berichterstatter sei nach dieser Richtung über das hinausgegangen, was dem Lande augenblicklich zugemutet werden kann, so meine ich, der Herr Kollege König hat genau den Punkt bezeichnet, auf den es ankommt: Er hat auch davon gesprochen, daß man an die materielle Unterstützung der Handelshochschule erst dann herangehen könne, wenn die finanziellen Verhältnisse unseres Landes sich geändert haben werden.

Im Zusammenhang mit der Mannheimer Handelshochschule steht noch eine andere Frage, die auch mit der Ausbildung des Handelsstandes zusammenhängt. In der Beurteilung der Wichtigkeit des Handelsstandes und der höheren Bildung, die dem Kaufmannstande zukommen soll, befinde ich mich mit den beiden Herren Vorrednern in voller Übereinstimmung. Ich habe schon vor zwei Jahren anlässlich dieser Frage darauf aufmerksam gemacht, daß das einer von denjenigen Punkten ist, in denen sich die höhere Bildung ganz unmittelbar in materielle Werte umsetzt. Die Bedeutung unseres Handels und vor allem die Bedeutung unserer Kaufleute im Inland und noch viel mehr im Ausland hängt auf das allerengste mit dem Schulsaß zusammen, den sie bekommen. Der deutsche Kaufmann ist in tausend und abertausend Fällen lediglich dadurch dem ausländischen Konkurrenten, insbesondere dem französischen und englischen Konkurrenten, überlegen, weil er eine gediegenere Bildung, vor allem eine gediegene sprachliche Bildung ins Leben hinausgenommen hat, die ihn befähigt, sich in ganz anderem Maße den Wünschen der auswärtigen Besteller anzupassen, als es der sprachlich weniger ausgebildete Franzose oder gar Engländer vermag. Ich komme später noch in anderem Zusammenhang auf diese Frage zu reden. Es wird von Mannheim aus die Frage einer Handelsmittelschule angeregt, also eines Mittelgliedes zwischen der Volksschule und der Handelshochschule. Diese Frage wird ja beim Ministerium des Innern zur Erörterung kommen, ich will sie also hier bloß streifen als eines von den Dingen, die in diesen Zusammenhang hineingehören.

Die Frequenz an unseren Hochschulen kann man ja in der That von zwei verschiedenen Seiten betrachten. Es sind zweifellos erfreuliche, aber auch weniger erfreuliche Momente in dieser Frage enthalten. Es ist zweifellos, daß wir zu einem Teil an einem Überflusse an höher gebildeten Menschen leiden, man hat sogar schon von einem Proletariat der Bildung gesprochen, das für unseren Volkskörper im ganzen schädlich sei; man hat die Ursachen dafür gesucht und hat auch nach Abhilfe dafür geforscht. Es ist noch vor wenigen Tagen hier im Hause ausgesprochen worden, und der Herr Abg. Kolb hat jetzt auch wieder Andeutungen nach dieser Richtung hin gemacht, daß vielfach kleinliche Eitelkeit daran schuld sei, daß wir zuviel studierte Leute bekommen. Es ist ganz zweifellos, daß das richtig ist, aber doch nur zu einem kleinen Teile. Es spielt ganz gewiß bei manchen Eltern die Eitelkeit mit, sei es nun die Eitelkeit, die den jungen Knaben schon mit dem Schmuck der Einjährigenschürze oder im Glanz des Reserveoffiziers sieht, sei es, daß sie ihn als Amtmann, als Professor, als Minister sieht (Lachen). Aber ich glaube, damit ist doch nur ein ganz kleiner Teil dieser schweren Frage erledigt, und ich kann sagen, daß für die Eltern, die Kinder haben, bei der augenblicklichen Lage, bei dem furchtbaren Ernst aller Verhältnisse, die Entscheidung über die Berufswahl doch von ganz ganz anderen Erwägungen bestimmt wird als von der kleinlichen Eitelkeit. Die Verhältnisse haben sich eben geändert, sie haben sich gründlich geändert, und ein Platz in der Welt muß heute unter ganz anderen schweren Opfern und ganz anderen Schwierigkeiten errungen werden, als das noch vor einem Menschenalter der Fall war. Nun bildet einmal im Handwerkerstand immer eine Klasse, es seien unsere Mittelschulen, die ihm die besten Kräfte entziehen. Das ist vielleicht bis zu einem gewissen Grade richtig, aber unsere sechsklassigen Schulen entlassen die Schüler in einem Alter, in dem sie noch gut zum Handwerkerstand übergehen können, und wenn etwa ein 15-jähriger Mensch schon die Klauen im Kopfe hat, daß ihm das Handwerk nicht mehr gut genug ist, dann ist es eben Aufgabe der Eltern, das aus ihm herauszutreiben (Sehr richtig!). Das liegt bei den Eltern selbst, die Frage liegt aber ganz anders tief: Bei unserem Handwerk heißt es nicht mehr, hast du Freude daran oder ist dir das Handwerk gut genug, sondern es heißt, hast du Kapital dazu, um dir später eine menschenwürdige Existenz zu schaffen? Das heutige Handwerk läßt sich nicht mehr aufbauen auf dem goldenen Boden, auf dem es angeblich ruht, es muß ein ganz solides Fundament haben, das vorher schon gelegt ist, und unter den Tausenden und Hunderttausenden von jungen Leuten, die Handwerker werden sollten, besitzen nicht mehr alle diejenige Kraft, dasjenige Maß von sittlichen Kräften, von Sparsamkeit usw., um sich allein zu selbständigen Existenzen heranzuarbeiten. Das ist es, was den Eltern die Berufswahl ihrer Kinder so außerordentlich erschwert. Nicht nur die Eitelkeit und nicht nur die Sucht, sie in höheren Stellen zu wissen, gibt den Ausschlag, sondern die Tatsache, daß ein großer Teil der Eltern nicht imstande ist, ihren Söhnen ein genügendes materielles Betriebskapital mitzugeben. Es liegt daher der Gedanke sehr nahe, daß man dieses materielle Betriebskapital ersetzt durch das geistige, durch die höhere Bildung.

Was nun endlich die Frequenz unserer Hochschulen betrifft, so ist auch das ein Kapitel, das nicht ganz einfach und leicht abzumachen ist. Es ist zweifellos richtig, daß in früheren Zeiten unsere Mittelschulen — man nennt sie ja jetzt höhere Lehranstalten — ihre Schüler ausschließ-

nach zum Studium auf den Hochschulen vorgebildet haben, und daß diese Hochschulen die Durchgangsstelle waren für den Staatsdienst und die sog. freien Berufe, also für den Beruf des Arztes und des Rechtsanwaltes. Das war noch der Fall bis tief in die 70er Jahre hinein. Aus der veröffentlichten Statistik ergibt sich, daß z. B. noch im Jahre 1870 sämtliche Abiturienten der damaligen neunklassigen Schulen sich ausnahmslos einem Hochschulstudium zugewandt haben, das im Staatsdienst geendet hat, das über die Universität und zu einem verschwindend kleinen Teil über die technische Hochschule geführt hat. Erst Ende der 80er Jahre schieben sich in diese Einzelne hinein, die einen anderen Weg wandeln, sich dem Militär oder der Landwirtschaft zuwenden. Von da ab mehren sich von Jahr zu Jahr diejenigen Abiturienten, die andere Berufe ergreifen. Die letzte veröffentlichte Statistik zeigt nun, daß volle 23 Proz. aller Abiturienten sich einem Beruf zugewandt haben, der nicht mehr zum Staatsdienst führt. In den übrigen 77 Proz. sind aber auch alle diejenigen enthalten, bei denen das zweifelhaft sein kann, also die späteren Architekten, Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte, insbesondere die ersteren, die auf der Technischen Hochschule studieren, und bei denen man nicht wissen kann, ob sie in den Staatsdienst oder zur Industrie übergehen. Es sind also im ganzen schon 23 Proz. der jungen Leute, die einen anderen Lebensweg einschlagen, und diese verteilen sich nun, und das ist überaus charakteristisch, sehr verschieden unter die verschiedenen Arten von Mittelschulen. Das Gymnasium leitet bloß 10 Proz. Schüler zu anderen Berufen, das Realgymnasium schon 36 Proz. und die Oberrealschule gar 44 Proz. Also fast die Hälfte aller Oberrealschüler wenden sich in ihrer späteren Laufbahn nicht dem Staatsdienst zu. Das ist überaus merkwürdig. Ich wage nicht, ein allgemeines Urteil daran zu knüpfen, weil man hier Fall für Fall jeden Einzelnen verfolgen müßte. Aber das eine scheint mir doch daraus hervorzugehen, daß diejenigen jungen Leute, die mit dem Rüstzeug moderner Bildung, wie sie das Realgymnasium und noch mehr die Oberrealschule geben, offenbar besser ausgerüstet sind, daß ihnen der Arbeitsmarkt des größeren Lebens offener steht als denen, die noch mit altsprachlichem Gewäc hinausziehen. Im ganzen aber meine ich, daß hier eine Änderung des früheren Verhältnisses vorliegt, indem ein so beträchtlicher Teil der jungen Leute, die von den höheren Schulen abgehen, sich nicht mehr dem Staatsdienst zuwenden, und ich möchte fast diesen letzten Teil als für unseren Volkskörper ganz besonders wertvoll hinstellen. Sie gehen hinaus in die Welt, in die verschiedenen Berufe, ausgerüstet mit der besten Bildung, die sie bekommen können, und wirken und helfen nun mit, den Bildungsstand unseres Volkes in denjenigen Schichten zu heben, in denen er bisher noch nicht so hoch gewesen ist. Und gerade ein erheblicher Teil dieser jungen Leute wendet sich dem Kaufmannsstande zu, und das fällt nun vollständig in den Rahmen dessen, was wir vorhin von dem Herrn Kollegen König gehört haben.

So viel von der Frequenz an unseren Hochschulen.

Wenn ich mich nun den einzelnen Hochschulen zuwende, so darf ich ganz kurz sagen, daß in dem Personalbestand zum Teil durch trauerige Ereignisse an bedeutenden Stellen Änderungen eingetreten sind. So hat es ein tragisches Geschick gewollt, daß in Zeit von wenigen Tagen in Heidelberg drei hochbedeutende Gelehrte von Weltruf vom Tode dahingerafft worden sind. Es muß anerkannt werden, daß die Großh. Regierung bemüht war, diese schweren Lücken in ganz kurzer Zeit wieder

auszufüllen. In Freiburg haben wir den Abgang eines Mannes zu beklagen, der lange Jahre hindurch zu den Zierden nicht nur der Freiburger Universität sondern des deutschen Gelehrtenstandes überhaupt gehört hat. Es ist das Geh. Rat Bäumler, der sich von seinem Amt zurückgezogen hat. In der vollen Anerkennung eines arbeitsreichen, hocherfolgreichen Lebens und in der Anerkennung seines segensreichen Wirkens dürfen wir ihm den Wunsch mitgeben, daß er noch recht lange sich dieser wohlverdienten Ruhe erfreuen möge.

Wir haben im vorigen Landtag unsere Freude und unsern Dank dafür ausgesprochen, daß in Heidelberg sich durch eine hochherzige Stiftung das Krebsinstitut hat einrichten lassen, und wir haben gehört, daß es unterdessen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hat. Freilich, die Hauptarbeit steht ihm noch bevor, und den allergrößten Dank müssen wir ihm dann abstatten, wenn es ihm gelingen könnte, zu der Heilung dieser furchtbaren Krankheit, die wie eine neue Geißel über die Menschheit dahinzieht, einen ordentlichen Schritt vorwärts tun zu können.

Ebenso erfreulich ist es, daß wir in Heidelberg eine zweite großartige Stiftung dieser Art haben erleben dürfen, die Langsche Stiftung zur Gründung einer Akademie, die, so wollen wir hoffen, ein würdiges Glied in der Reihe der wissenschaftlichen Institute bilden möge. Es mögen von hier aus diesem Institute die allerbesten Wünsche mit auf den Weg gegeben sein.

Für Freiburg haben wir ja über das Schmerzenskind, das Kollegienhaus, vor einigen Wochen verhandelt, und ich meine, nachdem man die unangenehme Seite dieser Sache erledigt hat, wollen wir doch hier der Hoffnung Ausdruck geben, daß dort ein Bau entsteht, der uns allen zur Freude und eine neue Zierde der Stadt Freiburg werden wird.

Ich habe noch einiges hier vorzutragen, worum ich gebeten worden bin.

Zunächst möchte ich mich dem Wunsche des Herrn Kollegen Fehrenbach wegen Einrichtung von Unterrichtskursen für die italienische Sprache anschließen, ebenso auch der Begründung, die er dafür gegeben hat.

Im außerordentlichen Etat ist ein Betrag für die Einrichtung einer Poliklinik angefordert; so werden wir uns denn dieses Instituts bald erfreuen dürfen. Man kann aber nicht daran vorbei gehen, daß in der inneren Klinik nicht alles so ist, wie man sich das wünschen möchte. Zwar sind die baulichen Einrichtungen durchaus auf der Höhe und insbesondere der Neubau ist durchaus musterhaft und entspricht allen Forderungen, die an ihn gestellt werden können. Auch das alte Gebäude ist durchaus gut, beides ist in einem baulichen Zustand, der einen Tadel nicht hervorruft. Aber die Räumlichkeiten reichen für die Bedürfnisse nicht mehr aus, und zwar in einem solchen Grad nicht mehr, daß Kranke in Dachräumen untergebracht werden müssen, die, zum allermindesten im Sommer, doch nur mit großen Bedenken benützt werden können, und daß die Absonderung verschiedener ansteckender Krankheiten nicht mehr so scharf durchgeführt werden kann, wie sie im Interesse der Kranken durchgeführt werden sollte. Und so ist denn der Wunsch sehr verständlich, daß hier in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten möge. Diese Änderung kann wohl nur dadurch geschehen, daß Luft gemacht wird durch einen Neubau. Das hängt mit der Verlegung des Botanischen Gartens zusammen, diese beiden Fragen greifen in

einander ein. Ich will mich auf Einzelheiten hier nicht einlassen und will mich darauf beschränken, sie hier erwähnt zu haben, vor allem mit dem Hinweis darauf, wie notwendig einmal eine Änderung in den Verhältnissen der inneren Klinik ist, wie notwendig aber auf der anderen Seite auch die Herstellung geordneter Verhältnisse für den Unterricht in der Botanik ist, zumal hier ja eine gewisse Zufolge schon erfolgt zu sein scheint.

Was nun die Technische Hochschule in Karlsruhe anbelangt, so haben wir über die Frequenz einiges schon gehört. Ich möchte hier nur eine besondere Frage erörtern. Die Technische Hochschule hat den Wunsch geäußert, daß man ihr die Ausbildung der Lehramtspraktikanten der Mathematik und der Naturwissenschaften überweise. Sie hat angeführt, daß für diese an der Technischen Hochschule ein besonders günstiger Boden insofern vorhanden sei, als an ihr vorzugsweise mathematische, naturwissenschaftliche und technische Disziplinen gelehrt werden, daß diese Ausbildung aber noch einen besondern Wert habe durch die Verührung mit dem Geist moderner Technik. Diese moderne Technik, die ihren ganz eigenartigen Charakter hat, die in einer ganz eigenartigen Weise die Wissenschaften benützt und ausnützt, ist allerdings geeignet, die jungen Kandidaten der Mathematik Seiten der Wissenschaft kennen zu lehren, die sie auf anderem Weg nicht kennen lernen können, insbesondere nach der Seite der Anwendungen hin, und zwar in einer Art und Weise, die auf die theoretische Betrachtung wieder ein ganz neues Licht fallen läßt. Insbesondere aber — und darauf legen die Herren ganz besonderes Gewicht — können die Kandidaten des Lehramts gerade mit dem modernen Leben in besondere Verührung kommen durch den Einblick nicht bloß in die Theorie der Nationalökonomie sondern auch in deren praktische Anwendungen, in die Anwendungen der Technik, deren Theorie sie vorher in den wissenschaftlichen Vorlesungen gehört haben. Bei der ungeheuren Bedeutung, die heute die Technik in der ganzen Welt erlangt hat, ist dieser Gedanke gar nicht ohne weiteres abzuweisen. Bis zu einem gewissen Grade ist die Großh. Regierung diesem Wunsche entgegengekommen, indem sie die Befugnis, Studien an der Technischen Hochschule auszuführen, von 3 auf 4 Semester ausgedehnt hat. Die Frage im ganzen, das heißt also die Frage, ob die volle Befugnis zur Ausbildung der Kandidaten des Lehramts den Technischen Hochschulen übertragen werden könne, scheint mir heute noch nicht reif zu sein. Vorbilder sind ja dafür vorhanden. Die Technische Hochschule in Dresden z. B. bildet die Lehramtspraktikanten vollständig aus, sie hat aber dafür besondere Einrichtungen, besonders nach der Seite der Allgemeinbildung, die in diesem Umfang hier nicht bestehen; sie hat auch in der naturwissenschaftlichen Abteilung Einrichtungen, die ganz besonders für die Ausbildung der Lehramtspraktikanten getroffen sind. — Ich muß dann noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der zeigt, daß bei uns in Baden andere Verhältnisse vorliegen als in Norddeutschland. Für Preußen ist ja derselbe Wunsch auch schon geäußert worden, und wie man hört, wird für die neue technische Hochschule in Danzig etwas ähnliches, wie in Dresden geschehen ist, gewünscht. Dort liegen die Verhältnisse insofern anders, als unter den Lehramtskandidaten eine große Anzahl von solchen ist, die später an den technischen Mittelschulen, die in Norddeutschland und insbesondere auch in Sachsen errichtet sind, Verwendung findet. Dafür haben wir aber keinen Bedarf. Wir haben nur eine einzige derartige Schule, die etwa als technische Mit-

telschule angeprochen werden kann, die Baugewerkschule hier, und der Bedarf an Lehrern für diese Schule kann gedeckt werden, ohne daß wir im ganzen Erziehungsprinzip unserer jungen Lehrer eine derartig grundsätzliche Änderung vornehmen sollten.

Es ist noch auf einen anderen Gesichtspunkt hingewiesen worden, den ich aber vollständig zu überschauen nicht in der Lage bin, nämlich den, daß aus den an der Technischen Hochschule vorgebildeten Lehramtspraktikanten später auch der Ersatz für die Lehrkräfte an der Technischen Hochschule selbst gewonnen werden könnte; vielfach beständen ja Schwierigkeiten, solche Lehrkräfte zu gewinnen, da in der Technik selbst für die Lehrkräfte des Polytechnikums eine außerordentlich schwere Konkurrenz liege, weil die Technik mit ganz anderen Mitteln wirtschaften kann, als es dem Staate möglich ist. Man wird also wohl gut tun, die Sache im Auge zu behalten und insbesondere auch die von der Technischen Hochschule selbst angeführten Gründe recht genau und im ganzen wohlwollend zu prüfen.

Das sind die Dinge, die ich hinsichtlich der Hochschulen vorzutragen hatte. Ich kann nur noch meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die letzten Jahre der Entwicklung uns keine Fragen geschaffen haben, die uns grundsätzliche Schwierigkeiten bereiten, und daß die Dinge so sind, daß wir alle eines Sinnes dahin sind, daß wir mit allen verfügbaren Mitteln diese hohen Schätze deutschen Lebens fördern und hegen wollen (Beifall bei den Liberalen).

Abg. Dr. Heimbürger (Dem.): Aus all den Reden, die wir bisher gehört haben, ging hervor, daß man die an und für sich erfreuliche Blüte unserer Hochschulen doch mit etwas gemischten Gefühlen ansieht, indem sich allseits die Frage erhebt, die man gewöhnlich in die Worte kleidet: Was soll aus den vielen Studenten werden? Das Resultat ist eine Ueberfüllung dieser Fächer im Staatsdienste, ein Drängen nach neuen Stellen, dem auch die freigebigste Regierung und die freigebigste Volksvertretung auf die Dauer nicht nachkommen können. Gewöhnlich wird als Heilmittel dagegen angeführt, man solle die Anforderungen erhöhen, die Schwierigkeiten der Examina vergrößern, dann würde der Zudrang von selbst geringer werden. Ich glaube, das ist eine etwas äußerliche Auffassung der Sache. Ich meinerseits kann mich nicht dazu verstehen, das zu unterstützen. Ich möchte im Gegenteil davor warnen, das Heilmittel gegen diese Ueberfüllung in noch höheren Anforderungen zu suchen, denn man würde zweifellos noch genug Studenten finden, die auch noch schwierigere Examina bestehen würden und nach Bestehen dieser Examina dem Staate als Beamte dienen wollen. Ich hege aber Zweifel darüber, ob der Staat dadurch wirklich tüchtigere Beamte bekäme. Ich persönlich befürchte, er würde dadurch nervösere Beamte bekommen, und ob diese besser wären, das ist doch wohl eine Frage. Daß man immer nur auf die Erhöhungen der Anforderungen hinweist, beruht auf einer Verkennung der menschlichen Natur. Gerade in dem Alter, in dem die jungen Leute sich auf ihre Examina vorbereiten, können sie sich unsicher so anstrengen, daß sie schließlich auch das Höchste, was von ihnen verlangt wird, leisten. Ob aber dadurch die überheizte Maschine, wenn ich mich so ausdrücken darf, nicht Nachteile für den ganzen übrigen Lebenslauf davonträgt, ist eine Frage, die ernstlicher Erwägung bedarf.

Einstweilen läßt sich, meine ich, überhaupt gegen die Ueberfüllung nichts anderes tun, als daß man die Hei-

lung der Natur selbst überläßt. Es wird von selber eintreten, wenn die Aussichten auf Ankommen im Staatsdienste schlechter werden, daß wenigstens ein Teil derer, die jetzt zur Wissenschaft hinströmen, sich andere Wege sucht und später anderwärts sein Unterkommen finden wird.

Es ist auch auf die Handelshochschule in Mannheim u. darauf hingewiesen worden, daß jetzt auch die Kaufmannschaft höhere wissenschaftliche Anforderungen an ihre Besessenen stellt, und daß die kaufmännischen Hochschulen dafür zu sorgen haben. Da wird wohl auch ein Teil derer, die bisher auf technischen Hochschulen und Universitäten ihre Bildung geholt haben, nach den kaufmännischen Hochschulen abströmen, woraus aber nicht ohne weiteres folgt, daß wir in Baden zu den zwei Universitäten und zu der Technischen Hochschule nun auch noch als vierte Schwester ohne weiteres eine kaufmännische Hochschule errichten werden. Es ist schon eine schwere Last für unser kleines Land, diese drei Hochschulen unterhalten zu müssen, und ich weiß nicht, ob wir ihm zumuten können, nun auch noch eine kaufmännische Hochschule zu unterhalten. Die Stadt Mannheim hat ja in anerkannter Weise den ersten Schritt getan und zunächst auf eigene Kosten eine Hochschule errichtet. Der Herr Kollege Kolb hat zwar das nicht für richtig gehalten; er hat gemeint, es sei Sache des Staates und nicht Sache einzelner Städte, die Hochschulen zu erhalten. Aber ich meine, auch da ändern sich allmählich die Verhältnisse und die Anschauungen. Wir sehen, daß in anderen Ländern ganz unbedenklich sogar einzelne Private Stiftungsmittel zu solchen Universitäten und Hochschulen liefern. Wir hören, daß die Stadt Frankfurt sich allen Ernstes daran macht, eine Universität aus eigenen Mitteln zu errichten. Warum soll nicht auch eine so hervorragende und reiche Stadt wie Mannheim dazu kommen, eine Handelshochschule aus eigenen Mitteln zu unterhalten? Dabei setze ich selbstverständlich voraus, daß der Staat diesem Bestreben nach Möglichkeit entgegenkommt, insbesondere für die Stellung der Lehrer an diesen Hochschulen tut, was er kann, und auf diese Weise die Sache fördert. Aber auch nur die ersten Schritte dazu tun, daß diese Hochschule schließlich auf das Staatsbudget übernommen wird, dazu werden wir uns wenigstens in absehbarer Zeit nicht entschließen können. Man könnte vielleicht eher daran denken, daß für solche weiteren Hochschulen einige von den Einzelstaaten sich zusammen tun und gemeinsam ein solches Unternehmen ins Leben rufen. Denn das kann doch in Deutschland nicht so fort gehen, daß schließlich jeder Staat jede Art von Hochschulen, wenn sie sich in dieser Weise vermehren, unterhalten soll.

Unsere Hochschulen und Universitäten, über deren Blühen wir uns freuen, sind immer der Stolz der Nation gewesen, und man hat darauf gehalten, daß sie der Ort freier Forschung und die Heimstätte freier Lehre gewesen sind. Ich darf wohl darauf hinweisen, daß gerade wir in Baden unseren Stolz darein gesetzt haben, daß diese Freiheit, nicht nur die Freiheit der Forschung sondern auch die Freiheit der Lehre, nach keiner Seite hin verkümmert werde. Denn sobald hieran die Hand angelegt würde, sobald man hier auch nur den ersten Schritt täte, um aus Staatsraison oder aus anderen Gründen diese Freiheit zu beschränken, hätte man Hand an die Wurzel des Weisens unserer Hochschule gelegt. Am schwierigsten liegen naturgemäß da die Verhältnisse in der Theologie, weil da von selber gewisse

Dinge hineinkommen, die nicht direkt wissenschaftlicher Art sind, sondern die auf anderen Gründen, auf anderen Erfordernissen des praktischen Lebens beruhen, und es ist da am schwierigsten, diesen Grundsatz immer hochzuhalten. Ich erwarte aber wenigstens von der Regierung, daß sie auch hier nur das Prinzip der Wissenschaftlichkeit hochhält und sich von keinen anderen Gründen in der Auswahl der Dozenten bestimmen läßt. Es hat ja die Ernennung von zwei Professoren der evangelisch-theologischen Fakultät in Heidelberg ein gewisses Aufsehen erregt. Es ist offenbar von verschiedenen Seiten versucht worden, auf die Regierung einzuwirken. Von konservativer Seite hat man verlangt, daß wenigstens eine dieser Stellen mit einem Theologen positiver Richtung besetzt werde, und auf der andern Seite ist es aufgefallen, daß nicht die zwei von der Fakultät an erster Stelle vorgeschlagenen ernannt wurden, obgleich das anerkannt hervorragende Männer der Wissenschaft sind, sondern daß zwei andere diese Stellen bekommen haben. Nach meiner Kenntnis der Sache kann ich der Regierung den Vorwurf nicht machen, daß sie etwa aus politischen Gründen die beiden Erstgenannten nicht ernannt hat. Auch die beiden anderen Herren, die jetzt auf diese Stellen gekommen sind, werden als wissenschaftlich hervorragende Männer geschildert. Aber ich habe aus der Presse ersehen und auch sonst gehört, daß man vielfach der Meinung war, daß hier nicht bloß die Wissenschaftlichkeit in Betracht gekommen ist, sondern daß man immerhin ein gewisses Entgegenkommen nach einer anderen Seite habe zeigen wollen.

Ich für meine Person muß erklären: Ich kann für die Besetzung von Professuren an unseren Hochschulen keinen anderen Grund als berechtigt anerkennen als die wissenschaftliche und die Lehrbefähigung derer, um die es sich handelt, und ich hoffe, daß auch die Großherzogliche Regierung immer diesen Grundsatz hochhalten und solche Stellen immer nur nach der wissenschaftlichen Befähigung der in Betracht kommenden Männer besetzen wird (Abg. Gierich: Parität!). Parität? Darunter kann ich mir in der Wissenschaft nichts denken, als daß der Gleichbefähigte auch gleiche Rechte hat (Abg. Siffert: Sehr richtig!). Ich hätte selbstverständlich durchaus nichts dagegen gehabt, wenn etwa ein hervorragender positiver Theologe, der die anderen durch seine wissenschaftliche Befähigung überragt hätte, auf die Stelle gekommen wäre; da wäre ich der Letzte, der der Regierung einen Vorwurf machen würde, ich bin konsequent genug, zu sagen: Wenn in einem Fall nur die wissenschaftliche Befähigung gelten soll, dann soll sie auch in allen Fällen gelten. Aber hier war der Fall eben so, daß man vielfach vermutete, daß andere Gründe für die Ernennung maßgebend gewesen seien. Ich nehme an, daß die Regierung eine befriedigende Erklärung wird geben können.

Es ist dann noch von der Ausbildung der Lehramtspraktikanten, die Mathematik und Naturwissenschaften zu ihren Fächern wählen, an den technischen Hochschulen die Rede gewesen. Da muß ich annehmen, daß die technischen Hochschulen für die Ausbildung dieser Lehramtspraktikanten in vieler Hinsicht außerordentlich geeignet sein werden, insbesondere auch deshalb, weil die praktische Ausbildung in der Wissenschaft, in der Naturwissenschaft und in der Mathematik, den jungen Leuten durch den Ausbau des Prinzips der Praktika beigebracht wird und weil diese Art außerordentlich geeignet ist, ihnen brauchbare und gute Kennt-

nisse zu vermitteln. Es werden außerdem an allen technischen Hochschulen auch Fächer gelehrt, die, wie etwa darstellende Geometrie, an den Universitäten höchst nebensächlich behandelt werden. Ich meine aber, wenn man einmal dazu übergehen würde, müßten dafür wieder andere Einrichtungen an den technischen Hochschulen doch noch weiter ausgebildet werden, als das heute der Fall ist; es müßte dann wohl insbesondere auch für die Ausbildung in Fächern der allgemeinen Bildung, in der philosophischen Fakultät noch mehr getan werden, als man heute an den technischen Hochschulen tut. Mir scheint die Frage übrigens noch nicht abgeschlossen. Die Grohh. Regierung ist in diesem Punkt ja den Wünschen der Hochschule bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen, sodaß eine Etappe erreicht ist, mit der sich wohl auch die Technische Hochschule begnügen wird. Ob man noch weitergehende Wünsche erfüllen wird, wird eine Frage sein, die heute noch nicht als gelöst betrachtet werden kann. Die Grohh. Regierung wird diese Frage auch fernerhin mit Aufmerksamkeit verfolgen, sie wird insbesondere auch den Ausfall der Technischen Hochschule aufmerksam beachten müssen, und es wird erst in späteren Jahren ein endgültiger Abschluß in dieser Frage zu erzielen sein.

Abg. Gierich (Kons.): Auf die verschiedenen Ausführungen der Herren Vorredner werde ich nicht näher eingehen. Es war mir seinerzeit nicht beschieden, ein akademisches Studium durchzumachen, deshalb werde ich mich auf einen Einzelfall beschränken, auf einen Fall, der in der letzten Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung mit einer gewissen Erregung besprochen worden ist und den auch soeben mein Herr Vorredner angechnitten hat. Es ist das die Besetzung zweier Lehrstellen in der Heidelberger theologischen Fakultät. Die Berufungen sind in der politischen und in der kirchlichen Presse Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen, sind auch in der Budgetkommission besprochen worden, so daß ich es für wünschenswert und richtig halte, sie auch hier im Plenum zur Besprechung zu bringen.

An der evangelisch-theologischen Fakultät in Heidelberg bestehen 6 Lehrstühle, die mit 5 liberalen und einem Professor positiver Richtung besetzt sind. Dieses Verhältnis ist im Hinblick auf die wirkliche Anzahl der positiven Mitglieder unserer Landeskirche ungleich. Zahlenmäßig genau kann ja nicht angegeben werden, wieviele Mitglieder jede der beiden Richtungen zählt, aber auf Grund der Zusammensetzung der Generalsynode und auf Grund der Anzahl der Geistlichen, wie sie sich in die verschiedenen Vereinigungen gliedern, kann angenommen werden, daß in unserer Kirche die beiden Hauptrichtungen, die positive und die liberale Richtung, annähernd gleichmäßig vertreten sind. Die letztjährige Generalsynode setzte sich aus 20 positiven, 27 liberalen und 3 mittelparteilichen gewählten Mitgliedern zusammen, und von den 450 evangelischen Pfarreien unseres Landes sind 158 mit Mitgliedern der evangelischen Konferenz, also entschieden positiv, besetzt; dazu kommen noch eine größere Anzahl Vikare und Pfarrverwalter. Der liberalen Vereinigung gehören 170 Pfarren an, die übrigen sind mittelparteilich oder nicht angeschlossen. Die Zahl der liberalen Gemeindeglieder ist also nicht so viel größer als die der positiven, daß daraus eine so ungleiche Besetzung der Lehrstühle gerechtfertigt werden könnte, und es besteht deshalb schon lange der Wunsch nach gleichmäßigerer, gerechterer Berücksichtigung der Richtungen. Nun ist im vergangenen Sommer der seltene

Fall eingetreten, daß gleichzeitig zwei Lehrstühle der evangelisch-theologischen Fakultät in Heidelberg frei wurden. Man hat in weiten Kreisen angenommen — soweit ich unterrichtet bin, wurde auch auf liberaler Seite damit gerechnet —, daß bei dieser nicht oft sich bietenden Gelegenheit seitens der Grohh. Regierung den ihr bekannten berechtigten Wünschen der Positiv-Evangelischen Rechnung getragen und mindestens eine der beiden Professuren in ihrem Sinne besetzt werde. Das wäre ein Akt der Gerechtigkeit gewesen gegenüber einer Richtung, die die treuesten und zuverlässigsten Glieder der Kirche zu den ihren zählt und die, ganz abgesehen davon, daß sie auch steuerlich in gleicher Weise wie die liberale Richtung beigezogen wird, sich auch in Zeiten schwerster Stürme jederzeit treu zu Regierung und Vaterland gestellt hat.

Die Entscheidung ist aber anders ausgefallen. Die Grohh. Regierung hat die Bitten und Vorstellungen der Positiven unberücksichtigt gelassen und wieder 2 liberalen Professoren berufen. Es soll also der seitherige, jeder Parität und jeder Gerechtigkeit widersprechende Zustand erhalten bleiben. Der Herr Minister wird die Besetzung jedenfalls mit dem wissenschaftlichen Ruf der Ernannten begründen. Gegen diesen soll nichts gesagt werden, aber es waren doch auch positive Gelehrte vorgeschlagen, die an wissenschaftlicher Bedeutung nichts zu wünschen übrig lassen und deren Namen die Garantie für eine segensreiche Wirksamkeit an der Universität gegeben hätte! Durch das wiederholte Versagen dieser wohlbegründeten Ansprüche ist eine große Zahl gut kirchlich gesinnter Angehöriger unserer evangelischen Landeskirche schwer enttäuscht. Man hatte nicht damit gerechnet, wiederum übergangen zu werden, sondern glaubte, Anspruch auf Beachtung erheben zu dürfen. Jetzt liegt aber zutage, daß die positive Richtung bei unserer Regierung auf Berücksichtigung ihrer Wünsche nicht rechnen darf.

In liberalen kirchlichen Kreisen wird gerne von Gleichberechtigung der Richtungen gesprochen, das soll aber offenbar nur gelten, wenn die liberale Richtung in Betracht kommt; der positiven gesteht man Gleichberechtigung nicht zu, sonst hätte sie jetzt geübt werden müssen. Wenn der Fall umgekehrt läge und eine konservative Regierung den Liberalen gegenüber ebenso verfahren würde, wie es gegenüber den Positiven bei uns in Baden immer wieder geschieht, die ganze liberale Partei, von den Radikalsten angefangen bis hinein in den sogenannten rechten Flügel der Gemäßigten, würde sich über eine solche Vergewaltigung entrüsten. So werden ja aber nur die Positiven in ihren Rechten verkürzt und in ihren Gefühlen verletzt, darüber braucht man sich nicht aufregen, ja man findet das sozusagen in der Ordnung!

Die Grohh. Regierung darf sich deshalb nicht wundern, wenn bei dem positiven Teil der evangelischen Bevölkerung das Vertrauen auf gerechte Behandlung erschüttert wird und wenn man in Verbindung mit Beschlüssen der letzten Generalsynode bereits daran denkt, den jungen Nachwuchs an anderen nichtbadischen Hochschulen seine Studien machen zu lassen. Daß ich hier nicht übertreibe, möge durch einige Abchnitte aus Artikeln einzelner kirchlicher Blätter, die sich mit dieser Angelegenheit befassen, bestätigt werden. Da sagt das eine Blatt: „Unter solchen Umständen können wir unseren Söhnen nicht mehr mit gutem Gewissen raten, nach Heidelberg zu gehen, wir müssen sie vielmehr anweisen, bei einer positiven Fakultät außerhalb unseres Heimatlandes ihre theologische Ausbildung zu suchen; das verstärkt noch die abermals erfahrene Zurücksetzung, die uns umso bitterer an-

kommt, als die durch die Apostolikumsverhandlungen der letzten Generalynode hervorgerufenen schmerzlichen Empfindungen noch tief durch unser aller Seelen zittern.“ Ein anderes Blatt drückt sich noch schärfer aus: „Da hat man jetzt wieder mit einer sehr deutlichen Abgabe an die kirchlich-positiven und gläubigen Kreise zu den anderen noch zwei neue, der positiven Richtung nicht angehörende Professoren nach Heidelberg berufen. Wenn es so fortgeht mit dem Zerfall der Kirche in Wissenschaft und Praxis, wie wir es im letzten und nun in diesem Jahr erlebten, dann darf man sich nicht wundern, wenn in den besten und tätigsten Kreisen der Kirche, welche eine lebendige und kräftige Betätigung des Glaubenslebens wünschen, die innere Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse immer größer wird.“

Das sind ernste Blätter, sie erscheinen zusammen in einer Auflage von vielleicht 50—60 000 Exemplaren, und man kann wohl sagen, daß sie im Sinne von ebenso vielen Lesern geschrieben werden. Ich glaube, die Großh. Regierung hätte allen Grund, den Auslassungen dieser Blätter Beachtung zu schenken. Wenn, was ich sehr bedauern würde, die hier angedeuteten Konsequenzen eintreten würden, dann dürfte die Großh. Regierung von der Mittelschuld nicht ganz freizusprechen sein.

Der Fall ist ja nun erledigt, möglicherweise für längere Zeit. Ich wollte aber doch hier vor dem Lande feststellen, daß die Verhältnisse in dem Lehrkörper der Heidelberger theologischen Fakultät nicht für gerecht anerkannt werden können, und daß wir gegebenenfalls immer wieder unsere Wünsche geltend machen werden, solange bis Abhilfe geschaffen ist. Unser Volk ist Gott sei Dank im Innersten noch religiöser, als man vielleicht vielfältig denkt und nimmt derartige Dinge nicht so auf die leichte Schulter, als regierungsseitig wohl angenommen wird.

Staatsminister Dr. Frhr. von Dufh: Als Ergebnis der heutigen Debatte darf ich zunächst mit Genugtuung feststellen, daß von allen Seiten sowohl den Hochschulen als auch der staatlichen Verwaltung der Hochschulen Anerkennung gezollt worden ist. Es ist eine Reihe von allgemeinen Fragen besprochen worden, vor allem die Frage der Frequenz unserer Hochschulen, und zwar ist diese Frage nach den verschiedensten Seiten hin beleuchtet worden. Auch die Unterrichtsverwaltung teilt die Sorge, daß allmählich eine gewisse Hypertrophie des Studiums eingetreten ist und vielen der jungen Leute, die sich jetzt hoffnungsvoll dem Studium hingeben, eine sichere Zukunft nicht zu prognostizieren ist. Allein ich glaube, alle theoretischen Erörterungen auf diesem Gebiete werden nicht viel nützen. Es sind der Gründe, und sie sind auch heute aufgeführt worden, so viele, die dazu führen, daß Alles zum Studium drängt, sodaß irgend welche Versuche der Einwirkung seitens des Staates wohl erfolglos sein würden, insbesondere der Versuch, den der Herr Abg. Heimburger mit Recht zurückgewiesen hat, nämlich durch höhere Anforderungen auf den Mittelschulen das Studium zurückzudrängen. Ich habe schon kürzlich ausgesprochen, daß ich diesen Weg nicht für glücklich halten würde, denn gar oft entscheidet sich die wirkliche Begabung für einen Beruf erst in sehr viel späteren Jahren, und da würde es unter Umständen eine Grausamkeit sein, wenn manche Elemente, die etwas Nützliches leisten könnten, ausscheiden müßten. Die harte Notwendigkeit, eine in vielen Fällen sehr harte Notwendigkeit, gleicht ja dann die Dinge aus. Es gehen eben viele auf diesem Gebiete für ihren Beruf verloren,

viele, die besser daran getan hätten, früher etwas anderes zu ergreifen.

An sich ist die Tatsache der blühenden Frequenz unserer Hochschulen zu begrüßen, und ist überhaupt zu begrüßen, daß unsere badischen Hochschulen sich in einer wirklich glänzenden Weise entwickelt haben. Vor allem hat Freiburg einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen; Freiburg wird vielleicht in einem der nächsten Sommersemester auf die hohe Zahl von 3000 Studenten steigen.

Im Zusammenhange mit der Frage der Frequenz der Hochschulen ist die Frage der Zahl unserer Hochschulen erörtert worden, insbesondere die Frage, ob nicht der Handelshochschule in Mannheim, die als eine Art vierter Hochschule charakterisiert worden ist, seitens des Staates Zuwendungen gemacht werden sollen. Es ist festgestellt worden, daß seitens der Regierung die Handelshochschule, wie heute gesagt wurde, „moralisch“ gefördert worden ist, ich möchte das etwas weiter ausdehnen: nicht nur durch moralische, sondern durch ganz direkte Mithilfe, vor allem dadurch, daß der Handelshochschule hervorragende Kräfte der Hochschule in Heidelberg zur Verfügung gestellt wurden, wie ja ein ganz hervorragender Lehrer von Heidelberg eigentlich mit als der Schöpfer der Handelshochschule betrachtet werden kann. Materielle Opfer für diese Hochschule zu bringen, ist der Staat, wie von allen Seiten heute anerkannt worden ist, derzeit nicht in der Lage.

In der Tat wäre der Zuschuß, wie er in unserem Budgetentwurf ursprünglich vorgesehen war, dann aber wegen unserer ungünstigen Finanzlage gestrichen werden mußte, in Höhe von einigen Tausend Mark nur ein Tropfen auf einen heißen Stein gewesen. Denn die Handelshochschule in Mannheim hat sich so rasch und günstig entwickelt, daß ganz erhebliche Aufwendungen notwendig geworden sind, die der Stadt Mannheim in Zukunft noch manche Sorge bereiten werden. Wir wünschen der Handelshochschule bestes Gedeihen, und ich will die Hoffnung nicht ausschließen, daß auch seitens des Staates, wenn wir wieder günstigere Verhältnisse haben, mit materieller Hilfe eingegriffen werden wird.

Ich habe eben von der Finanzlage gesprochen und kann nur bestätigen, was von Seiten des Herrn Berichterstatters und des Herrn Abg. Fehrenbach hervorgehoben worden ist, daß unsere Hochschulen für den Staat eine schwere Last sind, aber eine Last, die gerne getragen wird, die freilich auch die Notwendigkeit in sich schließt, manche Wünsche zurückzudrängen, sie nicht zu befriedigen oder doch für eine fernere Zukunft zurückzustellen. Ich werde Gelegenheit haben, auf einzelne dieser Punkte einzugehen.

Allgemeine prinzipielle Fragen, mit Ausnahme derer, die ich an den Schluß meiner Ausführungen stellen möchte, der Besetzung der Lehrstühle der theologischen Fakultät in Heidelberg, sind nicht besprochen worden, und die Debatte hat sich, wie ich anerkennen kann, in durchaus sachlichen Bahnen bewegt, was der Sache selbst nur förderlich sein kann.

Der Herr Abg. Kolb hat unter anderem ausgesprochen, daß unser Volksschulwesen noch sehr erheblich gefördert werden müsse und daß es eine Frage der Zukunft sein werde, den Stand unserer Volksschule auch auf das Niveau zu bringen, auf dem unsere Hochschulen stehen. Ich möchte heute auf diese Frage, die in manigen Tagen hier erörtert werden wird, nicht eingehen. Nur

eines möchte ich dem Herrn Abg. Kolb erwidern: Es ist nicht richtig, daß nur sehr wenige Elemente aus den unteren Ständen auf die Hochschule kommen. Es ist vielmehr eine sehr erhebliche Zahl, und wir suchen mit Stipendien überall zu helfen, wo wir können. Der Herr Abg. Kolb hat die Vermutung geäußert, daß die Stipendien nicht gerecht verteilt würden, daß die Beamtenöhne bevorzugt würden. Ich glaube, eine solche Bemängelung ohne jede Substantiierung ist wertlos. Ich wäre dankbar, wenn mir Fälle namhaft gemacht würden, wenn das überhaupt geschehen kann, in welchen dieser üble Vorwurf zu erheben wäre. Soweit die Stiftungen in Frage kommen, über die wir zu verfügen haben, kann ich nur sagen, daß wir uns bestrengen, alle, die sich um Stipendien bewerben, in gleichmäßiger Weise zu berücksichtigen.

Die Frage eines eigenen Unterrichtsministeriums und einer anderen Organisation des Oberschulrats durch eine Verbindung dieser Behörde mit dem Ministerium hat der Herr Abg. Rebmann nur gestreift, und auch ich glaube, heute nichts weiter darüber ausführen zu sollen. Wir haben uns ja in diesem Landtag schon darüber unterhalten, und ich kann nur nochmals feststellen, daß die Regierung nach wie vor der Ansicht ist, daß eine Änderung, wenigstens in absehbarer Zeit, nicht erfolgen können. Ich habe kürzlich im andern Hohen Saale eine zusammenhängende Darstellung über die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung gegeben, und ich darf mich auf diese Ausführungen in der Richtung berufen, insofern sie gerade die Mittelstellen betreffen.

Ich möchte im Anschluß daran einige spezielle Punkte erörtern und zunächst die Langische Stiftung erwähnen, die auch die Unterrichtsverwaltung sehr freudig begrüßt hat. Ich kann nur darauf, was ich bei der Feier sagte, die aus Anlaß der Begründung der Stiftung gehalten wurde, wiederholt hinweisen: Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn solche Stiftungen gerade in den Kreisen unserer reichen Industriellen Nachahmung finden würden. Wir haben in Deutschland schon einen so großen Reichtum, daß wir das Beispiel, das uns von Amerika aus in so glänzender Weise gegeben wird, auch befolgen sollten, und ich hoffe, daß jene Stiftung nicht die einzige sein wird, die unseren Hochschulen zu teil wird. Eine andere große Stiftung ist nicht erwähnt worden, die nach Zeitungsberichten der Universität Heidelberg angefallen sein soll. Ein deutscher Chemiker in London soll 50 000 Pfund, also eine Million Mark für die Universität Heidelberg gestiftet haben. Unser Versuch, die Sache aufzuklären, hat noch keinen Erfolg gehabt, aber wir sind doch noch nicht ganz ohne Hoffnung (Heiterkeit), und ich möchte wünschen, daß die Nachricht von 50 000 Pfund richtig ist und nicht die spätere, wonach es nur 20 000 Pfund sein sollen.

Was die Frage des hygienischen Instituts in Heidelberg anlangt, bin ich dankbar, daß der Antrag gestellt worden ist, zu genehmigen, daß der Bau alsbald in Angriff genommen werde. Es ist das sehr wünschenswert, damit der Bau in diesem Sommer abgeschlossen und im Winter in Gebrauch genommen werden kann.

Auch das Kollegienhaus in Freiburg ist wieder erwähnt worden. Der Herr Abg. Fehrenbach hat eine Überschreitung ausgerechnet, die wohl gar zu groß ist, nämlich von 80 Prozent gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag. Ich möchte aber anerkennen, daß

der Herr Abg. Fehrenbach mit seinem gewöhnlichen Gefühl für Billigkeit auch die Gründe erwähnt hat, die dazu geführt haben, daß die jetzigen Ausgaben so viel höher sind, als ursprünglich angenommen war. Ich hoffe, daß der ganze Bau ein wohl gelungener sein und zur Ehre der Universität und der Stadt dienen wird.

Mit dem Namen Freiburg verknüpft sich der Gedanke an die Rivalität der Universitäten Heidelberg und Freiburg, den auch der Herr Abg. Fehrenbach erwähnt hat. Ich freue mich, daß auch das in sehr gemäßigter Weise geschehen ist, und kann nur wiederholen, was ich schon in der Budgetkommission gesagt habe. Wir sind bestrebt, gewisse Unbilligkeiten, die vorhanden, die auf die historische Entwicklung zurückzuführen sind, auszugleichen. Wir haben in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, was die Gehaltshöhe anlangte, in einem Falle außerordentlich hoch zu gehen, wo es sich um die Berufung eines hervorragenden Gelehrten der Universität Freiburg an eine andere Universität gehandelt hat. Ich ergreife gern auch die Gelegenheit, dem Gelehrten, den der Herr Abg. Fehrenbach erwähnt hat, der, obgleich er einen Ruf an eine andere Universität hatte, ihn abgelehnt hat, ohne eine Gehaltserhöhung zu verlangen, meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen.

Was das italienische Rektorat betrifft, das die Herren Abgg. Fehrenbach und Rebmann erwähnt haben, so liegt die Sache so, daß der bisherige Rektor einen Ruf an eine andere Universität erhalten hat. Es sind aber bereits Maßregeln eingeleitet, um einen anderen Rektor zu gewinnen, und wir hoffen, daß in nicht ferner Zeit die Stelle wieder besetzt sein wird.

Der Herr Abg. Rebmann hat dem hervorragenden Arzt und Gelehrten Baumler, der in den Ruhestand getreten ist, warme Worte der Anerkennung gewidmet, denen ich mich gerne anschließe. Er hat ebenso die Entwicklung des Krebsinstituts in Heidelberg sehr warm begrüßt, und ich kann mich nur dem anschließen, was er gesagt worden ist. Auch ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß es diesem Institut, das von einem so hervorragenden Gelehrten mit so tüchtigen Mitarbeitern geführt wird, doch gelingen möge, ein wirksames Mittel gegen diese volksverheerende Krankheit zu entdecken. (Zustimmung.)

Der Herr Abg. Rebmann hat die Zustände der inneren Klinik in Freiburg einer Kritik unterzogen und einzelne Tatsachen angeführt, über die ich im Augenblick nicht orientiert bin, so, daß Kranke in Dachräumen untergebracht seien, und daß die Absonderung ansteckender Kranker nicht so durchgeführt werden könne, wie es geboten sei. Ich kann leider die Aussicht auf einen Neubau in absehbarer Zeit, nicht eröffnen. Es stehen gerade in Freiburg noch große Aufgaben bevor, vor allem die Errichtung eines neuen botanischen Instituts, über die Verhandlungen mit der Stadt schweben, sodaß wir uns Beschränkung auferlegen müssen.

Gern benütze ich den Anlaß, um anzuerkennen, wie opferfreudig Freiburg uns in allen diesen Fragen entgegengekommen ist. Der Herr Abg. Fehrenbach hat eine andere Universitätsstadt erwähnt, in der man nicht so opferfreudig sei (Sehr gut!), aber er hat auch beigefügt, daß wohl besondere Gründe vorliegen. Ich glaube, daß zum Teil die Gründe darin zu finden sein werden, daß Freiburg allmählich eine sehr reiche Stadt geworden ist, bei der die Zahl der Millionäre geradezu erstaunlich ist, und das mag auch dazu beitragen, ebenso wie die ge-

sichtliche Entwicklung; denn die Stadt Freiburg war ja mit dem Krankenhaus von jeher durch die große Spitalstiftung verbunden. Ich spreche aber gern den Wunsch aus, daß die Stadt Heidelberg alles tun möge, um dem rühmlichen Beispiel, das Freiburg gibt, zu folgen.

Bezüglich der Technischen Hochschule ist der Wunsch ausgesprochen worden, man möge doch die Möglichkeit eröffnen, daß die Studenten, die sich für das Lehrfach der Mathematik und der Naturwissenschaften ausbilden, ihr ganzes Studium an der technischen Hochschule erledigen können. Ich habe diese Frage schon in früheren Landtagen mehrfach erörtert. Es ist heute festgestellt worden, daß jener Wunsch durch eine neue Verordnungsordnung wenigstens teilweise erfüllt worden ist, wonach thematischer und Naturwissenschaftler an der technischen Hochschule studieren können. Ob diese Verordnungsordnung, wie der Herr Abg. Heimburger glaubt, nur eine Etappe zur Freiegebung des ganzen Studiums der künftigen Mathematiker und Naturwissenschaftler an der technischen Hochschule bedeutet, möchte ich heute dahingestellt sein lassen. Die Voraussetzung dafür, die auch der Herr Abg. Heimburger erwähnt hat, wäre jedenfalls die, daß die allgemeine Abteilung der technischen Hochschulen in einer ganz anderen Weise ausgebaut werden müßte. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß es für die künftigen Lehrer unserer höheren Schulen außerordentlich erwünscht ist, nicht nur eine Anstalt zu besuchen, sondern daß es eine ganz glückliche Mischung ist, wenn sie teils auf der technischen Hochschule studieren und teils auf der Universität, wo ihnen eben auf dem Gebiete der allgemeinen Bildung ganz andere Hilfsmittel zu Gebote stehen und ihnen ganz Andere geboten werden kann.

Der Herr Abg. Dr. Heimburger hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die freie Forschung und Lehre auch in Zukunft auf unseren badischen Hochschulen gesichert sein möge. Ich möchte nicht, welche Beschränkungen in dieser Richtung bestehen, und ich glaube insbesondere nicht, daß Beschränkungen aus der Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg entnommen werden können, die heute von dem Herrn Abg. Dr. Heimburger und in eingehenderer Weise von dem Herrn Abg. Gierich besprochen worden ist. Der Herr Abg. Dr. Heimburger hat mit Recht gesagt, daß die Frage der freien Forschung und Lehre eine besonders schwierige sei bei den Theologen. Dem Herrn Abg. Dr. Heimburger wird bekannt sein, daß, und zwar entsprechend den realen Verhältnissen, den Kirchen eine gewisse Mitwirkung bei der Besetzung der theologischen Lehrstühle eingeräumt ist, und zwar haben sowohl die katholische wie die protestantische Kirche das Recht der Äußerung bei Berufungen auf theologische Lehrstühle, die von seiten der Unterrichtsverwaltung beabsichtigt sind. Ich will auf die einzelnen Modalitäten dieses den Kirchen eingeräumten Rechtes nicht näher eingehen; die Sache liegt etwas anders bei der katholischen Kirche aus sehr naheliegenden Gründen; es muß ja von der katholischen Kirche den katholischen Theologen die „missio canonica“ gegeben werden. Was uns heute allein interessiert, ist die evangelische Kirche, und bezüglich dieser besteht seit langer Zeit die vom Staatsministerium gebilligte Übung, daß jeweils der zuständigen Kirchenbehörde Gelegenheit gegeben wird, sich über die Besetzung der Lehrstühle zu äußern. Die Besetzung der Lehrstühle ist an sich eine rein staatliche Angelegenheit, und die Theologen auch an den Hochschulen sind rein staatliche Beamte, das schließt aber nicht aus, daß mit Rücksicht auf ihren Beruf als

Lehrer der künftigen Geistlichen eine gewisse Rücksicht auf die Kirchen genommen wird in der Weise, wie ich vorhin ausgeführt habe.

Ich kann nun, was unseren konkreten Fall anbelangt, zunächst dem Herrn Abg. Gierich erwidern, daß auch im vorliegenden Fall die Regierung es nicht unterlassen hat, über die beabsichtigten Berufungen dem Evangelischen Oberkirchenrat Gelegenheit zur Äußerung zu geben, ich kann auch dem Herrn Abg. Gierich versichern, daß die Berufungen, wie sie schließlich erfolgten, im Einvernehmen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat erfolgt sind; es wurde ein Widerspruch gegen die nach längeren Verhandlungen erfolgten Berufungen seitens des Oberkirchenrates im Endergebnis nicht erhoben. Auf die Frage einzugehen, aus welchen Gründen nicht der eine oder der andere der von der Fakultät Vorge schlagenen berufen worden ist, habe ich keinen Anlaß. Ich glaube, das sind Fragen, die sich der Erörterung in diesem Hause entziehen, ich glaube, daß das Hohe Haus ein berechtigtes Interesse nur daran hat, zu erfahren, ob seitens der Regierung das Vorschlagsrecht der Fakultät gewahrt worden ist. Dieses Vorschlagsrecht hat nicht den Charakter eines positiven Rechtes, das von der Regierung unter allen Umständen berücksichtigt werden müßte. Es ist eine durch eine lange Geschichte begründete Übung, die sich meines Erachtens in jeder Richtung bewährt hat und die nur im äußersten Fall durchbrochen werden sollte. Vor allem ist eins zu bedenken: Wenn ein Gelehrter in eine Fakultät berufen wird, so kommt er, wenn er gegen den Willen der Fakultät berufen wird, von Anfang an in eine etwas schiefe Stellung, u. es ist doch das einzig wünschenswerte Verhältnis, daß der Berufene auch von den Genossen, mit denen er in der Fakultät zusammenwirken soll, als Mann betrachtet wird, den seine Kollegen für wissenschaftlich durchaus qualifiziert halten.

Im vorliegenden Fall nun ist den Wünschen, die der Herr Abg. Gierich uns vorgetragen hat, tatsächlich in gewissem Maße Rechnung getragen worden. Es ist nicht richtig, daß eine schwere Verletzung der positiven Richtung im Lande durch diese Berufungen vorliegt. Die Unterrichtsverwaltung kann aber unter keinen Umständen einen Anspruch irgend einer Richtung in der Kirche anerkennen, maßgebend auf die Berufung bestimmter Gelehrter einzuwirken. Maßgebend kann für die Regierung, wie ich sowohl in diesem hohen Hause als auch im anderen hohen Hause schon oft ausgeführt habe, vor allem nur die wissenschaftliche Befähigung des Berufenen sein, und in dieser Richtung ist vor allem das Urteil der Fakultät für die Regierung von Bedeutung. Es ist nun von einer Seite die Frage gestellt worden, warum man nicht die an erster Stelle Vorge schlagenen auf die Lehrstühle in Heidelberg berufen habe. Ein Recht der Fakultät, daß die von ihr an erster Stelle Genannten berufen werden müßten, besteht nicht, die Fakultäten haben nur das Recht, der Regierung mehrere Gelehrte und zwar Übungsgemäß drei vorzuschlagen, aber davon, daß sie Kandidaten in einer für die Regierung bindenden Weise zu nominieren das Recht hätten, kann keine Rede sein.

Was nun die Person der tatsächlich Berufenen anbelangt, so gehören sie einer irgendwie extremen Richtung nicht an, vielmehr einer gemäßigten mittleren Richtung, einer derselben hat auch in Preußen einer kirchlichen Behörde, einem Konsistorium angehört, was dafür spricht, daß er nicht einer extremen, und vor allem nicht einer dem Herrn Abg. Gierich so unerwünschten Richtung an-

gehört. Ich kann nicht anerkennen, daß eine kirchliche Richtung im Land das Recht haben sollte, zu erklären, diese Männer passen uns nicht und wir sind jetzt überhaupt nicht mehr in der Lage, unsere Söhne zum Studium der Theologie nach Heidelberg zu schicken. Ich halte das für ein voreiliges Urteil. Ich glaube, die Väter sollten einmal ihre Söhne nach Heidelberg schicken und sehen, was sie dort lernen, und ich bin überzeugt, sie werden erfahren, daß sie etwas sehr tüchtiges lernen. In der Tat sind auch die Angriffe gegen einen der beiden Berufenen sehr gemäßigte gewesen; er ist eigentlich persönlich gar nicht angegriffen worden, der Hauptangriff richtet sich gegen die Besetzung des Lehrstuhles für alttestamentliche Theologie. Aber auch hier kann ich nur sagen, es liegt durchaus kein Grund für die positive Richtung im Lande vor, einen Mann von vöthher ein zu beanstanden, der im Einvernehmen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat berufen worden ist.

Es wäre denkbar, die Sache so zu gestalten — auch der Herr Abg. Heimburger würde dem zustimmen können, da er gesagt hat, er hätte auch gegen einen positiven Theologen, wenn er wissenschaftlich bedeutend sei, gar nichts einzuwenden — ich sage, man könnte daran denken, wie das ja an einzelnen großen Universitäten in Norddeutschland der Fall ist, die einzelnen Lehrstühle doppelt zu besetzen. Das ist ja auch der Fall in Heidelberg bezüglich eines Faches, nämlich der Dogmatik. Das hängt zusammen mit der historischen Entwicklung; der eine Lehrstuhl war früher für die reformierte, der andere für die lutherische Kirche bestimmt. Das hat sich erhalten und bezüglich dieses Lehrstuhles hat ja auch, wie dem Herrn Abg. Gierich bekannt ist, die Unterrichtsverwaltung Anlaß genommen, und zwar damals ohne Befragung der Fakultät, den einen Lehrstuhl mit einem der ausgesprochen positiven Richtung angehörenden Gelehrten zu besetzen. Die anderen Lehrstühle sind nur einfach besetzt, und es mußte bei der Regierung Bedenken erwecken, nunmehr etwa einen Zwiespalt in die Fakultät in der Weise zu bringen, daß ich will einmal sagen, der alttestamentliche Lehrstuhl mit einem positiven, der neutestamentliche mit einem liberalen Gelehrten besetzt würde. Das würde nicht im Interesse der Fakultät gelegen sein, vielmehr ist eine gewisse Homogenität einer derartigen Fakultät erwünscht.

Was die Preßstimmen anbelangt, die Herr Abg. Gierich uns verlesen hat, so muß ich offen sagen, ich gebe nicht übermäßig viel auf derartige Äußerungen; denn das Urteil gerade in solchen Dingen ist doch oft ein sehr einseitiges, und ich habe gerade Gelegenheit gehabt — ich habe eine ganze Sammlung von Preßzeugnissen aus Anlaß der jetzigen und früherer Berufungen auf theologische Lehrstühle vor mir liegen — in einem konkreten Fall das sehr Merkwürdige zu erleben, daß ein Theologe, der vor vier Jahren nach Heidelberg berufen worden ist, und zwar in wenigen Tagen von dem einen positiven, konservativen Blatt zuerst ziemlich warm begrüßt worden ist, was sich dann in etwas ganz anderes verwandelt hat. Es sind drei Nummern der „Badischen Post“, jetzt „Reichspost“, vom 3., 5. und 7. April 1906, also aus der kurzen Zeit von vier Tagen. Der erste Artikel geht dahin, daß der damals berufene Gelehrte theologisch auf gemäßigtem liberalen, man könnte sagen, vermittelndem Standpunkt stehe, ein gründlicher und gediegener Forscher und ein persönlich frommer und liebenswürdiger Mensch sei. Es wird weiter ausgesprochen, daß seine Berufung, wenn auch nicht dem entsprechen-

was die Positiven sich wünschen mußten, so doch immerhin im Vergleich zur bisherigen Besetzung dieses Lehrstuhles eine Verbesserung nach rechts bedeute. Das war am 3. April. Am 5. April steht bereits im gleichen Blatt: „Den Freunden im Lande sei mitgeteilt, daß der nach Heidelberg kommende Professor . . . ein entschieden liberal gerichteter Theologe ist.“ Dann dauert es wieder zwei Tage, und es heißt: „Wir sind mit Recht aufs äußerste gereizt!“ (Heiterkeit links); es heißt weiter: „Wenn wir nun daran gehen, unseren eigenen Standpunkt darzulegen, so bekennen wir offen, daß er sich nicht nur mit der schärferen, sondern mit der aller-schärfsten Tonart deckt.“ Ich führe das nur deshalb an, um den Wert derartigen Zeitungsartikeln zu beleuchten. Ich glaube, daß derartigen Äußerungen gegenüber die Regierung allen Grund hat, die Vorschläge einer Fakultät, die nach ihrer Überzeugung aus durchaus vortrefflichen Gelehrten und, neben einem Manne positiver Richtung, aus auf durchaus gemäßigtem, vermittelndem Standpunkt stehenden Männern besteht, wenigstens insoweit zu respektieren, als sie nicht aus dem Rahmen dieser Vorschläge heraus tritt, sondern innerhalb dieser Vorschläge die ihr geeignet erscheinenden Männer wählt. Das hat nun die Regierung getan, und zwar unter Berücksichtigung der Wünsche des Evangelischen Oberkirchenrats. Es sind zwei Männer berufen, zu denen meines Erachtens auch die sich zur positiven Seite der Kirche Zählenden allen Grund hätten zunächst Vertrauen zu fassen und einmal zu sehen, was ihre Söhne bei ihnen lernen. Solche Männer einfach abzuschütteln und zu sagen, zu denen können wir unsere Söhne überhaupt nicht schicken, das ist meines Erachtens nicht der richtige Standpunkt.

Abg. Dr. Koch (natl.): Der Herr Minister hat die Angriffe des Herrn Abg. Gierich wegen der Besetzung der evang. Fakultät in Heidelberg bereits zurückgewiesen. Ich halte die Angriffe auch für durchaus unberechtigt, und wenn bei Besetzung der Theologieprofessuren etwas zu bedauern ist, so ist es das, daß durch die Nichtberufung der an erster Reihe vorgeschlagenen die Gelegenheit verpaßt worden ist, die Heidelberger evangelische Fakultät zu einer solchen ersten Ranges, ja sogar zu der ersten evangelischen Fakultät in ganz Deutschland zu machen. Die Fakultät ist ein Bestandteil der Universität; es kann daher, wie schon mehrfach hervorgehoben worden ist, lediglich die wissenschaftliche Befähigung und die Lehrbefähigung bei der Auswahl in Betracht kommen. Der Herr Abg. Gierich hat selbst anerkannt, daß er an den ernannten Professoren in dieser Hinsicht keinerlei Ausstellung zu machen habe, und er kann sich daher auch in keiner Weise beschweren. Der Herr Abg. Gierich hat weiter erwähnt, daß die Hälfte unserer evangelischen Geistlichen im Lande positiv sei. Es scheint, daß diese „liberale“ Heidelberger Fakultät doch nicht so verheerend auf das positive Empfinden dieser Herren wirkt, wie er das gerne hinstellen möchte. Es hat sich in den letzten Jahren unter den außerordentlichen Professoren und Privatdozenten in Deutschland eine Bewegung gezeigt, der sich jetzt auch die außerordentlichen Professoren und Privatdozenten in Heidelberg und Freiburg angeschlossen haben. Die Bewegung geht nach zwei Richtungen hin. Einerseits erstrebt sie eine finanzielle Sicherstellung und Besserstellung, andererseits ein Recht der Mitwirkung bei der inneren Verwaltung der Universitäten. Ich erwähne beispielsweise die Mitwirkung bei der Wahl des Prorektors. Die Lösung der Fragen hängt zum

Teil von unserer finanziellen Lage ab, und gar viele der Fragen werden deshalb wohl noch auf lange Zeit unlösbar bleiben. Da ist vor allem die Tatsache, daß die Vermehrung der ordentlichen Professuren mit der Vermehrung der Studenten keinerlei Schritt gehalten hat, vielmehr erheblich hinter ihr zurückgeblieben ist.

Zuzugeben ist, daß die Stellung der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten, soweit sie einen Lehrauftrag haben, durchschnittlich finanziell sehr unsicher und gering ist. Früher waren diese Stellungen in der Hauptsache lediglich Durchgangsstellungen, während sie heute bei der geringen Anzahl von ordentlichen Professoren und bei der zunehmenden Spezialisierung der Wissenschaften vielfach Lebensstellungen geworden sind, und dafür ist tatsächlich der Gehalt oft sehr gering. Auch hier wird allerdings einer durchgreifenden Änderung eben finanzielles Elend entgegenstehen. Was schließlich die Mitwirkung bei der Verwaltung betrifft, so ist mir gesagt worden, daß die Herren in Heidelberg und Freiburg sich an die dortigen Senate gewendet hätten, um ein gütliches Übereinkommen zu treffen, und daß diese Senate sich auch bereit erklärt hätten, zur Lösung der Frage mitzuwirken, sodaß also zu hoffen ist, daß ein gütliches Übereinkommen die berechtigten Wünsche der Herren erfüllen wird. Ich bin auch überzeugt, daß die Regierung ihrerseits alles tun wird, um berechtigten Ansprüchen, soweit es irgend möglich ist, entgegenzukommen.

Eine andere sehr schwierige Frage ist Assistentenfrage. Es kommt regelmäßig vor, daß ein Professor, besonders ein solcher der naturwissenschaftlichen und der medizinischen Fakultät, wenn er an eine andere Universität geht, seine Assistenten mitnimmt und daß daher die Assistenten an dieser neuen Universität, die von dem scheidenden Professor nicht mitgenommen werden oder aus irgend welchen Gründen nicht mitgehen wollen, ihre Stellung verlieren. Das wird sich aber schwer ändern lassen. Die neu berufenen Professoren werden sich eben lieber mit den Herren umgeben wollen, an die sie gewöhnt sind, mit denen sie vielleicht schon jahrelang an demselben Problem gemeinsam gearbeitet haben.

Ich hätte für die Universität Heidelberg auch eine größere Anzahl Wünsche vorzutragen, es wäre das aber ziemlich zwecklos, denn sie können doch zum großen Teile wegen des Geldmangels nicht befriedigt werden, und so möchte ich nur beispielsweise darauf hinweisen, daß es an einer Professur für deutsche Literaturgeschichte fehlt, während eine solche Professur in Freiburg schon lange vorhanden ist. Dagegen muß ich sehr ernsthaft und nachdrücklich auf die Mangelhaftigkeit einer größeren Anzahl Gebäude in der inneren Klinik in Heidelberg hinweisen. Ich weiß, daß hier die Schuld in der Hauptsache an der Finanzverwaltung liegt, die eben nicht die notwendigsten Geldmittel aufbringen kann, und daß das Unterrichtsministerium selbst hier gern tun würde, was ihm möglich wäre. Es fehlt hier durchweg an Raum. Die Krankensäle sind überfüllt, es sind keine Nebenräume vorhanden, und wenn beispielsweise eine neue Schwester eingestellt wird, so muß die Frage, wie sie untergebracht werden soll, von allen in Frage kommenden Instanzen höchst eingehend geprüft werden, weil die Lösung dieser Frage viel Kopfzerbrechen nötig macht.

Ich halte es nicht für im Interesse der Universität gelegen, auf Einzelheiten hier einzugehen. Ich weise nur hin auf die Zustände beim pharmakologischen Institut, auf die Notwendigkeit eines neuen Infektions-

hauses, auf den Zustand der Baracken für Herberfranke, auf den Zustand der Klinik für Hautfranke, und ich möchte nur wünschen, daß das hohe Haus sich auch einmal diese Zustände ansehen würde. Ich glaube, daß Sie mit ganz anderen Gefühlen von dieser Besichtigung zurückkehren würden als von der des neuen Landesgefängnisses in Mannheim.

Um nicht lediglich als Fordernder zu erscheinen, möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen. Es sind Privatzimmer für Privatpatienten der Professoren nur in ganz ungenügendem Maße vorhanden. Hier könnte die Staatskasse ihrerseits wieder Vorteil ziehen, denn an dem Pensionspreis, den diese Patienten zahlen, verdient die Staatskasse. Es ist durchaus notwendig, daß hier bald eine umfassende Abhilfe geschaffen wird.

Wir haben heute das Glück, in Heidelberg den hervorragendsten und berühmtesten Kliniker Deutschlands zu haben; wir wissen aber nicht, wie lange er bei diesen Zuständen bleiben wird. Wir müssen dabei noch etwas beachten. Es ist Tatsache, daß durch das vorzüglich eingerichtete Mannheimer Wöchnerinnenasyl der Frauenklinik in Heidelberg ein erheblicher Teil des Krankmaterials entzogen worden ist. Wir werden in einigen Jahren in Mannheim ein großes Krankenhaus für vielleicht 7 bis 8 Millionen Mark mit den modernsten Einrichtungen haben; wenn die Heidelberger Klinik dann in ihrer Einrichtung minderwertig ist, wobei die Kranken dort noch die Unannehmlichkeit haben, daß sie sich von den Professoren in Gegenwart der Studenten untersuchen lassen und in den Hörsälen vorstellen lassen müssen, so werden die Kranken lieber nach Mannheim gehen. Es werden auch sonst überall gut eingerichtete Krankenhäuser gebaut, und es kann so vorkommen, daß das notwendige Krankmaterial in Heidelberg fehlen wird.

Die Frage ist dadurch besonders kompliziert, daß das zur Verfügung stehende Gelände heute bereits vollständig überbaut ist; von dem sogenannten Garten bei der Klinik ist eigentlich nichts mehr vorhanden.

In Betracht kommt also hier eine Verlegung der Klinik. Allein das würde derartig ungeheure Kosten verursachen, daß davon nur dann die Rede sein könnte, wenn sich vielleicht ein gütiger Spender fände, auf den auch der Herr Minister bereits hingewiesen hat. Wir sehen immer, wie auch der Herr Minister mit Recht hervorgehoben hat, mit einem gewissen Hochmut auf Amerika und den dortigen Drang nach Erwerb herab; wir sollten eher bewundernd zusehen, wie dort vom Reichtum häufig der richtige Gebrauch gemacht wird. Wir haben auch hier bei uns jetzt eine Menge reicher Leute; aber es fehlt sehr oft noch an der richtigen Verwendung dieses Reichtums. Der Sinn für Stiftungen muß geweckt werden. Wir haben unter unseren Stadtoberhäuptern innerhalb und außerhalb Badens verschiedene Herren, die ein großes Geschick an den Tag gelegt haben, ihre reichen Mitbürger zu größeren und kleineren Stiftungen zu veranlassen. Das muß man auch bei uns versuchen. Ich glaube, es wäre gar nicht unangebracht, wenn einmal ein Regierungsvertreter bei einem darin besonders gewandten Stadtoberhaupt einen Kursus nehmen würde in der Technik der Erweckung von Neigung zu Stiftungen (Geizigkeit). Da also eine Verlegung nicht in Frage kommen kann, ehe dieser große Stifter vorhanden ist, so müßte das Gebiet des botanischen Gartens zu den Erweiterungsbauten genommen werden.

Es ist für eine Universität sehr schlimm, wenn ihr Ruf zurückgeht. Es dauert wohl verschiedene Jahre,

bis sich das allmählich durchgesprochen hat, aber dann ist es noch viel schwerer, diesen schlechten Ruf wieder zu beseitigen. Heute und in den nächsten Jahren ist es für Heidelberg noch Zeit, dagegen zu arbeiten, es wäre eine Sparbarkeit am unrechten Orte, wenn man hier sparen wollte. Ich halte es für meine Pflicht, als Vertreter von Heidelberg nachdrücklich auf diese gerügten Mängel hinzuweisen. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Die Universitäten spielen im Staatswesen eine große Rolle, sowohl nach der finanziellen Seite hin, wie auch im Geistesleben unseres Volkes. Ich möchte zunächst einige Bemerkungen über die finanzielle Seite machen.

Ich habe mir eine Zusammenstellung geben lassen über die Entwicklung des Ordinariums in den letzten zehn Jahren. Im Jahre 1900 haben wir an die Universität Heidelberg aus Staatsmitteln zugeschoffen 782 500 M., an Freiburg 571 100 M., an die Technische Hochschule Karlsruhe 371 000 M., zusammen 1 724 600 M. Im Jahre 1909 haben erhalten die Universität Heidelberg 1 047 000 M., Freiburg 806 000 M. und die Technische Hochschule in Karlsruhe 442 000 M., zusammen 2 295 000 M. Wir haben also eine Gesamtsteigerung innerhalb dieser 10 Jahre von gut einer halben Million im Ordinarium allein, genau sind es 570 400 M.

Diese Zahlen sprechen eine sehr ernste Sprache für denjenigen, der die Verantwortlichkeit dafür mitzutragen hat, wie die Staatsmittel aufgebracht werden. Ich meine, diese Sachlage sagt auch, daß man äußerst vorsichtig sein soll, noch eine weitere Hochschule, die Handelshochschule in Mannheim, dem Staate zuzuführen. Sonst würde innerhalb weiterer 10 Jahre dem Ordinarium nicht nur eine halbe Million, sondern vielleicht eine ganze Million zuwachsen, denn die Herren Kaufleute können sehr gut rechnen. Ich will einstweilen der Meinung sein, daß wir allen Grund hätten, hier die äußerste Vorsicht anzuwenden, uns sogar durchaus ablehnend zu verhalten (Zustimmung im Zentrum).

Als ich diese Zahlen studierte, habe ich auch noch einen Vergleich mit den Universitäten der anderen deutschen Bundesstaaten angestellt. Wenn man die zwölf größten Universitäten unseres deutschen Vaterlandes miteinander vergleicht in Hinsicht der Frage, wieviel der Staat auf den Kopf des einzelnen Studierenden zahlt, und wenn man die weitere Frage aufwirft, ob wir da an der Spitze stehen oder ob wir uns noch sehen lassen können, so ergibt die Prüfung ein beruhigendes Resultat. München ist die glücklichste Universität. Sie zahlt nur 214 Mark für den einzelnen Studenten. Dann kommt Bonn mit 307 M., Göttingen mit 322 M., Freiburg mit 327 M., Marburg mit 459 M., Berlin mit 474 M., Leipzig mit 523 M., Halle mit 533 M., Heidelberg mit 545 M., Breslau mit 648 M., Straßburg mit 696 M. und Tübingen mit 734 M. Die Unterschiede hängen natürlich damit zusammen, daß einzelne Universitäten bedeutende Stiftungen haben, hängen aber auch damit zusammen, daß unsere badischen Universitäten zu den besuchtesten gehören; dadurch verteilt sich natürlich der Staatszuschuß auf eine größere Anzahl von Studierenden, und dadurch wird er, auf den Kopf gerechnet, auch kleiner. Wenn man die beiden Landesuniversitäten Freiburg und Heidelberg zusammennimmt, so würde sich der Zuschuß auf 436 M. belaufen und

wir stünden auch so noch an der vierten Stelle, die Freiburg an und für sich schon einnimmt. In dem Kommissionsbericht sind in dankenswerter Weise die Zahlen aus der Schweiz eingefügt; sie sind auf Antrag eines Herrn der sozialdemokratischen Fraktion hineingekommen. Aus den dort für Basel angegebenen Ziffern läßt sich berechnen, daß der Kanton Basel auf den Kopf des Studenten 662 Frs. oder 529 M. bezahlt, es stände demnach die Universität Basel an achter Stelle der vorhin aufgestellten Reihe. Ich glaube, daß diese Berechnung, obgleich sie nicht den alleinigen Maßstab bieten darf, doch eine gewisse Beruhigung wegen der enormen Opfer geben kann, die das Volk für unsere Hochschulen zu bringen hat.

Allerdings ist richtig, daß den Hauptnutzen von dieser großen Zahl von Studierenden, die sich an den beiden Universitäten zeigt, zunächst nicht sowohl das ganze Land als die Universitätsstädte selbst haben; das wäre wohl ein Fingerzeig dafür, daß man diese Städte, namentlich aber die Stadt Heidelberg, etwas schärfer zur Deckung dieser Zuschüsse heranziehen sollte. Damit komme ich auf einen Punkt, den ich nicht unterdrücken kann. Bei diesen Berechnungen ergibt sich, daß doch eine gewisse Ungleichheit in der Behandlung Heidelbergs und Freiburgs vorliegt, eine Inparität in höherem Umfang, als man sie mit dem historischen Gewordensein entschuldigen kann. Im ordentlichen Etat 1910/1911 ist pro Jahr für Heidelberg eingestellt 1 267 800 M., für Freiburg 1 015 900 M., das ergibt einen Unterschied von 251 900 M. Dabei ist aber die Frequenz in Heidelberg nicht größer, sondern geringer; wir hatten im Sommersemester 1908 in Freiburg 2715, in Heidelberg nur 2189 Studierende, also ein Weniger für Heidelberg von 526 Studenten. Man hat gesagt, die unterschiedliche Behandlung habe sich historisch entwickelt. Allein die letzten 10 Jahre zeigen eben, daß der Unterschied immer größer wird. Vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1909 ist der Heidelberg gegebene Zuschuß um 264 500 M. und der Freiburg gegebene um 234 900 M. gestiegen; das ist ein Unterschied von rund 30 000 M. zu Gunsten Heidelbergs. Um diese Ziffer hat sich die Differenz zwischen diesen beiden Universitäten vergrößert, und zwar nicht in der historischen Vergangenheit sondern in der allerjüngsten Zeit. Diese Tendenz, den Unterschied immer mehr zu vergrößern, sollte doch endlich einmal verlassen werden. Es sollte doch endlich einmal hier eine gewisse Parität eingehalten werden. Ich will zur Illustration nur einen einzelnen Posten herausgreifen; für die Bibliothek in Heidelberg sind 36 000 M. angefordert, für die in Freiburg nur 25 000 M., das macht einen Unterschied von 11 000 M.

Ich habe Sinn und Verständnis dafür, daß die Eigenart einer jeden Universität sich auch im Budget geltend macht, und ich bin weit davon entfernt, eine vollständig ziffernmäßige Parität zu verlangen. Aber von der Volksvertretung muß doch einmal in aller Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit gesagt werden, wenn mit demselben Entgegenkommen wie in Freiburg auch seitens der Heidelberger Stadtverwaltung vorgegangen würde, dann würde sich das in dem Budget erleichternd geltend machen. Die Groß-Regierung sollte meines Erachtens alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um hier die Stadtverwaltung von Heidelberg etwas schärfer heranzuziehen.

Ich wende mich nun einzelnen Wünschen zu.

Ich möchte das, was der Herr Kollege Fehrenbach bezüglich der Wärter an der Irrenklinik vorgebracht

hat, der Groß. Regierung wärmstens empfehlen. Wenn sich die Wäter an der Irrenklinik in Freiburg mit ihren Kollegen an den Heil- und Pflegeanstalten vergleichen, so finden sie leider, daß ihre Lage in vielen Punkten gegenüber der ihrer Kollegen an den Heil- und Pflegeanstalten schlechter ist. Welches die einzelnen Wünsche sind, darüber kann ich hier wohl zunächst hinweggehen; sie sind ja in einer besonderen Eingabe zur Kenntnis des Hohen Hauses gelangt und werden wahrscheinlich noch Gegenstand einer besonderen Besprechung sein.

Ich darf hier vielleicht auch für den Geistlichen, der die Seelsorge an der Irrenklinik besorgt, einen ganz bescheidenen Wunsch miteinstecken lassen. In Freiburg sind sämtliche Pfarrstellen an das Fernsprechnetz angeschlossen; ich glaube, gerade bei der Raschheit, mit der oft ein Geistlicher an die Irrenklinik gerufen werden muß, wäre es durchaus zweckentsprechend und würde nur im Interesse der Sache liegen, wenn man diese kleine Vergünstigung, die Telefonverbindung mit der Irrenklinik, auch jenem Geistlichen zur Verfügung stellen könnte.

Ein zweiter Wunsch geht dahin, daß, wenn wieder einmal, sei es nun in Heidelberg, aber ganz besonders in Freiburg, Historiker berufen werden, man doch darauf achten möge, daß mindestens ein Badener darunter ist. Denn es will mir scheinen, daß bei gleicher Qualifikation ein badisches Landeskind doch viel mehr Interesse und Sinn für die Erforschung der historischen Vergangenheit unseres Vaterlandes und auch für die Heranbildung der badischen akademischen Jugend hat, also für die Aufgabe, diese für die Vergangenheit unseres süddeutschen Landes zu interessieren. Ich glaube, daß diese Sache auch für die Historische Kommission von Bedeutung ist; ich finde es nämlich nicht normal, daß nahezu alle Mitglieder der Historischen Kommission, soweit sie den Hochschulen angehören, Nichtbadener sind. Das müßte anders werden!

Ein besonderes warmes Wort möchte ich über den Ausbau der theologischen Fakultät in Freiburg reden. Ich anerkenne mit großer Dankbarkeit, daß einer der hervorragendsten Dozenten, der nach auswärtigen Ruf erhielt, der Fakultät erhalten geblieben ist. Im Anschluß an dieses Dankwort kann ich wünschen, daß der Ausbau der theologischen Fakultät nicht allzulange auf sich warten läßt. Die Wissenschaft der Archäologie und der Patrologie hat einen Umfang und eine Bedeutung angenommen, daß man es füglich berechtigt finden kann, wenn ein neuer Lehrstuhl und zwar ein Ordinariat gewünscht wird. Ebenso ist ein apologetischer Lehrstuhl im Ordinariat eine ebenso dringliche Forderung. Ich anerkenne, daß man seitens der Groß. Regierung die derzeitige Stelle mit einer tüchtigen Kraft besetzt, daß man einen verhältnismäßig jungen Dozenten zum Extraordinarius gemacht hat. Allein das hilft nicht über die innere Berechtigung dieses Wunsches hinweg. Es wird endlich wahrscheinlich auch einmal darauf abgehoben werden müssen, daß eine doppelte Besetzung des Lehrstuhles der Dogmatik ins Auge gefaßt wird und zwar in der Hinsicht, daß ein Cursus maior und minor gelesen werden kann. Ich weiß wohl, daß mit diesen Wünschen eine andere Frage zusammenhängt, nämlich die Frage der Einführung eines vierten Jahres des theologischen Studiums. Es will mir scheinen, daß innerhalb unseres deutschen Vaterlandes die Tendenz vorhanden ist,

ein vier- bis fünfjähriges Studium einzuführen. Allein, wenn bei uns diese Absicht auch noch nicht vorhanden sein sollte, so darf man doch aussprechen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse es schon berechtigt erscheinen lassen, die theologische Fakultät in dem angedeuteten Sinne weiter auszubauen. Es waren im Sommersemester 1908 72 Theologiestudierende, die von auswärts kamen. Darunter sind sicher ungefähr 60 Herren gewesen, die im Interesse ihrer theologischen Studien von auswärts gekommen sind und nicht zur Erzdiözese gehören; wir haben das Collegium sapientiae und auch darin sicher viele Herren, die weitergehende Studien machen wollen. Darum sollte Gelegenheit geboten werden, hier etwas über das gewöhnliche Maß hinaus hören zu können.

Mit einem Wort muß ich auch zu dem Stellung nehmen, was der Herr Abg. Gierich vorgebracht hat und worauf der Herr Staatsminister so ausgiebig Antwort gegeben hat. Der Herr Staatsminister vermag den Eindruck, den der Herr Kollege Gierich mit seiner durchaus sachlichen Rede gemacht hat, nicht zu verwischen. Es will mir scheinen, daß bei der Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg tatsächlich ein großer Teil unseres badischen Volkes nicht die Berücksichtigung gefunden hat, auf die er füglich Anspruch hat (Sehr richtig! im Zentrum). Dasjenige, was der Herr Staatsminister bezüglich der Preis-äußerungen sagte, hat auf mich einen Eindruck nicht machen können, denn man weiß, wie die Dinge ab und zu einmal gehen können, und er hat nicht Preis-äußerungen aus der Gegenwart gebracht, sondern solche aus dem Jahre 1906, die mit dem gegenwärtigen Falle gar nichts zu tun haben.

Wenn dann von der Freiheit der Wissenschaft und der Forschung gesprochen worden ist und man gemeint hat, bei der Theologie könnte es wohl nicht so ganz in Ordnung sein, so glaube ich, daß, wenn hier irgendwo etwas nicht in Ordnung ist, eher von allzu viel Freiheit und einem Mißbrauch der Freiheit wird gesprochen werden können (Hört, hört! bei den Demokraten und Sozialdemokraten). Ich berufe mich da auf den als Gelehrten wie als Politiker sehr bekannten Professor Birchow, der seinerzeit (es war im Jahre 1877) gelegentlich der 50. Naturforscherversammlung in München sagte: „Ich bin der Meinung, wir sind in der Tat in Gefahr, durch zu weite Benutzung der Freiheit, welche uns die jetzigen Zustände darbieten, die Zukunft zu gefährden, und ich möchte warnen, daß man nicht in der Willkür beliebiger persönlicher Spekulation fortfahren möge, welche sich jetzt auf vielen Gebieten der Naturwissenschaft breit macht.“ Man sieht also, daß Männer, die absolut nicht in der Gesinnung mit uns zusammenstehen, hier doch auf Gefahren aufmerksam machen.

Ich will nur noch einige Ausführungen allgemeiner Natur machen. Es ist dieser Tage von dem Rektor magnificus der Universität München eine Rede gehalten worden. An dieser Rede hat mich besonders gefreut, daß er nicht nur Lobspprüche für das Universitätsstudium hat, sondern auch ein offenes Auge für die Dinge, die man nicht loben kann. Er findet Mängel bei den Studenten, er findet auch Mängel bei den Professoren. Er findet Mängel bei den Studenten, und hier hat mich sehr interessiert, daß dieser erfahrene Mann darüber klagt, daß die Vorbildung derer, die heute zur Universität kommen, nicht mehr so sei, wie früher und nicht mehr genüge. Weiter glaubt er feststellen zu können, daß das

wissenschaftliche Interesse nicht in dem Umfange vorhanden sei, wie man es wünschen müsse. Ich glaube, daß diese Ausführungen durchaus denen Recht geben, die sagen, daß die Anforderungen innerhalb unserer Mittelschulen, die Anforderungen für die Erteilung des Reifezeugnisses, höhere sein sollten, als sie wirklich sind. Ich kann mich der Befürchtung nicht verschließen, daß, wenn die Anforderungen bezüglich des Zugangs zur Universität in dem Umfange wie in den letzten Jahren weiter zurückgehen, das für den Staat sehr verhängnisvoll werden wird. Dadurch werden mehr und mehr Leute ins akademische Studium ohne die nötige Vorbildung hinauskommen, und das Gelehrtenproletariat wird mehr und mehr als Gefahr aktuell werden, und darum scheint es mir, daß hier in der Höherpannung der Anforderungen tatsächlich ein Mittel gefunden werden könnte und sollte, um der bezeichneten Gefahr zu begegnen. Dadurch wäre es wahrscheinlich möglich, den Übelstand der Überfüllung der akademischen Berufe, mindestens zu einem Teil, hintanzuhalten. Es ist nicht das einzige Mittel, aber es scheint mir ein Mittel zu sein. Soviel zu dieser Sache!

Abg. Venedy (Dem.): Der Herr Abg. Schofer hat sich für die Begründung seiner Auffassung über die Freiheit der Wissenschaft und dafür, daß eine zu weitgehende Freiheit der Wissenschaft auf unseren Hochschulen herrsche, auf einen Mann berufen, der ihm ja sonst im allgemeinen nicht ganz nahe steht, auf den verstorbenen Professor und fortschrittlichen Abgeordneten Virchow. Ein derartiges aus dem Zusammenhang herausgerissenes Zitat hat natürlich immer etwas mißliches, und es läßt sich ja nicht gut übersehen und beurteilen, welche Tragweite und Bedeutung eine derartige Äußerung hatte. Jedenfalls wollte Virchow damit nur vor einer zu weitgehenden wissenschaftlichen Spekulation warnen, er wollte vielleicht eine wissenschaftliche Selbstsucht der jüngeren Generation damit herbeiführen und ein Verlieren derselben in allzu weitgehende Hypothesen verhindern, aber keinesfalls wollte er damit gegen die Freiheit der Wissenschaft seine Stimme erheben und etwa einem Einschreiten seitens der Fakultäten oder der Regierungen in dieser Richtung das Wort reden. Daran ist ja nach der gesamten sonstigen Haltung Virchows gar nicht zu denken.

Die Herren Kollegen Schofer und Gierich haben sich warm dafür ausgesprochen, daß nach Heidelberg gelegentlich ein positiver Professor der Theologie berufen werden sollte. Damit hat sich schon unser Freund Heimburger ganz einverstanden erklärt unter der Voraussetzung der entsprechenden wissenschaftlichen Bedeutung dieses Mannes. Ich möchte mich nun meinerseits der Hoffnung hingeben, daß so, wie die Herren bei diesem Anlaß so warm für einen positiven evangelischen Professor in Heidelberg eingetreten sind, wir es vielleicht auch einmal erleben, daß ein Modernist, wollen wir einmal sagen, in die theologisch-katholische Fakultät in Freiburg einzieht, und Sie als gerechte Männer sich dafür ebenso wie in diesem Fall erwärmen werden.

Es ist dann von mehreren Seiten der großen Opfer gedacht worden, die wir für unsere Hochschulen bringen müssen, und insbesondere der Herr Kollege Schofer hat es als bedenklich bezeichnet, daß diese Summen sich in dem Zeitraum von etwa zehn Jahren um eine halbe Million gesteigert haben. Ich muß sagen, ich kann darin eigentlich nichts Bedenkliches finden. Wenn wir die sonstige Steigerung der Staatsausgaben auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens, in allen Lei-

ten unseres Budgets damit vergleichen, so glaube ich, ist die Steigerung um ein halbe Million in dieser Zeit gar keine unverhältnismäßige. Ich bitte, zu bedenken, was andere Staaten leisten, der Herr Kollege Schofer hat selbst darauf hingewiesen. Die Schweiz unterhält durch Mittel der Kantone und des Bundes acht Hochschulen und ist auch gerade kein Großstaat. Dann bitte ich aber noch etwas zu bedenken, was meines Erachtens heute nicht zur Geltung gekommen ist. Wir haben nach meiner Zusammenstellung — aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters habe ich das entnommen — im Sommersemester 1909 rund 4500 nichtbadiische Studenten auf unseren drei Hochschulen, also außer den Badenern rund 4500 sonstige Deutsche und Reichsausländer. Nun kann man, um wenig zu sagen, annehmen, daß diese 4500 Leute in einem Semester etwa 4,5 Millionen ins Land hereinbringen. Das ist doch meines Erachtens auch nicht gerade zu verachten. Und daß das bloß diesen drei Städten zugute kommt, davon kann man heute bei den regen Verbindungen zwischen Stadt und Land bei der Ausgestaltung unseres Verkehrslebens doch nicht sprechen, sondern es ist selbstverständlich, daß, wenn diese Millionen in diese Städte hineingehen, diese dann um so kaufkräftigere Abnehmer für die Produkte des Landes sind, und daß es auch durchaus im Interesse unserer Bauernschaft im ganzen Lande liegt, wenn hier 4,5 Millionen in diese Städte hineingeführt werden. Sie stecken sie nicht in die Tasche und tragen nicht alles auf die Sparkasse, sondern das wird umgekehrt, dafür werden alle möglichen Landesprodukte in höherem Maßstabe in die Städte eingeführt, und das ist befruchtend und segensreich für die Wirtschaft unseres ganzen Landes. Ich glaube, diese Seite der Medaille sollte man auch nicht vergessen. Ich sage also: Nicht nur vom idealen Standpunkt aus, von dem Gesichtspunkt der ungeheuren Bedeutung unserer Hochschulen für die Befruchtung und Bereicherung unseres öffentlichen und unseres privaten, unseres wissenschaftlichen und unseres geschäftlichen Lebens, sondern auch vom rein rechnerischen, finanziellen Standpunkt aus sind diese Gelder sicher recht gut angelegt, die wir für unsere Hochschulen ausgeben.

Diese Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Leben, diese Befruchtung und Bereicherung des Lebens durch die Hochschulen können ja allerdings noch in höherem Maße eintreten, wenn die Hochschulen vielleicht da und dort gegenüber der Masse der Bevölkerung etwas weniger exklusiv wären. Ich will Sie bei der vorgerückten Stunde nicht aufhalten, aber ich will doch auf Erscheinungen wie die Volkshochschulen in anderen Staaten wie Dänemark, Norwegen und Schweden hinweisen, auf diese Kurse, die dort von Universitätslehrern und Universitätsprofessoren gegeben werden und zu denen insbesondere in Dänemark auch die Leute vom flachen Land aus der bäuerlichen Bevölkerung kommen und einen großen Vorteil für ihr inneres und äußeres Leben daraus ziehen. Im Zusammenhange damit will ich darauf hinweisen, daß ich mit großer Freude in letzter Zeit gelesen habe, wie an einer ganzen Reihe deutscher Hochschulen sich Vereine von Studenten gebildet haben, die sich zur Aufgabe setzen, Lehrkurse unter der breiten Masse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse abzuhalten, und auf diese Weise einen Kontakt zwischen der Wissenschaft und den breiten Massen der Bevölkerung, soweit es in ihren Kräften steht, herzustellen. Ich bitte die Großh. Regierung, dieser Bewegung ihr Augenmerk und ihre Sympathie zuzuwenden und ihr bei Gelegenheit auch mit einer materiellen Unterstützung, etwa für Beschaf-

fung von Lehrmitteln, für Miere von Lokalitäten usw., wofür die jungen Leute ihre Ausgaben haben, an die Hand zu gehen.

Ich habe mir dann vorgenommen, in aller Kürze noch auf ein Thema einzugehen, das etwas eigener und kritischer Natur ist. Es ist das die Art und Weise, wie die einzelnen Lehrstühle auf den Universitäten zur Verbesserung gelangen. Ich will vorausschicken, es liegt mir nichts ferner, als die Rechte der einzelnen Fakultäten, sofern sie begründet sind, anzugreifen, es liegt mir auch nichts ferner, als die Abschließung unserer drei Hochschulen gegenüber den anderen deutschen Bundesstaaten zu verlangen. Aber es scheint mir, daß hier Mängel vorliegen, die wenigstens andeutungsweise zum Worte kommen sollten. Man hört gerade über die Art und Weise, wie von einzelnen Fakultäten bei Besetzung von Lehrstühlen verfahren wird, doch manches und es wird nicht nur scherzweise und in Schauspielen und Romanen die Behauptung aufgestellt, daß hier verwandtschaftliche Beziehungen, Schwägerchaft, Freundschaft usw. unter den Professoren eine große Rolle spielen. Es sind schon Worte wie „Inzucht“ gefallen, und es macht doch beinahe den Eindruck, wenn man da und dort einzelne Erfahrungen hört und manches mit ansieht, als ob hier unberechtigte Einflüsse eine Rolle spielen.

Ich will mich mit diesen Andeutungen begnügen und die Aufmerksamkeit weiter darauf hinlenken, daß an unseren badischen Hochschulen das badische Element in einer ungewöhnlich geringen Weise berücksichtigt ist. Sicher können wir uns gegenüber den anderen deutschen Bundesstaaten nicht abschließen, zumal, wie ich erwähnt habe, Tausende von Studenten aus dem übrigen Deutschland bei uns sind. Aber wenn wir einzelne Fakultäten betrachten, kommen wir doch zu überraschenden Ergebnissen. Ein mir befreundeter Herr, der sich seit Jahren mit dieser Sache befaßt, hat mir eine Statistik mitgeteilt, die er sorgfältig geführt und die Anspruch auf eine gewisse Zuverlässigkeit hat. Ich will daraus einzelnes hervorheben. In der theologischen Fakultät in Freiburg, die in dieser Richtung verhältnismäßig günstig da steht, sind unter 8 ordentlichen Professoren 4 Badener, in der juristischen Fakultät unter 10 ordentlichen Professoren 1 Badener, in der medizinischen Fakultät unter 11 ordentlichen Professoren kein Badener, in der philosophischen Fakultät unter 23 ordentlichen Professoren 2 Badener. In Heidelberg sind in der theologischen Fakultät unter 4 ordentlichen Professoren 1 Badener, in der juristischen unter 7 1 oder 2 Badener, ich kann das nicht genau feststellen, ich will also sagen 2 Badener, in der medizinischen Fakultät sind unter 11 ordentlichen Professoren 2 Badener, in der philosophischen Fakultät ist nach meiner Information unter 16 ordentlichen Professoren kein einziger Badener. Bei der Technischen Hochschule in Karlsruhe ist das Verhältnis ein etwas anderes, für die Badener günstigeres, ich will darauf nicht eingehen. Das sind doch Zahlen, die zum Denken Anlaß geben, und es scheint, als ob an der Ansicht meines Gewährsmannes etwas richtiges sei, daß gewisse außerbadische Kreise an den badischen Hochschulen sich festgesetzt haben und einen Ring gegenüber allen andern bilden. Ich kann das im einzelnen nicht nachprüfen, aber die Tatsachen sind doch auffallend. Ich möchte nun an die Großh. Regierung die Anfrage richten, ob sie darüber unterrichtet ist, wie man sich an den deutschen Universitäten außerhalb Badens gegenüber unseren badischen Landesleuten verhält, ob dort ent-

sprechend viele Badener angestellt sind, so daß sich ein Ausgleich finden würde. Nach meinen Informationen soll das nicht der Fall sein, und gerade die beiden größten Bundesstaaten, Bayern und Preußen, sollen sehr zurückhaltend und bestrebt sein, die eigenen Landesfinder zu berücksichtigen. Ich glaube, daß es nichts schaden würde, wenn man das auch in Baden etwas mehr tun würde. Bei aller Hochachtung und Wertschätzung der Freiheiten und Rechte der Fakultäten und bei aller Ablehnung des Partikularismus in dieser Beziehung glaube ich doch, daß die vorgetragenen Zahlen zu Bedenken Anlaß geben.

Ich habe früher schon auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, die in der jetzigen Behandlung der Kollegengelder liegt, daß irgend ein Professor, der ein vielbesuchtes Zwangskolleg liest, etwa Pandekten, sehr beträchtliche Kollegengelder einnimmt, während ein anderer, der etwa Astronomie oder Botanik oder dergl. vor wenigen Leuten liest, nur wenig Kollegengelder einnimmt und dadurch verhältnismäßig sehr schlecht gestellt ist. Ich weiß nicht, ob unterdessen ein Ausgleich stattgefunden hat, ein solcher wäre aber dringend wünschenswert, denn es ist ungerecht, wenn ein Professor, der nach seinen Leistungen als Gelehrter und Lehrer den gleichen Anspruch hätte wie ein Kollege, der viele Tausende aus seinen Kollegengeldern erübrigt, deshalb geschädigt ist, weil der Zudrang zu seinem Fache ein geringer ist.

Ich will mich bei der vorgerückten Zeit auf diese wenigen Bemerkungen beschränken.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Wenn die Großh. Regierung einen kleinen Beitrag für die Mannheimer Handelshochschule eingestellt hätte, hätte ich keinen Anlaß gehabt, in der Generaldebatte die Zahl der Redner zu vermehren, sondern ich hätte bei der Spezialdebatte einige Worte zur Mannheimer Handelshochschule gesprochen. Da aber nichts vorgeesehen ist, muß ich hier das Wort ergreifen.

Der Herr Abg. Schofer hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, als ob die Mannheimer Handelshochschule bald die vierte Hochschule des Landes werden könnte, und hat die Bemerkung gemacht, daß die Kaufleute, wenn es ans Nehmen gehe, sehr gut zu rechnen verstehen. Ich quittiere dankend die gute Meinung, die der Herr Abg. Schofer dem Kaufmannstand entgegenbringt, möchte aber hervorheben, daß Trägerin der Handelshochschule die Stadtverwaltung Mannheim ist, und daß diese sich wohl bewußt ist, welch große Opfer sie noch zu bringen hat, um die Hochschule auf die Höhe zu bringen, auf die sie gebracht werden muß. Wir wissen auch ganz genau, daß die politischen Verhältnisse im badischen Landtag und auch die finanziellen Verhältnisse nicht so sind, daß die Handelshochschule in absehbarer Zeit zu einer Staatsanstalt gemacht werden könnte. Deshalb sind auch die Befürchtungen, die Herr Abg. Fehrenbach geäußert hat, grundlos. Der Herr Abg. Fehrenbach bemerkte bezüglich des Zuschusses, daß wir noch die Entwicklung anderer Handelshochschulen abwarten müßten. Vor zwei Jahren wurde anders darüber gesprochen. Da wurde von den Herren Rednern nur die Einschränkung gemacht, daß, damit in Baden nicht eine vierte Hochschule entstehe, nur ein mäßiger Beitrag geleistet werden solle. Die Großh. Regierung hat sich i. Zt. auch auf diesen Standpunkt gestellt und hat in einem Erlaß vom 16. September 1907 der Stadtverwaltung geschrieben: So lange das Defizit für ein Semester sich nicht höher als

auf 8—9000 M. belaufe, sei ein Zuschuß wohl nicht erforderlich. Sollten aber die Fehlbeträge die Summe von 20 000 M. überschreiten, so sei sie geneigt, aus zur Verfügung stehenden Mitteln einen mäßigen Beitrag zu leisten. Da nun im Voranschlag für 1910 die Summe, welche die Stadtverwaltung Mannheim für die Handelshochschule aufzubringen hat, 100 000 M. überschreitet oder, wenn der Gebäudewert von 13 700 M. unberücksichtigt bleibt, der städtische Zuschuß noch 87 000 M. beträgt, so wäre also die Vorbedingung, welche die Regierung an die Gewährung eines mäßigen Zuschusses knüpft, voll erfüllt. Die Großh. Regierung hat aber auch prinzipiell einen anderen Standpunkt einnehmen wollen, sie hatte in das Vorbudget schon einen mäßigen Beitrag von 5000 M. eingesetzt, der nachher nur mit Rücksicht auf die finanzielle Kalamität, in welcher der badische Staat sich zu befinden scheint, wieder gestrichen worden ist. Nun könnte man ja fragen, und das liegt sehr nahe gerade bei den Ansichten, welche die Herren vom Zentrum haben, und die ja der Herr Abg. Schofer zum Ausdruck gebracht hat: Was kann Mannheim an diesen 5000 M. liegen? 5000 M. sind auch für Mannheim eine Summe von Bedeutung, aber der Hauptwert muß darauf gelegt werden, daß überhaupt ein Zuschuß seitens der Regierung gewährt wird, weil — wie die Verhältnisse einmal liegen — das Ansehen der Handelshochschule nach außen gehoben wird, wenn sie als eine staatlich subventionierte Anstalt erscheint. Selbstverständlich kann eine Regierung wie die badische weniger als 5000 M. nicht gut einstellen.

Im großen und ganzen ist von allen Seiten, auch von der Großh. Regierung der Handelshochschule Mannheim mit Worten Wohlwollen entgegengebracht worden, so daß ich als Vertreter Mannheims eigentlich meinen Dank aussprechen sollte. Der Herr Staatsminister hat übrigens angedeutet, als ob dieses Wohlwollen nicht allein in Worten bestände, sondern sich auch durch die Tat ausgedrückt hätte, indem die Regierung der Handelshochschule Mannheim so vorzügliche Lehrkräfte der Heidelberger Universität zur Verfügung gestellt habe. Das kostet aber der Großh. Regierung nichts, und ich glaube, es würde einzig in seiner Art dastehen, wenn die Großh. Regierung den Lehrern der Heidelberger Hochschule, welche aus freien Stücken an der Handelshochschule Mannheim im Interesse der Handelswissenschaft mitwirken wollen, das verbieten würde. Ich will gern die Gelegenheit ergreifen, um den Heidelberger Hochschullehrern den Dank auszusprechen für ihre tatkräftige Mitwirkung an der Handelshochschule Mannheim, und ich hoffe, daß die Finanzen sich so bessern werden, daß wir vielleicht beim nächsten Budget wenigstens diesen mäßigen Beitrag erhalten, der, wie ich schon sagte, seitens der Großh. Regierung im vorigen Landtag und auch in den Ausführungen verschiedener Mitglieder des Hohen Hauses in Aussicht gestellt worden ist.

Ich möchte weiter die Großh. Regierung bitten, auch darin der Handelshochschule Mannheim ihr Wohlwollen zu beweisen, daß sie mitwirkt, daß auch die Stellung der im Hauptamt an der Handelshochschule tätigen Dozenten eine entsprechende wird und eine richtige Würdigung erfährt.

Abg. Kopf (Zentr.): Es ist nicht meine Absicht, noch eine längere Rede zu halten, es geben mir lediglich einige Bemerkungen des Herrn Abg. Benedy Veranlassung, mich noch in später Stunde zum Wort zu melden.

Ich will nicht auf das abheben, was hinsichtlich des Zitates von Virchow hier vorgetragen worden ist; ich glaube, Virchow hat hervorheben wollen, daß in neuerer Zeit vielfach sog. Hypothesen, manchmal recht willkürliche Hypothesen, als feststehende Tatsachen, als Ergebnisse der Wissenschaft dargestellt worden sind. Daß aber auf diesem Gebiete gerade in neuerer Zeit viel gesündigt worden ist, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen.

Der Herr Abg. Benedy hat dann geglaubt — ich kann es fast kaum anders annehmen —, einen Wis sich leisten zu sollen, insofern er gemeint hat, man sollte dafür sorgen und helfen, daß auch in Freiburg ein modernistischer Theologieprofessor angestellt werde. Darauf möchte ich ihm nur erwidern: Ein Bedürfnis nach einem solchen Professor hat sich in unseren Reihen, im katholischen Volke, bis jetzt gar nicht gezeigt (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links). Ich möchte übrigens sehr bezweifeln, ob die Herren die jetzt lachen, sich alle darüber klar sind, was unter Modernismus im theologischen Sinne zu verstehen ist (Abg. Gummel: Sagen Sie's doch!). Dazu ist der Landtag nicht da, um theologische Vorlesungen entgegenzunehmen, aber ich kann meinen Zweifel an den theologischen Kenntnissen der Herren da drüben aussprechen. Im übrigen hat die katholische Kirche, und das wissen die Herren auch oder sie sollten das wenigstens wissen, ein abgegrenztes Lehrgebäude, eine Dogmatik, über deren Begrenzung das kirchliche Lehramt entscheidet, und auch der Staat trägt dem Rechnung, indem der Bischof den vom Staat ernannten Geistlichen die *missio canonica* erteilen muß, ohne die er katholische Glaubenslehren nicht vortragen kann. Daß natürlich ein Bischof sich nicht dazu hergeben würde, Modernismus in dem Sinne, wie er wirklich zu verstehen ist, auf kirchlichem Gebiete zuzulassen, das ist selbstverständlich. Wenn je eine Richtung unter den Katholiken sich bilden würde, zurzeit habe ich noch keine entdecken können, die diesem Modernismus huldigt, so würde dieser Modernismus in dem Sinne, wie ich ihn meine, ganz außerhalb des kirchlichen Lehramtes sich stellen, und es würden in einem solchen Falle vor allem Erhebungen darüber angestellt werden müssen, ob eine solche Richtung so stark in Baden vertreten wäre, daß sie einen Anspruch auf die Errichtung eines derartigen Lehrstuhls erheben könnte. Wir bewilligen ja auch Gelder für den Altkatholizismus, wie Sie wissen, im Kultusbudget werden wir daran kommen, und zwar von dem Moment an haben auch wir für die betreffenden Positionen gestimmt, als man seitens der Großh. Regierung durch die Art der Anforderung anerkannt hat, daß er nicht mehr ein Teil der römisch-katholischen Kirche sondern eine eigene Konfession ist. Wir haben früher nur solange dagegen gestimmt, als er den Anspruch erhoben hat, zu uns zu gehören, obgleich er nach den Entscheidungen der kompetenten kirchlichen Behörden nicht zu uns gehörte.

Der Herr Abg. Benedy hat dann darauf hingewiesen, daß die Opfer, die wir für die Universitäten bringen, nicht zu groß seien, und er hat darauf hingewiesen, was insbesondere die kleine Schweiz leistet. Das ist ja zuzugeben, die Schweiz hat verhältnismäßig sehr viele Universitäten, aber sie kommt doch relativ billiger aus wie wir. Die Schweiz hat ein ganz gutes System; es sind hauptsächlich jüngere Kräfte, die auf den Schweizer Hochschulen Verwendung finden, und man fährt deswegen in bezug auf die Ausbildung der Studenten doch nicht schlecht. Wir haben heute im deutschen Reich eine ganze Anzahl Professoren an unseren Hochschulen, die ihre Laufbahn an einer Schweizer

Hochschule begonnen haben. Man hält in der Schweiz schon aus finanziellen Gründen darauf, da man nicht allzu teure Kräfte anstellt, weil man nicht die Mittel dazu hat. Wir haben nun in der Kommission schon darauf hingewiesen, als es sich darum gehandelt hat, das Mißverhältnis aufzuklären, das zwischen den Zuschüssen für Heidelberg und Freiburg besteht, daß das teilweise daher kommt, daß in Heidelberg die Professoren im Durchschnitt besser honoriert werden als in Freiburg, daß sie höhere Gehälter haben. Das ist seitens der Großh. Regierung bekräftigt worden, und auf unsere Frage, wie man das rechtfertigen wolle, hat uns der Herr Regierungskommissar erklärt, in Heidelberg sei es alte Tradition, daß die Fakultäten gewöhnlich Celebritäten ersten Ranges vorschlagen, in Freiburg dagegen seien doch auch mehr jüngere Lehrkräfte. Die Regierung steht also offenbar auf dem Standpunkt, daß dieses sog. Vorschlagsrecht der Fakultät so hochgehalten werden muß, daß Heidelberg immer Celebritäten ersten Ranges haben müsse. Dem gegenüber habe ich schon in der Kommission geltend gemacht, und ich sage es auch hier, daß für ein Land von der Größe Badens, das drei Hochschulen hat, während wir im ganzen Deutschen Reich nur 21 haben, nicht allein das entscheidend sein kann, ob es gerade Celebritäten sind, die berufen werden, sondern es müssen einfach tüchtige Männer sein, und es dürfen recht wohl auch, wie in der Schweiz, junge Kräfte sein, die berufen werden. Denn gerade für das, was die Vorträge in den Kollegien bezwecken sollen, sind die jüngeren Kräfte sehr oft viel geeigneter als die Celebritäten, die schon in reiferen Jahren sind und sich mit ihrer Hauptkraft auf das Bücher schreiben werfen, während ihnen die Vorführung mehr eine lästige Nebenbeschäftigung ist.

Also ich möchte glauben, die Regierung darf im Interesse der Finanzen unseres Landes recht wohl mit dem System brechen, daß es in Heidelberg nur Celebritäten sein sollen. Damit wird dann auch ein Wunsch, den der Herr Kollege Benedey zu meiner Freude ausgesprochen hat, den auch ich in früheren Jahren wiederholt sowohl im Plenum als auch in der Kommission geltend gemacht habe, eher Erfüllung zuteil werden können. Der Herr Kollege Benedey hat nämlich darauf hingewiesen, daß es doch eine behauerliche Tatsache sei, daß unter den Professoren, die im Lande wirken, so außerordentlich wenige badische Landesfinder sind. Ich habe das früher schon hervorgehoben, daß für mich als Badener diese Tatsache eigentlich geradezu eine beschämende Erscheinung ist. Nicht als ob ich irgend welche Animosität gegen Nichtbadener hätte. Das liegt mir vollständig fern, ich weiß mich in der Richtung frei von jeder Kleinlichkeit. Aber ich sage, es ist beschämend für das badische Volk, daß für den akademischen Nachwuchs aus seinen Reihen und an seinen Hochschulen so verhältnismäßig wenig Kräfte hervorgehen. Ich meine, das kann nicht in inneren Gründen liegen, es muß doch auf andere Verhältnisse zurückzuführen sein; denn das badische Volk ist natürlich gerade so begabt und für das wissenschaftliche Studium gerade so geeignet wie jeder andere deutsche Stamm auch. Es müssen hier andere Ursachen vorliegen: Entweder haben unsere jungen Männer, die für den akademischen Beruf geeignet wären, von vornherein die Auffassung — ob berechtigt oder unberechtigt, will ich einmal ununtersucht lassen —, daß es ihnen nicht gelingen wird, daß sie Zurückweisung erfahren könnten, daß die von auswärts berufenen Inhaber der Lehrstühle an der Fakultät, die über ihre

Sabilitation zunächst zu entscheiden hätten, vielleicht doch ihren Landsleuten den Vorzug geben würden, oder es sind nach dieser Richtung schon abschreckende Erfahrungen gemacht worden, oder es schreckt unsere geringere Wohlhabenheit manchen ab, den dornenbollen Beruf des Privatdozenten zu ergreifen. Ich meine nun aber, daß es wirklich, ich möchte sagen, im Interesse unserer Ehre und unseres Rufes als eines bildungsbedürftigen und nach Bildung strebenden Volkstammes ist, daß wir Wert darauf legen und alles daran setzen, badische Landesfinder, soweit sie geeignet sind und gewonnen werden können, an unseren Hochschulen nachgezogen und dementsprechend ganz besonders berücksichtigt werden, genügende Leistungen natürlich vorausgesetzt. Aber wenn das zutrifft, dann dürfen wir allerdings so viel Lokalpatriotismus haben, möchte ich sagen, daß wir diesen Gesichtspunkt betonen.

Vom Herrn Kollegen Benedey ist bereits herbergehoben worden, daß man über die Art der Berufungen teilweise recht abfällige Urteile höre. Ich habe sie auch schon gehört und gelesen, und ich glaube, es ist ganz gut, wenn darauf hingewiesen wird. Ich habe mich über alle diese Ausführungen des Herrn Kollegen Benedey, besonders über das, was er hinsichtlich besserer Berücksichtigung der Badener gesagt hat und darüber, daß manchmal auch verwandtschaftliche oder landsmannschaftliche und andere außerhalb des Gebietes der größeren Wissenschaftlichkeit liegende Rücksichten maßgebend zu sein scheinen, umso mehr gefreut, weil meine ähnlichen Ausführungen, die ich in der Kommission gemacht habe, gerade bei seinen liberalen Freunden, auf jener Seite des Hauses, Widerspruch erfahren haben. Es ist mir ausgelegt worden, wie wenn ich einen Angriff auf die Freizügigkeit der Gelehrtenwelt unternommen wollte, obgleich das von mir nicht beabsichtigt war. Ich möchte hoffen, daß, nachdem jetzt auch der Herr Kollege Benedey sich in ähnlichem Sinn geäußert hat, unser Bestreben, unser notwendiges Bestreben, daß badische Kräfte auch etwas herangezogen werden, künftig nicht so kritisch und ablehnend von jener Seite des Hauses behandelt wird.

Wie kann nun aber dem Übelstande, daß bei uns der Zugang zum akademischen Lehrberuf so gering ist, abgeholfen werden? Ich habe mir erlaubt, schon in der Kommission die Meinung zu äußern, daß es irgend welche Mittel geben muß. Ich glaube, dadurch, daß man an badische Privatdozenten vielleicht Stipendien gibt, daß man da und dort einmal einen Lehrauftrag gibt, namentlich wenn es sich um talentvolle, begabte, leistungsfähige Kräfte handelt, könnte man schon manches tun. Ich möchte aber auch glauben — und das führt mich zu einem anderen Punkt —, daß die Großh. Regierung sich bezüglich der Ausübung des sog. Vorschlagsrechts der Fakultäten etwas energischer ihrer Verantwortung bewußt werden muß, als es bisher der Fall gewesen zu sein scheint. Der Herr Staatsminister hat ja heute auch ausgeführt, daß dieses Vorschlagsrecht nur eine alte Übung sei. Das ist ganz richtig, es ist eine alte Übung, es ist überhaupt kein Recht. Ich bin aber der Meinung, seit die Universitäten nicht mehr allein aus ihren Stiftungsmitteln unterhalten werden, wie das ja bis vor 100 Jahren noch der Fall gewesen ist, seit der Aufwand für die Universitäten ganz überwiegend aus Steuermitteln aufgebracht wird, hat die Großh. Regierung die Verpflichtung, sich gerade gegenüber diesem sogenannten Vorschlagsrecht, gegenüber dieser „Übung“, sehr kritisch zu verhalten. Nicht das darf unter allen Umständen ausschlaggebend

sein, was die Fakultäten vorschlagen, sondern was das Bedürfnis erheischt und was das Landesinteresse erheischt. Da möchte ich nun darauf hinweisen, daß auch bei Besetzung von Professuren die Großh. Regierung der Volksvertretung gegenüber sich nicht des Prüfungsrechts darüber entschlagen kann, ob wirklich bei Berücksichtigung der Vorschläge, die von den Fakultäten gemacht sind, allen Landesinteressen, allen berechtigten Ansprüchen und Bedürfnissen gedient ist, ob nicht auch andere ebenso geeignete oder vielleicht geeignetere Kräfte da sind, ob nicht vielleicht der eine oder andere Badener da ist, oder was sonst für Gesichtspunkte man da nennen kann. Denn das wissen wir doch auch, daß es z. B. Leuten, die nicht einer bestimmten herrschenden Richtung angehören — nicht bloß in der theologischen Fakultät, es ist auch in anderen Fakultäten so, ich darf nur an die Geschichtsprofessuren erinnern, auch im Gebiete der Naturwissenschaft ist es so —, kaum möglich ist, auf eine Vorschlagsliste zu kommen. Ich glaube aber, gerade im Interesse der Freiheit der Wissenschaft ist es gelegen, daß an den Hochschulen alle Richtungen vertreten sind, und deswegen sage ich: Die Volksvertretung muß verlangen, daß die Regierung sich nicht einfach unter allen Umständen mit dem Vorschlagsrecht der Fakultäten entschuldigt, sondern die Volksvertretung hat angefangen der reichen Mittel, die sie bewilligt, das Recht darauf und allen Grund, darauf zu halten, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden und daß allen großen Strömungen und Richtungen im Land entsprechende Rücksicht getragen wird, ganz gleichgültig, ob nun einer das Glück gehabt hat, auf die Vorschlagsliste einer Fakultät zu kommen.

Aus diesem Gesichtspunkte kann ich dasjenige, was der Herr Kollege Gierich über die Besetzung der zwei theologischen Professuren in Heidelberg ausgeführt hat, nur als vollständig zutreffend erklären, und dem Herrn Staatsminister ist es meines Erachtens nicht gelungen, die Beschwerden des Herrn Kollegen Gierich zu entkräften. Die große Zahl der orthodoxen Evangelischen hat meines Erachtens ein Recht darauf, für die Heranbildung ihrer Geistlichen auch Professoren ihrer Richtung im Lande zu haben, und die Regierung hat die Pflicht, diesem Bedürfnisse Rechnung zu tragen, ohne Rücksicht darauf, ob die theologische Fakultät sich dazu herbeiläßt, Theologen positiver Richtung auf ihre Vorschlagsliste aufzunehmen oder nicht.

Was die Kollegiengeelder betrifft, so ist das, worauf der Herr Kollege Beneden hingewiesen hat, in der That ein alter Mißstand, und es ist ganz richtig, was er ausgeführt hat. Wenn es anders zu machen wäre, würde auch ich es unterstützen. Aber ich weiß, es kann ein Land allein das nicht machen, sondern das muß natürlich von allen deutschen Staaten zusammen gemacht werden. Wenn aber die badische Regierung dazu übergehen wird, bei den anderen Staaten dahin zu wirken, daß mit diesem Kollegiengeeldsystem gebrochen wird, daß die Kollegiengeelder verhältnismäßig unter alle Inhaber der Lehrstühle verteilt werden, so würde ich das für einen großen Fortschritt halten, denn es ist und bleibt ein Unrecht, daß die Vertreter derjenigen Fächer, die nur wenige Zuhörer haben und naturgemäß haben müssen, nur ein minimales Kollegiengeld bekommen, auch wenn sie die hervorragendsten wissenschaftlichen Kapazitäten sind, während andere, welche Disziplinen lehren, die Hunderte von Studierenden hören müssen, im Verhältnis zu ihren Kollegen sehr große Summen von Kollegiengeldern bekommen, obgleich sie vielleicht recht wenig leisten. Ich möchte deshalb die Großh. Regierung bitten, der Frage

näher zu treten. Ich halte es nicht für notwendig, daß es immer ein Großstaat sein muß, der derartige Neuerungen anregt, es wird auch einmal ein kleinerer Staat die Initiative ergreifen und bei den größeren Staaten dahin wirken dürfen, daß ein derartiger Fortschritt erstrebt wird. Und es wäre ein Fortschritt! (Beifall im Zentrum).

Abg. Reimann (natl.): Ich bedauere lebhaft, das Ohr des Hauses noch einmal in Anspruch nehmen zu müssen. Aber nach dem, was der Herr Abg. Kopf gesprochen hat, halte ich es für unbedingt notwendig, den Standpunkt unserer Seite nochmals festzulegen. Ich will mich auf zwei Punkte beschränken.

Was zunächst die Frage des badischen Dozenten anbelangt, so muß man sich nicht bloß an den gegenwärtigen Stand halten sondern auch an den zukünftigen. Man muß also auch die jungen Kräfte einbeziehen, welche noch in der Vorbereitung sind. Und da habe ich nicht bloß die Empfindung, sondern ich weiß, daß die Zahlen ganz andere sind als bei den ordentlichen Professoren, daß wir also unter dem jungen Nachwuchs nicht nur in Baden sondern auch außerhalb Badens eine ganze Reihe badischer Landesfinder haben. Außerdem muß man auch in Betracht ziehen, daß unter den Professoren der außerbadischen Universitäten eine recht große Anzahl von Badenern sich befindet, und daß das Bild durchaus einseitig wird, wenn man nur die badischen Verhältnisse in Betracht zieht. Wir haben nicht erst heute, sondern vor zwei Jahren und vor vier Jahren ausführlich über diese Sache gesprochen, und wir haben damals schon von hier aus ausgeführt, daß bei aller Sorge für unsere badischen Landesfinder, die auch uns am Herzen liegt, die Freizügigkeit unter den deutschen Universitäten ein so kostbares Gut ist, daß wir daran unter allen Umständen festhalten wollen (Lebhafte Zustimmung links), im Interesse der Wissenschaft selbst, im Interesse ihrer Lehre und auch im Interesse der Schüler, weil wir eben davon ausgehen, daß wir an unsere Universitäten nur die allerbesten und tüchtigsten Kräfte berufen.

Die Bemerkung des Herrn Kollegen Kopf über das Vorschlagsrecht der Fakultäten geht auf weiter nichts hinaus, als dieses Vorschlagsrecht vollständig zu zerstören (Sehr richtig! links). Er hat nicht gesagt, die Regierung solle sich bei der Auswahl — nicht bloß hinsichtlich der Frage, ob Badener oder Nichtbadener — an die Vorschläge der Fakultäten überhaupt nicht kehren, und ebenso auch hinsichtlich der Vorschläge der Heidelberger Theologen, sondern er hat direkt ausgesprochen, die Regierung solle auch gegen die Vorschläge der Fakultäten die Stellen so besetzen, wie es ihr gut dünke. Die letzte Entscheidung hat er in die Hände der Volksvertretung gelegt. Ich möchte aber von meinem Standpunkte aus eine derartige Entscheidung rundweg ablehnen. Hier entscheiden, das können wir nicht, aus hundert Gründen nicht! Wer von uns will die letzte Entscheidung darüber treffen, welche Persönlichkeit hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Leistungen für diese oder jene Stelle geeignet ist? (Sehr richtig! links.) Wir müssen also hier durchaus an dem festhalten, was wohl erworbenes historisches Recht geworden ist, und ich meine, Sie auf jener Seite des Hauses (zum Zentrum) hätten auch eine gewisse Veranlassung, historisch Gewordenes nicht einfach über Bord zu werfen aus Anlaß von vorübergehenden Erscheinungen, die Ihnen un bequem sind (Sehr gut! links). Wir wollen daran fest-

halten, denn im großen und ganzen sind unsere Hochschulen mit der bisherigen Art der Besetzung durchaus gut gefahren. (Sehr richtig! links). Denn wenn wir heute mit Stolz von dem Stand der deutschen Wissenschaft sprechen, so ist der unlöslich gebunden an den Bestand von deutschen Professoren, den wir bisher gehabt haben. Wie wir bisher gewirtschaftet haben, ist gut gewesen, es hat unsere Hochschulen auf einen Stand außerordentlicher Blüte geführt, und wir sehen gar keinen Grund, warum an der Grundlage dieser Blüte gerüttelt werden soll. (Lebhafter Beifall links).

Abg. Kopf (Zentr.): Die Ausführungen des Herrn Kollegen Rebmann nötigen mich zu einer ganz kurzen Erwiderung.

Der Herr Kollege Rebmann hat geglaubt, meine Ausführungen seien dahin zu verstehen, daß das sog. Vorschlagsrecht der Fakultäten ganz abgeschafft werden solle. Das habe ich nicht gesagt. Daß die Fakultäten sich gutachtlich äußern sollen, ist auch meine Meinung, und ebenso, daß die Regierung dem Votum einer solchen Körperschaft tunlichst Rücksicht trägt. Ich habe aber gesagt, die Regierung dürfe nicht so weit gehen, daß sie meint, sie sei an diese Vorschläge gebunden, denn die letzte Verantwortung trage sie und trage sie auch gegenüber der Volksvertretung.

Wenn wir nun die Tatsache wahrnehmen müssen, daß in manchen Wissenszweigen Vertreter einer bestimmten Richtung absolut einseitig ausgeschlossen werden, niemals auf der Vorschlagsliste erscheinen, dann, so habe ich gesagt, kann und wird für die Regierung die Pflicht erwachsen, unter Umständen auch einmal über solche Vorschläge und über das sog. Vorschlagsrecht hinwegzuschreiten (Zustimmung im Zentrum), denn die Regierung hat als oberste Wahrerin der Landesinteressen das Bedürfnis und das Interesse des Landes und seiner Bewohner im Auge zu haben, und für die Interessen des Landes und deren Wahrung ist sie der Volksvertretung verantwortlich (Beifall beim Zentrum).

Das war der Sinn und, wie ich glaube, auch der deutliche Wortlaut meiner Äußerungen. Mit dieser Feststellung glaube ich mich begnügen zu sollen.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm: Es sind neben einigen Spezialfragen auch einige grundlegende allgemeine Fragen in die Debatte gezogen worden, die ich mit einigen Worten beantworten muß.

Zunächst hat der Herr Abg. Dr. Koch darauf hingewiesen, daß unter den badischen Privatdozenten und außerordentlichen Professoren und ebenso unter den Assistenten eine Bewegung sich geltend macht, die einmal ihre materielle Sicherstellung bezweckt und zweitens einen gewissen Einfluß auf die Universitätsverwaltung erstrebt. Das ist eine der allerwichtigsten Fragen der ganzen Universitätsverwaltung; sie ist ja wiederholt in diesem hohen Hause zur Sprache gekommen, und ich kann heute auch nur öfters Gejagtes wiederholen. Es handelt sich darum, die Elemente zufriedener zu stellen, aus denen der Regel nach die ordentlichen Professoren hervorgehen. Wenn die Regierung so weit gehen wollte, wie das hier von dem Herrn Abg. Dr. Koch angedeutet worden ist, die außerordentlichen Professoren und die älteren Privatdozenten finanziell so zu stellen, daß sie ein auskömmliches Dasein hätten, dann könnten sich die Hochschulen der Privatdozenten und außerordentlichen

Professoren überhaupt nicht mehr erwehren. Die Privatdozenten sind keine von der Regierung berufenen Beamten, ihr Zugang ist vollständig frei und den Fakultäten überlassen. Wenn irgendwo in einem Berufe es gilt, daß nur der Ausgezeichnete sich Bahn bricht und Bahn brechen soll, und daß nur der Ausgezeichnete Lehrer und Führer des Volkes sein soll, dann ist es der Beruf des Hochschulprofessors. Der Weg zu diesen Zielen ist schwer, aber man muß, glaube ich, die Grausamkeit in Kauf nehmen, die darin liegt, daß so und so viele an sich nicht untüchtige Privatdozenten und Extraordinarien entweder ein unbefriedigtes Dasein führen, weil sie nicht weiterkommen, oder durch die Macht der Verhältnisse genötigt werden, ihren Beruf zu verlassen. Wenn die Regierung dazu übergehen wollte, alle die Herren sicherzustellen, dann würde die Mittelmäßigkeit auf den Hochschulen einziehen, das wäre die Vernichtung der Hochschulen überhaupt! (Zustimmung.)

Aber anzuerkennen ist, was der Herr Abg. Dr. Koch weiter gesagt hat, daß die Vermehrung der Professuren nicht Schritt gehalten hat mit dem Anwachsen der Aufgaben des akademischen Unterrichts. Das trifft trotz der nicht zu unterschätzenden Seminartätigkeit nicht sowohl zu für die Fakultäten, in denen der Schwerpunkt in den Vorlesungen liegt, also für die theologische, juristische, philosophische, es trifft hauptsächlich zu für die medizinische Fakultät und die Naturwissenschaften. Da ist es notwendig, um die Studierenden in die praktische Arbeit der Kliniken und Institute einzuführen und den Dienst in diesen Anstalten aufrecht zu erhalten, daß dem Professor ein Stab von Assistenten zur Seite steht. Wir haben nun, seitdem auf dem letzten Landtag die Wünsche der Assistenten vorgetragen worden sind, die Assistenten wesentlich besser gestellt. Aber trotz dieser Besserstellung — die im normalen Fall mit 2500 M., in außergewöhnlichen Fällen mit 3000 M. schließt — kann es sich natürlich hier nicht um Lebensstellungen handeln, und die Grob. Regierung will nicht und wünscht nicht, daß die Assistenten viele Jahre lang in ihrer Tätigkeit bleiben. Die Assistenten an den Hochschulen soll dazu dienen, brauchbare und tüchtige Leute heranzubilden nicht nur für den akademischen Beruf sondern auch für das praktische Leben; und ich glaube, gerade in der medizinischen Fakultät hat es sich als durchaus förderlich erwiesen, daß Herren, die als Assistenten an den großen Kliniken tätig waren, dann Stellen an den Gemeindepitälern übernommen haben oder daß sie in die Privatpraxis übergegangen sind. Ähnliches gilt für die Chemiker und andere Naturwissenschaftler. Es kann ja vorkommen und es ist vorgekommen, daß insbesondere ältere Professoren, um sich zu entlasten, Assistenten viele Jahre lang beibehalten haben, das ist natürlich möglich, das ist vielleicht ab und zu durch die Verhältnisse geboten — in solchen Fällen wird die Grob. Regierung auch niemals mit den Mitteln zurückhalten — aber wir wollen nicht befördern, daß sich derartige Zustände als Regel herausbilden, daß tatsächlich die Aufgabe des Professors allmählich auf die Assistenten hinübergeleitet wird. Also soweit Arbeit von den Assistenten verlangt wird, werden sie wie andere junge Beamten dafür bezahlt.

Zudem hat die Grob. Regierung dadurch, daß sie in sehr ausgiebiger Weise an Privatdozenten und an Extraordinarien Lehraufträge erteilt, dafür gesorgt, daß auch Spezialitäten, die bisher noch nicht von etatmäßigen

Professoren vertreten werden, aber für die Vollständigkeit des Unterrichts erwünscht sind, behandelt werden, und es so ermöglicht, daß hier Leute abwartend in erträglicher Position solange an unsern Hochschulen verweilen können, bis sie einen Ruf bekommen. Hier kann es sich aber nur um bescheidene Bartegelber handeln, wir wollen nicht den Zugang in die akademische Laufbahn durch Maßnahmen vermehren, die den Anschein erwecken könnten, als sei hier auch Raum für solche, die nicht die Kraft und die Fähigkeit besitzen, sich durchzusetzen. Ich will ja gerne zugeben, daß auch der tüchtige Privatdozent ab und zu mit Unrecht übergangen wird, daß manchmal auch einer verkannt wird, das gehört zu den Grausamkeiten, die gerade der akademische Beruf so häufig mit sich bringt. Aber ich glaube, in der Mehrzahl der Fälle wird es, wenn ein Privatdozent sich nicht durchzusetzen vermag, daran liegen, daß er nicht die originelle Kraft des Geistes und des Schaffens hat. In solchen Fällen ist es am besten, wenn er die akademische Laufbahn so bald als möglich aufgibt. Die Regierung hat keinen Anlaß, solche Elemente durch Honorierung ihrer nicht erbetenen Dienste zu halten.

Ich komme nun zu dem zweiten allgemeinen Punkt, den der Herr Abg. Schofer behandelt hat, zu der Entwicklung des Hochschuletats. Da muß ich ja unbedingt zugeben: Die rasche Steigerung des Hochschuletats in den letzten 10 Jahren, wie sie uns der Herr Abg. Schofer vorgeführt hat, hat etwas Erschreckendes. Aber ich darf darauf hinweisen, daß es nicht allein die Hochschuletats sind, die in diesem Zeitraum eine solche Steigerung aufweisen, auch sonst finden wir gerade in den letzten 10 Jahren diese aufsteigende Tendenz, nicht nur nach der Seite des persönlichen Aufwandes, sondern auch nach der des sachlichen Aufwandes hin; überall haben wir es mit erhöhten Löhnen, Materialpreisen, Heizungs- und Beleuchtungskosten usw. zu tun, und außerdem haben wir auch damit zu rechnen, daß in den letzten 10 Jahren eine Reihe von Neubauten erstellt worden sind, deren Betrieb selbstverständlich mehr Geld kostet als der Betrieb der früher bestehenden kleineren Institute.

Nun hat der Herr Abg. Schofer ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß die ungleich bemessenen Etats von Freiburg und von Heidelberg in den letzten 10 Jahren eine Ausgleichung zugunsten Freiburgs keineswegs aufwiesen, daß im Gegenteil Heidelberg in dieser Zeit nochmals um 30 000 M. Freiburg voraus gekommen sei. Das ist ganz richtig, aber derartige Vergleichen der Endsummen sind sehr gefährlich und trügerisch. Die Erhöhung der Heidelberger Staatsdotationen ist wesentlich durch das akademische Krankenhaus bedingt, das jetzt ein Aversum von 299 000 und etliche Mark, also rund 300 000 M. erfordert, während das klinische Hospital in Freiburg nur einen erheblich geringeren Aufwand erfordert. Wenn der Herr Abg. Schofer aber die einzelnen Positionen, etwa die Gehalte der etatmäßigen Professoren oder die Institutsaverse vergleichen will, dann wird er bemerken, daß bei diesen vergleichbaren Positionen Freiburg in dem letzten Jahrzehnt ganz andere Erhöhungen aufzuweisen hat als Heidelberg. Ich glaube eben, man darf bei so komplizierten Verhältnissen nicht nur die Schlussummen betrachten.

Das gilt auch von der Vergleichung, die uns der Herr Abg. Schofer darüber gegeben hat, welchen Staatszuschuß die einzelnen deutschen Universitäten ausgerechnet

auf den Kopf der Studierenden erfordern. Bei seiner Darstellung fehlt der gemeinschaftliche Maßstab, das hat auch der Abg. Schofer anerkannt. Sie können auf Grund der Darstellung, die im Bericht der Budgetkommission gegeben ist, sehr leicht und in sehr einfacher Weise ausrechnen, wie etwa die einzelne deutsche Hochschulverwaltung wirtschaftet, wenn sie die Gesamtausgabe durch die Zahl der Studierenden dividieren, dann kommen sie darauf, wieviel der einzelne Studierende wirklich kostet. Ob die Einnahmen, aus denen dieser Aufwand bestritten wird, aus Stiftungen der Hochschulen oder aus Staatsdotationen herrühren, und wie sich der Aufwand auf diese Einnahmequellen verteilen, kommt für die Frage, ob die Hochschule teuer oder billig wirtschaftet, nicht in Betracht. Die erwähnte Rechnung wird Ihnen aber, wenn Sie sich dieser Mühe unterziehen, beweisen, daß wir, sowohl was Heidelberg als was Freiburg anbelangt, von allen Staaten im Deutschen Reich fast am billigsten wirtschaften und daß wir, worauf ja auch schon der Herr Abg. Schofer hingewiesen hat, auch die Vergleichung mit der Schweiz nicht zu fürchten brauchen.

Eine weitere sehr wichtige Frage ist von verschiedenen Herren behandelt worden, die Berufungsfrage. Auf diese Frage möchte ich nicht im einzelnen eingehen, sondern nur wiederholen, was seine Excellenz der Herr Staatsminister in verschiedenen Verhandlungen des hohen Hauses schon gesagt hat: Die badische Unterrichtsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß unter allen Berufungssystemen kein besseres gefunden werden kann als das in Baden hergebrachte, nämlich das, daß im wesentlichen nach den Vorschlägen der Hochschule gewählt wird. Selbstverständlich kann sich die Regierung niemals der Pflicht entziehen, die Vorschläge zu prüfen, aber ich habe bei den Ausführungen der verschiedenen Herren Redner vergeblich auf die Angabe eines einzelnen Falles gewartet, in dem an einer badischen Hochschule ein Mißbrauch des Vorschlagsrechts, eine Bevorzugung aus verwandtschaftlichen oder anderen Rücksichten vorgekommen wäre. Ich gebe unbedingt zu, daß auch das Berufungssystem, wie wir es heute haben und wodurch nach meiner Überzeugung die badischen Hochschulen groß geworden sind, Mängel aufweisen kann und daß auch dauerliche Mißgriffe da und dort schon vorgekommen sind; alle menschlichen Einrichtungen unterliegen solcher Mängeln, aber ich glaube, daß ein anderes und besseres System nicht vorhanden ist, und vor allem in dem nicht zu finden ist, was der Herr Abgeordnete Kopf vorgeschlagen hat. Die badischen Hochschulen muß ich dagegen entschieden in Schutz nehmen, daß sie ihr Vorschlagsrecht mißbräuchlich ausgeübt haben. Die hohe Blüte unserer Hochschulen, die heute in dem hohen Hause von allen Seiten anerkannt worden ist, beruht auf den hervorragenden Gelehrten, die wir dem bestehenden Berufungsverfahren danken und darauf, daß von unsern Hochschulen das Vorschlagsrecht in der gewissenhaftesten und sachlichsten Weise gehandhabt wird. Die Regierung hat bis jetzt keinen Grund gehabt, in dieses herkömmliche Vorschlagsrecht wegen mißbräuchlicher Anwendung einzugreifen.

Wenn nun von verschiedenen Rednern bebauert wurde, daß das badische Element in den Lehrkörpern der badischen Hochschulen so sehr zurücktrete, so kann ich nur auf das hinweisen, was der Herr Abg. Rebmann gesagt hat; wenn Sie sich die Mühe nehmen wollen, in der Schrift von Eulenburg über den akademischen Nachwuchs zu vergleichen, wie viele badische ordentliche Professoren, wie viele etatmäßige außer-

ordentliche Professoren und wie viele Privatdozenten zur Zeit an deutschen Hochschulen lehren, dann werden Sie finden, daß der badische Anteil an den bevorzugten ordentlichen und etatmäßigen außerordentlichen Professoren dem entspricht, was Baden nach dem Zugang badischer Privatdozenten in Anspruch nehmen kann, ja daß sich dieser Anteil in den letzten Jahrzehnten über dieses Verhältnis gehoben hat; und darin kann ich dem Herrn Abg. Rebmann nur zustimmen, dieses Verhältnis wird sich nach dem Zugang unserer badischen jungen Gelehrten zur akademischen Laufbahn in der letzten Zeit noch weiter verbessern. Wenn Sie mich fragen, warum sich badische Gelehrte vielfach an außerbadischen Universitäten habilitieren, so kann ich darauf keine Antwort geben. Aber ein Unglück ist diese mit der Freizügigkeit der Studierenden zusammenhängende Erscheinung nicht. Sie dürfen sicher sein, daß die Großh. Regierung derartige allgemeine Hochschulfragen mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt und daß sie ihrerseits immer gern bereit ist, einem bedeutenden badischen Gelehrten den Vorzug vor einem andern zu geben, wenn die Verhältnisse gleich liegen und wenn außerdem die Fakultät sie vorschlägt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß gerade bei der heute so vielfach und heiß umstrittenen Frage der Besetzung der theologischen Fakultät Heidelberg die Großh. Regierung mit der größten Freude einen Badener wieder in das Land zurückgerufen hat, weil sie glaubte, daß es gerade für das kirchliche Leben des Landes nur von Segen sein könne, wenn ein Gelehrter zurückkommt, der die badischen kirchlichen Verhältnisse als badisches Landeskind genau kennt.

Nun ist weiter darauf hingewiesen worden, daß in einer Rede des derzeitigen Rektors von München die Mängel unseres heutigen Hochschulwesens freimütig aufgedeckt worden seien, und daß der Herr Rektor dort sich über die mangelhafte Vorbildung der Studenten beklagt hat. Ich weiß ja nun nicht, inwieweit das zutrifft. Aber ich kann diese Klagen eines Universitätsprofessors begreifen, ohne daß ich ein Verdikt über die Mittelschulen fällen müßte. Es ist eben für die Herren Universitätsprofessoren jetzt das Dozieren gegenüber früher erheblich erschwert. Früher war der ganze Zugang zu den Universitäten an die Absolvierung des Gymnasiums geknüpft. Heute kommen auf die Universitäten, und zwar in alle Fakultäten, Gymnasialabiturienten, Realgymnasialabiturienten, Oberrealschulabiturienten, und ich glaube, es ist eine große und schwierige Aufgabe, eine Aufgabe, der sich übrigens unsere Professoren mit der größten Mühe und Pflichttreue unterziehen, dieses verschiedenartige Studentenmaterial in den Wissenschaften gleichmäßig weiter zu führen. Aber das kostet Mühe und Arbeit, und daß manchem von den Herren das etwas sauer wird und er die früheren Zeiten herbeiwünscht, das kann ich ihm durchaus nicht verdenken. Im allgemeinen glaube ich aber, wir dürfen aus einer derartigen Erscheinung, und wenn der Herr Rektor von München sie auch noch so sehr mit Beispielen belegen kann, noch nicht darauf schließen, daß sie auf eine allgemeine Minderwertigkeit der Vorbildung zurückzuführen ist, sondern es handelt sich um schwierige Uebergangsverhältnisse, die es zu überwinden gilt.

Es ist dann weiter ein Ausgleich der Kollegengelder angeregt worden. Das ist eine Frage, die sehr schwierig ist. Ich kann Ihnen versichern, daß, wenn die badische Regierung sie in Behandlung nehmen und mit den anderen Regierungen beraten würde, wir

gewiß finanziell nicht besser durchkämen. So wie die Dinge heute liegen, sind die bestehenden Ungleichheiten nicht zu beseitigen, und ich glaube, wir sollten uns den Kopf solange darüber nicht zerbrechen, als tatsächlich die Mehrheit der allein betätigten Hochschuldozenten mit dem heutigen Zustand zufrieden ist und jeden Eingriff in diese Frage, wie ihn ja Preußen unternommen hat, als einen Eingriff in interne akademische Angelegenheiten von der Hand weist. Wir können ganz ruhig warten, bis die Beteiligten selbst sagen, wir wollen eine andere Einrichtung.

Der gleichen Ansicht bin ich auch hinsichtlich der Stellung der Privatdozenten und außerordentlichen Professoren zur Verwaltung der Hochschulen. Mit dieser Frage haben sich unsere beiden Universitäten — ob es bei der Technischen Hochschule schon soweit ist, weiß ich nicht — befaßt. Die Sache ist dem Ministerium noch nicht unterbreitet worden; die badische Regierung wird aber gern entgegenkommen, wenn ein Antrag auf eine beschränkte Beteiligung der Privatdozenten an der Verwaltung der Hochschulen von den Senaten beantragt wird. Wir wollen aber nicht mit rauher Hand in diese Institutionen hineingreifen und irgend etwas unternehmen, was Verwirrung und Schaden stiften könnte.

Der Herr Abg. Benedey hat auf das segensreiche Wirken der Volkshochschulen in Skandinavien hingewiesen. Wir brauchen nicht so weit zu gehen. Diese Volkshochschulbewegung besteht auch bei uns in Baden, und ich kann darauf hinweisen, daß die Hochschulprofessoren sich gern in den Dienst dieser schönen Aufgabe gestellt haben. Speziell für Karlsruhe ist es mir eine Freude, feststellen zu können, daß die Professoren der Technischen Hochschule in den Volkshochschulkursen des Vereins „Volkshochschule“ Vorbildliches leisten, wie es sich aus der immer steigenden Frequenz dieser Kurse ergibt. Die Studentenkurse fürs Volk, von denen der Herr Abg. Benedey auch gesprochen hat, möchte ich doch etwas kritischer betrachten. Es ist gewiß außerordentlich lobenswert und zeugt von dem Idealismus der studentischen Jugend, daß sie Fühlung sucht mit dem Volk und daß sie ihr Wissen dem Volke vermitteln will. Aber ich halte dieses Unternehmen nicht für unbedenklich: Volkshochschulkurse sind nach meinem Dafürhalten nur dann gut und empfehlenswert, wenn sie dem Volke das Beste bieten, und in jeder Wissenschaft kann nur der wirklich Gutes vortragen, der in dieser Wissenschaft Meister ist. Es will mir scheinen, daß junge Studenten als selbständige Lehrer für das Volk noch nicht taugen, auch in Dingen, die nicht zur hohen Wissenschaft sondern zu einer allgemeinen Bildung gehören. Übrigens sind diese Herren, die diese Kurse veranstalten, noch niemals an die Regierung mit Wünschen herangetreten.

Der Herr Abg. Kopf hat eine Äußerung, die ich in der Budgetkommission getan habe, offenbar etwas falsch verstanden. Er hat davon gesprochen, daß ich gesagt hätte, in Heidelberg würden traditionell nur Zelebritäten vorgeschlagen und berufen. Ich habe damals ausgeführt, daß der bestehende Unterschied in dem Gehaltsstat der beiden Universitäten darauf zurückzuführen sei, daß Heidelberg von langer Zeit her als eine der vornehmen deutschen Universitäten gelte, an denen die Professoren den Abschluß ihrer akademischen Karriere sehen. Selbstverständlich sei der Gehalt der älteren Professoren, die bis an ihr Lebensende in Heidelberg bleiben, höher als der der rascher wechselnden Professoren in Frei-

burg. Ich habe aber keineswegs gesagt, daß die Regierung etwa für die Zukunft in Heidelberg nur Celebritäten und in Freiburg nur junge Gelehrte berufen wolle. Die Regierung stellt sich an den beiden Universitäten auf den Boden der Vorschläge, und soweit es die finanziellen Mittel der Hochschulen ermöglichen, sucht sie diesen Vorschlägen gerecht zu werden.

Die Mittel, die der Herr Abg. Kopf angeführt hat, um junge Dozenten, hauptsächlich Badener, in die Professuren hereinzubringen, nämlich die Privatdozentenstipendien usw., fallen unter das Kapitel, das ich schon zum Anfang bei der Stellung der Privatdozenten und der Extraordinarien behandelt habe; ich will darauf nicht weiter eingehen, ich kann meine Ansicht durchaus nicht teilen.

Ich kann mich nun zu den einzelnen Wünschen wenden und zunächst mit Heidelberg beginnen. Der Herr Abg. Koch hat auf die Mängel des akademischen Krankenhauses hingewiesen. Das ist eine parallele Erscheinung zu dem, was der Herr Abg. Fehrenbach vorher über das klinische Hospital in Freiburg angeführt hat. Die Regierung verkennt keineswegs, daß sowohl das Heidelberger akademische Krankenhaus wie auch das klinische Hospital in Freiburg nicht mehr auf der modernen Höhe stehen, und sie erkennt durchaus die Notwendigkeit an, daß hier bald eine Abhilfe geschaffen werden muß. Ich muß nur bestreiten, daß dadurch irgendwie der Glanz der medizinischen Fakultäten bisher gelitten hat oder in naher Gefahr ist zu leiden. Wir haben in Heidelberg in dem berühmten Internisten einen Mann, der auch in diese alte Klinik die Patienten zieht und ziehen wird; denn die Patienten kommen wegen des Arztes und nicht wegen der Schönheit des Zimmers. Aber das gebe ich ohne weiteres zu, es muß sowohl in Heidelberg wie in Freiburg etwas energisches geschehen, um die Krankenhäuser auf der Höhe zu halten. Nur möchte ich glauben, daß den Medizinern recht zu gehen ist, die sagen: Da sollten doch die Städte eintreten, die den Hauptvorteil von den Universitäten und den Kliniken haben. Von Freiburg haben wir gehört, daß die Stadt uns sehr weit entgegenkommt, allerdings liegt dort die Sache so, daß das Freiburger klinische Hospital keine rein städtische Anstalt ist, sondern auf klinischen Spitalstiftungen beruht, die wohl durch das Stiftungsgesetz in die Verwaltung der Stadt gekommen sind und von denen wir uns freuen dürfen, daß sie in die Verwaltung der Stadt gekommen sind, denn diese Verwaltung ist musterhaft. Die Stadt Freiburg hat uns dadurch genügt, daß sie eine Reihe von Instituten, die der Herr Abg. Fehrenbach aufgezählt hat, uns gegen die Verzinsung der Bausumme erstellte, so daß wir über die schlimmsten Dinge hinweggekommen sind. Es ist aber doch interessant, wenn ich Ihnen sage, Freiburg wie Heidelberg haben überhaupt keinen Krankenaufwand. In Heidelberg beschränkt er sich auf die Unterhaltung des Pfriundnerhauses, aber einen eigentlichen Krankenaufwand hat Heidelberg nicht. Wenn man aber sieht, daß Mannheim schon vor Erstellung des neuen Krankenhauses 219 000 M. jährlich ausgibt, daß die Stadt Karlsruhe, ohne die Verzinsung für das neue Krankenhaus, 117 000 M. ausgibt, daß Pforzheim etwa 77 000 M., Konstanz 36 000 Mark usw. aufwenden, so wird man doch zugeben müssen: Hier liegen tatsächlich für eine Universitätsstadt erhebliche Vorteile. Wir haben deswegen auch

nicht ermangelt, gerade bei Heidelberg anzufragen, ob nicht eine Beteiligung der Stadt zu erwarten ist. Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben in dieser Frage bis jetzt kein Glück gehabt. Wir werden aber gerne die Anregungen in diesem hohen Hause benützen, der Stadt Heidelberg wieder zu sagen, daß auch die Landstände wünschten, daß bei dieser Aufgabe der Hochschule, die auch eine Aufgabe der Gemeinde erfülle, die Stadt sich beteiligen solle.

Hinsichtlich der vom Herrn Abg. Koch gewünschter Zimmer für Privatpatienten muß ich sagen: Wenn wir es machen können, begrüße ich es; aber immerhin ist das eine Frage, die nicht so dringend ist. Es handelt sich zunächst darum, daß wir unsere Patienten dritter Klasse in den Kliniken gut unterbringen. Wenn ich also zugebe, daß wir es hier mit Missetänden, und zwar mit recht schweren Missetänden zu tun haben, so bin ich doch der frohen Hoffnung, daß die ausgezeichneten Kräfte, die wir in den medizinischen Fakultäten Heidelberg und Freiburg besitzen, uns und die Universitäten über diese derzeitigen Schwierigkeiten hinweghelfen werden.

Hinsichtlich der psychiatrischen Klinik in Freiburg hat der Abg. Schofer die Frage der Wärter berührt, die vorher auch der Herr Abg. Fehrenbach erwähnt hatte. Nun liegt hier eine Petition der Wärter der psychiatrischen Klinik in Freiburg vor. Ich möchte der Behandlung derselben nicht vorgreifen. Es dürfte aber von Interesse sein, daß ich über diese Petition folgendes sage: Der Unterschrift der Petition hat es nicht für notwendig gehalten, vorher der Direktion oder dem Ministerium seine Wünsche vorzutragen. Wir waren also überrascht, wie wir die Petition gesehen haben, auch die Direktion der psychiatrischen Klinik war überrascht. Es ist das ein ganz neues Verfahren. Das Verfahren ist aber auch insofern merkwürdig, als der betreffende Herr unterschreibt: „Im Auftrag der Wärter der psychiatrischen Klinik“. Er ist aber nicht beauftragt von allen diesen Wärtern, sondern nur von einem Teil und zwar von den jüngeren. Was nun den Inhalt der Petition anlangt, so will ich nur auf den einen Punkt eingehen, der heute vorgebracht worden ist, den der etatmäßigen Anstellung. Es ist sehr einfach einzusehen, daß wir eine Gleichstellung der Wärter der psychiatrischen Kliniken mit den Wärtern der großen Heil- und Pflegeanstalten, die unter dem Ministerium des Innern stehen, unmöglich durchführen können. Wir haben an beiden Anstalten 19 männliche Wärter. Bei großen Anstalten, wie Emmendingen mit seinen jetzt 1400 Patienten, wie Wiesloch und Illertal, da finden sich immer und überall Posten für diejenigen etatmäßigen Wärter, die durch den schweren Dienst abgebraucht sind und die dann bei ruhigen Kranken oder im Garten oder Haus beschäftigt werden. Die etatmäßigen Wärter sind alle im Genuß von Beamtenwohnungen, die bei den Anstalten erstellt sind, während die psychiatrischen Kliniken weder das Gelände bieten, um Wärterwohnungen zu erstellen, noch auch die Möglichkeit, um alte etatmäßige Wärter zu beschäftigen. Hier gibt es keine andere Möglichkeit, als die nichtetatmäßigen Wärter so zu bezahlen, daß wir gute Leute bekommen. Das ist geschehen, und wird von der Direktion anerkannt. Wir sind seit dem letzten Landtag keine Klagen mehr mitgeteilt worden. Das Angebot ist tatsächlich ein sehr großes. Aber die Wärter, die bei den psychiatrischen Kliniken in Dienst sind, fühlen sich nach 1, 2, 3 Jahren in ihren Nerven so abgelaugt, daß sie dann gerne diese Stellung mit einer leichteren vertauschen. Ich kann also nicht in Aussicht stellen, daß die

Regierung die Zahl der etatmäßigen Stellen vermehrt. Wir müßten dann Beamtenwohnungen bauen und den Wärtern die Möglichkeit verschaffen, daß sie sich Familien gründen auf diesen Stellen. Das ist auch ein Punkt, den wir nicht erfüllen können. In dem Augenblick, wo sie das verlangen, müssen wir die Zahl der Wärter erheblich vermehren.

Was das Telefon des Herrn Hausgeistlichen anlangt, so wäre das an sich nicht der Rede wert, daß wir hier darüber sprechen. Ich will nur das eine sagen: Dieser Antrag hat keine Konsequenzen. Wenn ein Beamter ein Telefon in seine Privatwohnung verlangt und bekommt, so sind auch gleich andere da, die dasselbe verlangen. Ich will aber gerne versprechen, daß die Frage noch einmal geprüft wird.

Wenn der Herr Abg. Schofer auf die Frage der Besetzung der historischen Lehrstühle zu sprechen gekommen ist, so habe ich das hauptsächlich dazu schon gesagt bei der Besprechung der Frage der Besetzung der Lehrstühle überhaupt. Wir können nicht sagen: Hier wird nur ein Badener genommen. Es ist ganz richtig, was der Herr Abg. Schofer gesagt hat, die Pflege der badischen Landesgeschichte ist eine wichtige Aufgabe, die dem Unterrichtsministerium obliegt, aber wir sind bei den letzten Berufungen nicht in der Lage gewesen, einen Badener für diese Lehrstühle zu bekommen. Für die Vertretung der badischen Landesgeschichte an den Hochschulen ist gesorgt. Und hinsichtlich der historischen Kommission ist dadurch, daß die Archivbeamten in der Regel Badener sind, das badische Element recht gut vertreten. Ich glaube, wenn sie die Publikationen der historischen Kommission sehen, werden Sie mit Freude wahrnehmen, daß auch Nichtbadener sich in den Dienst der badischen Landesgeschichte stellen und Gutes auf diesem Gebiete leisten.

Der Herr Abg. Dr. Schofer ist auch eingegangen auf den Ausbau der theologischen Fakultät Freiburg und hat nicht weniger als drei ordentliche Professuren, eine für Patrologie und christliche Archäologie, eine für Apologetik und eine zweite Professur für Dogmatik verlangt. Nach meinem Dafürhalten ist das ein unmögliches Verlangen. Wenn Sie die Besetzungen der kath.-theolog. Fakultäten an den anderen deutschen Universitäten betrachten, so sind nur zwei Universitäten, München und Breslau, stärker besetzt als Freiburg, das sieben Ordinarien und zwei etatmäßige Extraordinarien hat. Wenn wir das mit Heidelberg vergleichen, so sind dort nur sechs etatmäßige Professoren an der theologischen Fakultät, es ist also Freiburg an und für sich im Verhältnis zu der Schwesteruniversität und den anderen deutschen Universitäten sehr gut besetzt. Vor allem handelt es sich aber darum: Solange für die Theologen nur sechs Semester zur Verfügung stehen, ist es ganz unmöglich, daß man den Lehrplan so erweitert, daß etwa auch zwei Dogmatiker notwendig wären. Hinsichtlich der Patrologie steht die Sache so, daß in diesem Semester der Vertreter der Patrologie zwei Stunden liest und außerdem

zwei Semestertunden gibt, die andere Vorlesung über Dante kommt nicht in Betracht. Ich halte es für ausgeschlossen, daß man für eine so beschränkte Lehraufgabe ein Ordinariat schafft, während Ordinarien in anderen Fakultäten viel stärker belastet sind. Hier liegt ein persönlicher Wunsch und nicht sachliches Bedürfnis vor. Das Legat des verstorbenen Professors Franz Xaver Kraus hat nur 30 000 M. betragen und ist jetzt auf 37 oder 38 000 M. angewachsen, die Verzinsung hieraus reicht zur Dotierung einer ordentlichen Professur, nicht aus.

Hinsichtlich des Lehrstuhles der Apologetik hat der Herr Abg. Schofer selbst zugegeben, daß es sich hier um einen jüngeren Gelehrten handelt, der erst vor einem Jahr habilitiert worden ist, und der jetzt schon in dieser raschen Zeit ein etatmäßiges Extraordinariat erreicht hat; da hat die Umwandlung in ein Ordinariat gewiß keine Eile. Wir müssen im übrigen abwarten, bis die Kirchenbehörde in der Lage ist, dem Wunsch des Herrn Abg. Schofer nachzukommen und ein vierjähriges Studium anstelle des dreijährigen zu setzen; erst dann kann von einem weiteren Ausbau des theologischen Unterrichts die Rede sein. Nicht maßgebend ist für uns, daß neben den badischen Studierenden eine Anzahl Schweizer Theologen in Freiburg studieren, die einen längeren Lehrgang haben, und für die ein weiterer dogmatischer Professor wünschenswert wäre. Soviel ich weiß, ist aber durch das Entgegenkommen der Professoren auch für diese Studierenden Gelegenheit geschaffen worden, daß sie ihre Studien in der nötigen Weise erledigen können.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung nach 8 Uhr.

* Karlsruhe, 4. Febr. 30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 4. Februar 1910, nachmittags 1/4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann:

1. Fortsetzung der Beratung (Spezialberatung) von Ausgabe Titel X des Budgets Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1910 und 1911: Unterrichts-wesen, I. Hochschulen — Drucksache Nr. 11 c I —, Bericht-erstatter: Abg. König;

2. Berichte der Budgetkommission und Beratung über das- selbe Budget, und zwar:

a) Ausgabe Titel IX: Kultus — Drucksache Nr. 11. b —, Berichterstatter: Abg. König;

b) Ausgabe Titel IX: Wissenschaften und Künste — Druck- sache Nr. 11 d —, Berichterstatter: Abg. Vogel- Mannheim.

